

Mit der NATO zum Frieden?

Ausgabe Nr. 64, 12. Juli 2022



Am 21. Februar 2022 erkennt Russland die ukrainischen Gebiete Donezk und Lugansk als Volksrepubliken an und bricht damit Völkerrecht. Kurze Zeit später fallen russische Bomben auf die Ukraine, russische Soldaten marschieren auf ukrainisches Staatsgebiet ein. Monate später scheint bestätigt, was schon dort prognostiziert wurde: Die NATO ist ein notwendiges Mittel für Frieden in Europa – gar der Welt. Ein kritischer Blick in die Geschichte und Gegenwart der NATO lässt an diesem Narrativ zweifeln. Gerade in Zeiten, wo es scheinbar keine Alternative zur Aufrüstung gibt, ist Kritik an der NATO dringlich wie lange nicht.

Russlands Einmarsch ist mit nichts zu rechtfertigen – daran kann es keinen Zweifel geben. Doch dass deshalb die NATO als westliches Militärbündnis, als die einzige, oder gar notwendige, Alternative zur „Friedenssicherung“ unhinterfragt bleibt, leistet eher einem anachronistischen Lagerdenken des kalten Krieges Vorschub, als zu einer kritischen Auseinandersetzung beizutragen. Und auch beim jüngsten NATO-Gipfel in Madrid hält der Ukraine-Krieg als Steilvorlage für massive Aufrüstung her. Russland wird als „größte und unmittelbarste Bedrohung“ eingestuft und beschlossen, die schnellen Eingreiftruppen von 40.000 auf mehr als 300.000 Soldat*innen zu erhöhen. Doch damit nicht genug: Damit die Türkei ihr Veto gegenüber dem NATO-Beitritt Schwedens und Finnlands aufgibt, werden Erdoğan Zugeständnisse gemacht; unter anderem, 33 Kurd*innen an die Türkei auszuliefern. Wieder einmal ein Ausverkauf der so hochgehaltenen westlichen Werte.

Der jüngste militärische Konflikt in der Ukraine zeigt einmal mehr die Notwendigkeit einer differenzierten Auseinandersetzung. Weder die Zunahme militärischer Präsenz in Osteuropa, noch die Absage des von Russland geforderten Rüstungsabkommens auf Augenhöhe kann ignoriert werden. Genauso wenig kann daraus ein Gegennarrativ legitimiert werden, dass die russische Aggression rechtfertigt oder relativiert. Allzu einfach werden in der aktuellen Debatte Alternativen skizziert, die sich auf scheinbare Eindeutigkeit festlegen und internationale Kämpfe mit nationalistischen Souveränitätsnarrativen überschreiben.

Dabei verweist die Geschichte der NATO selbst auf eine imperialistisch-militaristische Bündnispolitik. Diese betrifft nicht nur die Frage der NATO-Osterweiterung, die keineswegs so einfach vom Tisch zu wischen ist, wie derzeit behauptet wird. Denn die Zusage, auf eine solche Expansion des Einflussgebietes der NATO-Mitgliedsstaaten zu verzichten, lag 1990 vor und hätte an sich eingehalten werden müssen. Doch bereits 1993 wurden diese Zusagen von westlichen Politikern relativiert, gar zurückgezogen. 1997 kam die NATO-Russland Grundakte (die auch von Russland unterschrieben wurde) und 1999 der NATO-Angriffskrieg in Jugoslawien/Kosovo. Spätestens hier wurden die ideologischen Grenzen deutlich, die NATO bricht selbst Völkerrecht.

Doch auch über die Einflussnahme in Osteuropa hinaus hat sich die NATO seit ihrem Bestehen keineswegs als demokratisches oder gar demokratisierendes Bündnis beweisen können. Am berüchtigtsten ist wohl der Einmarsch im Irak, wo die USA die NATO gleich zweifach zur Unterstützung eigener geopolitischer Interessen einsetzen konnte. Doch auch Afghanistan, Libyen, Mazedonien, Kuba und weitere Teile Lateinamerikas oder Afrikas mussten schmerzvoll erfahren, wie eine „humanitäre Intervention“ der NATO aussehen kann.

Es kann nicht darum gehen, Frieden um jeden Preis und durch Krieg zu erlangen. Dass antifaschistische Partisan*innen Kriege auch mit eigener Waffengewalt beenden konnten, zeigt, dass moralisierende Argumente zu kurz greifen, wenn sie Pazifismus verabsolutieren. Jedoch wird oftmals unterschlagen, dass eine von der NATO geforderte nationale Aufrüstung sich lediglich um die Verteidigung nationaler Ressourceninteressen schert und auch ein ukrainisches Proletariat von einer EU- beziehungsweise NATO-Integration vermutlich wenig Sicherheit vor Ausbeutung, Rassismus und Repression zu erwarten hat. Andererseits bedeutet die Aufrüstung für autokratisch regierte Länder auch mehr Repressionen und Gewalt nach innen, wie die Türkei beweist, die seit Jahrzehnten militärisch gegen Kurd*innen vorgeht und Rojava bombardiert. Und auch die 100 Milliarden für das deutsche Militär lassen angesichts der Schlagzeilen über rechte Netzwerke in militärischen Einrichtungen eher vermuten, dass es in Zukunft mehr kampferfahrene Rechtsradikale geben wird, als dass sich hochstilisierte Gegnerschaften plötzlich auflösen.

Obleich sie bis vor kurzem noch als hirntot bezeichnet wurde, die NATO lebt und ihre Berechtigung wird zur Zeit kaum angezweifelt. Wir widmen uns in diesem Schwerpunkt der NATO und ihren Narrativen damals und heute, um zu fragen, wie eine gigantische Kriegsmaschinerie als Friedensbündnis verstanden werden kann. Welche Legitimation erfährt die NATO national und international? Welche geopolitischen Interessen werden mit militärischen Mitteln in diesem Bündnis ausgetragen? Welche Freund-Feind-Unterscheidungen werden (re-)aktiviert? Welches „demokratische“ Selbstverständnis kommt darin zum Ausdruck? Wie kann eine linke Antwort auf das Wettrüsten lauten?

In der nächsten Ausgabe #65 im Herbst 2022 beschäftigen wir uns mit dem Thema Dating im Neoliberalismus. Wir fragen mit Blick auf die Paradoxien, die wir im Kontext von Sex, Beziehungen, Körperlichkeit wahrnehmen, wie es in unserer Gesellschaft um das Kennenlernen von Anderen steht. Welche Möglichkeiten und Abwege von Begegnung(en) im Neoliberalismus gibt es und welche Beziehungsweisen können daraus entstehen?

Viel Spaß beim kritischen Lesen!

„Es gibt keinen Grund, die NATO nicht zu verurteilen“



Interview mit Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.

Bei aller notwendigen Kritik an Russlands Angriff auf die Ukraine, gerät eines aus dem Blick: die entschiedene Kritik an gesellschaftlicher Militarisierung, der Hochrüstung westlicher Armeen und an ideologischer Kriegsführung.

Danke für deine Gesprächsbereitschaft! Kannst du uns zu Beginn einige zentrale Entwicklungen und Zielsetzungen der jüngeren Geschichte der NATO skizzieren?

Jürgen Wagner: Die NATO ist ja schon relativ alt, sie wurde 1949 gegründet. Doch mit Blick auf die jüngere Geschichte gab es Anfang der 90er Jahre eine Art Such- und Findungsphase. Wie sollte es nach dem Ende des „Kalten Krieges“ weitergehen? Als Antwort darauf hat man – ob ein bisschen aus der Not geboren oder die Gelegenheit nutzend, da kann man sich jetzt streiten – Interventionskonzepte gegen kleine und mittlere Staaten im globalen Süden aus dem Hut gezaubert. Es ermöglichte die Existenzberechtigung der NATO weiter, gab zudem den Profitinteressen der Rüstungsindustrie Raum – und verschaffte gleichzeitig auch einem neoliberalen expandierenden Kapitalismus eine militärische Absicherung. Darin fand die NATO erstmal ihre Hauptaufgabe.

Und trotzdem blieb Russland als altes Feindbild der NATO relevant, oder?

Jürgen Wagner: Ja, natürlich. Das zeigen zum Beispiel die unter Bruch ursprünglicher Versprechen vorgenommenen NATO-Ost-Erweiterungen: 1999 die erste, 2004 die zweite. Sie wurden von russischer Seite als durchaus bedrohlich wahrgenommen. Schließlich führte dies ab 2014 in den Auseinandersetzungen um die Ukraine zu einer Neuaufstellung der NATO, einer Rückbesinnung auf militärische Auseinandersetzungen gegen technologisch gleichwertige Gegner. Dann ging es also wieder um die Option, einen Krieg gegen Russland führen und gewinnen zu können. Gleichzeitig wurde aber der Interventionsanspruch der NATO im globalen Süden nicht aufgegeben. Seither fährt man doppelgleisig. 2016 kam es dann zur Aufstellung von vier NATO-Bataillonen in Osteuropa. Das war ein wichtiger Einschnitt im Verhältnis der beiden Akteure, weil damit die NATO-Russland-Akte gebrochen wurde: Das einzige Versprechen, das Russland im Gegenzug zur NATO-Osterweiterung vom Westen erhalten hatte – nämlich, dass keine NATO-Truppen dauerhaft in Osteuropa stationiert würden. Das ist seither passé. Im Hintergrund hat das ganz wesentlich zum Ukraine-Krieg und der Eskalation beigetragen. Hinzu kamen die US-amerikanischen Pläne, Kurz- und Mittelstreckenraketen in Osteuropa stationieren zu wollen.

Diese Entwicklungen haben und hatten massive Aufrüstungen zur Folge. Welche Faktoren spielen hier eine Rolle?

Jürgen Wagner: Diese Frage ist zunächst auf nationaler Ebene zu beantworten. Denn die genannten Entwicklungen wirkten sich auch auf die gesamte Struktur der Bundeswehr aus. 2015 gab die NATO neue Zielvorgaben an die Mitgliedsstaaten heraus. Bis dahin wurde tatsächlich mehr oder minder alles abgewickelt, was man heute als einen schweren Großverband bezeichnet, also eine schwere Division. Das heißt Einheiten, die nicht mehr primär gegen Gegner im Globalen Süden „geeignet“ sind, sondern gegen hoch technologisierte Feinde – und dafür vor allem wieder

auf Panzerverbände und dergleichen zurückgreifen. 2016 hat dann Deutschland gegenüber der NATO signalisiert, alle Wunschlisten, die aus dem NATO-Hauptquartier in Brüssel kamen, erfüllen zu wollen. Das mündete 2018 in einem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr, in dem anvisiert wurde, 2023 das erste Mal eine Brigade (5.000 Soldat*innen) und bis 2032 drei schwere große Verbände (drei Divisionen) in die NATO einspeisen zu wollen. Das sind jeweils zwischen 15.000 und 20.000 vollausgestattete Soldat*innen. Das ist das, was gerade unter dem Begriff „Kaltstartfähigkeit“ diskutiert wird. Die Bundeswehr muss im Augenblick tatsächlich, wenn sie einen Kriegseinsatz beginnen will, die betreffenden Einheiten aus allen möglichen anderen Truppenteilen zusammenklauben, um in der Form, wie sie meint agieren zu wollen, einsatzfähig zu sein. Das von Bundeskanzler Olaf Scholz angekündigte „Sondervermögen“ ist daher durchaus dienlich, um diese relativ starke Neuaufstellung Richtung Großmachtkonkurrenz militärisch und machtpolitisch unterfüttern zu können. Mit dieser Neuaufstellung landet Deutschland weltweit auf dem dritten beziehungsweise vierten Platz für Rüstungsausgaben. Damit lassen sich die artikulierten Weltmachtsprüche auch militärisch unterlegen. Diese Entwicklungen sind schon spätestens seit 2014 zu beobachten, obwohl man derzeit offiziell vorgibt, alles ausschließlich wegen des Konflikts in der Ukraine zu tun.

Was beinhaltet die bundesdeutsche Aufrüstungspolitik noch, neben dem genannten Sondervermögen?

Jürgen Wagner: Die 100 Milliarden „Sondervermögen“ sind die eine Sache. Diesen Begriff sollte man im Übrigen sowieso vermeiden: Es sind ja Schulden! Ab 2031 müssen sie aus dem normalen Bundeshaushalt getilgt werden und stehen damit nicht für andere Haushaltsausgaben zur Verfügung. Olaf Scholz hat in seiner „Zeitenwende“-Rede vom 27. Februar und auch im Nachgang noch weitere Punkte hineingewoben. Der erste betrifft die Tornado-Nachfolge (bisherige Kampffjets der Bundeswehr, Anm. Red.) und damit die Beibehaltung der nuklearen Teilhabe. In Deutschland lagern US-Atomwaffen, im Fliegerhorst Büchel. Im Ernstfall, nach einer Entscheidung der USA, sollen diese von deutschen Pilot*innen mit neuen F35-Kampfflugzeugen ins Ziel geflogen werden. Dazu parallel wurde auch eine Debatte um eine deutsche oder europäische Atombewaffnung angestoßen, meines Erachtens sogar relativ weitgehend. Der zweite Punkt ist, dass die Bundesregierung festgelegt hat, dass es bei den Plänen für eine massive Erhöhung der Bundeswehr um insgesamt 20.000 Soldat*innen bleiben soll. Und zwar deshalb, weil die ursprünglichen Pläne der Bereitstellung schwerer Divisionen für die NATO von 2027 nun beim NATO-Gipfel Ende Juni auf das Jahr 2024 vorgezogen wurden. Soviel Soldat*innen hat die Bundeswehr gar nicht; nach allem, was man gerade aus den Militärkreisen hört, schaffen sie es gerade, ihre 180.000 aufzufüllen. Das dritte Ziel besteht in der Bewaffnung der Drohnen, die jetzt über das sogenannte „Sondervermögen“ auch tatsächlich bezahlt wird.

Du hast die NATO-Konferenz in Madrid angesprochen. Da gab es ja einigen Wirbel darum, auch wenn die Proteste gegen den Gipfel weitgehend verboten wurden. Was wird denn derzeit auf internationaler Ebene verhandelt?

Jürgen Wagner: Generell spielt Deutschland bei den aktuellen Rüstungsanstrengungen der NATO eine absolute Führungsrolle. Nachdem die NATO im Zuge ihres Gipfeltreffens den massiven Ausbau ihrer Schnellen Eingreiftruppe (NATO Response Force, NRF) von 40.000 auf 300.000 Soldat*innen bekanntgab, hieß es kurz danach, Deutschland werde hierfür 15.000 Soldat*innen, 65 Kampffjets und Transportflieger sowie 20 Kriegsschiffe beisteuern. Auch die von Deutschland geführte NATO-Präsenz in Litauen soll zumindest von ihrer Führungsfähigkeit von Bataillons- auf Brigadestärke ausgebaut werden. Insgesamt ist auf internationaler Ebene die Frage wichtig, wie arbeitsteilig sich USA und Deutschland respektive die EU insgesamt geben werden. Vor einer Weile hätte ich beispielsweise noch gesagt, dass die Europäer garantiert bei der militärischen Eindämmung im Indopazifik gegen China mitmischen und dort eine größere Rolle spielen wollen. Da hat auch alles darauf hingedeutet, etwa diese Fregatte Bayern, die dann in den Pazifik geschippert ist. Im letzten Jahr gab es zwei wichtige EU-Strategien, die beide von einer deutlich erhöhten Militärpräsenz ausgegangen sind. Zeitgleich haben die USA mit ihrem AUKUS-Bündnis

(trilaterales Militärbündnis von USA, Australien und Vereinigtem Königreich, Anm. Red.), das ja explizit kein einziges EU-Mitglied umfasst, ziemlich klar signalisiert, dass sie keine europäische Beteiligung in diesem Gebiet vorsehen. Ich kann mir vorstellen, dass die EU-Pläne sich mit der neuen Konstellation und dem Angriff Russlands auf die Ukraine durchaus ein bisschen erledigt haben.

Wie analysierst du diese Verschiebungen auf globaler Ebene?

Jürgen Wagner: Die Frage ist doch: Konzentriert sich die EU hauptsächlich auf Russland und ermöglicht sie damit auch ein Stück weit den USA, die Eindämmung der geopolitischen und wirtschaftlichen Interessen Chinas zu übernehmen, die inzwischen im beiderseitigen Interesse ist? Das Absurde dabei ist, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zu China, die auch für die deutsche Industrie alles andere als irrelevant sind – genauso wenig wie es zuvor die Beziehungen zu Russland waren –, offensichtlich zu Konflikten (oder Profiten) zweiter Ordnung werden: Man meint, sich übergeordnet in einer Systemkonkurrenz mit diesen Akteuren zu befinden. Das zeigt sich deutlich, wenn man zum Beispiel die Positionspapiere des BDI zu China liest. Da tauchen, im Gegensatz zu grünen Stellungnahmen, Begriffe der politischen Gestaltung, wie beispielsweise Demokratie, gar nicht auf. Es geht ausschließlich um unterschiedliche Auffassungen davon, wie Märkte und wirtschaftspolitische Ordnungsvorstellungen konzipiert sein sollen. Derzeit zeigt sich nach meiner Auffassung deutlich, wie geopolitische Konflikte auf eine Systemkonkurrenz runtergebrochen werden. Auf der einen Seite gibt es mit der EU und der NATO einen stark neoliberalen, finanzkapitalistischen Block und auf der anderen einen, mir auch nicht gerade sympathischen, staatskapitalistisch organisierten Block, der ganz anders wirtschaftet. Deshalb sind auch Konflikte zwischen westlichen Akteur*innen, etwa zwischen Deutschland und den USA, eher nachrangig. Wenn man sich in Bezug auf die Ukraine die teils heftigen Auseinandersetzungen um die Nachfolge des pro-russischen Machthabers Wiktor Janukowytsch (bis zur Absetzung im Februar 2014, Anm. Red.) in Erinnerung ruft, war zunächst unklar, ob es einen pro-amerikanischen oder einen pro-deutschen Nachfolger geben sollte. Einigkeit bestand aber immer darin, den russischen Einfluss zu verhindern. Ich habe den Eindruck, das ist auch der Modus, den man gerade hat. Man streitet hart, aber nur bis zu einem gewissen Grad, weil das übergeordnete Ganze dann doch die Reihen schließt.

Wie unerschütterlich ist dieses Paradigma?

Jürgen Wagner: An der Wahl Donald Trumps konnte man deutlich sehen, wie das veränderte sicherheitspolitische Konzept der USA bei bestimmten Akteuren für viel Unruhe gesorgt hat. Die republikanische Politik unter Trump führte in weiten Teilen der EU zu der Sorge, dass sich außenpolitisch eine stark protektionistische Linie verfestigt. Eine Linie, nach der womöglich die USA nicht mehr Garant eines ultraimperialistischen Neoliberalismus sein würden. Mit Biden hat man es mit Mühe und Not geschafft, wieder ins alte Fahrwasser zu kommen. Wenn man sich nun EU-Dokumente oder die deutschen Rüstungspapiere anschaut, dann ist klar, dass bis 2032 noch alles im Rahmen der NATO abläuft. Allein schon aus Mangel an Alternativen. Wenn man sich aber die wesentlichen EU-Papiere über diesen Zeitrahmen hinaus anschaut, sieht man, wie gerade die ersten NATO-unabhängigen Strukturen aufgebaut werden. Kurz bis mittelfristig (ca. bis 2035) liegt hier der Fokus auf dem Aufbau von Führungsstrukturen und Fähigkeiten zur Durchführung von NATO-unabhängigen Interventionen kleiner und mittlerer Intensität – Beispiele sind hier etwa der Aufbau einer neuen Schnelleingreifkapazität mit 5.000 Soldat*innen sowie ein dazu gehöriges EU-Hauptquartier (Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit genannt). Längerfristig ist die EU aber derzeit bemüht, auch Kapazitäten für hochintensive Gefechte aufzubauen. Das passiert, um eine Option zu haben, sich im Zweifel von der NATO und damit vom Veto der USA verabschieden zu können. Ich glaube zwar nicht, dass eine Militärstrategie unabhängig von den USA die präferierte Lösung der EU wäre, aber man möchte sich die Option freihalten, falls sich die Beziehungen zu den USA dauerhaft verschlechtern. Konkret ist das an zwei Großprojekten, dem Kampfpanzersystem MGCS und dem Flugkampfsystem FCAS zu beobachten. Deren Entwicklungskosten betragen geschätzt je 100 Milliarden Euro, mit einem Auslieferungszeitraum

irgendwann Ende der nächsten 15 bis 20 Jahre. Es wäre viel billiger, Systeme von Rüstungsindustrien in den USA zu kaufen. Aber man macht es nicht; auch, um die Option zu haben, zur Not auch in den ganz großen Preisklassen ohne die USA europäische Interessen militärisch durchzusetzen.

Wir haben in der Redaktion über die Frage nachgedacht, was die NATO ausmacht; da hast du ja nun auch schon einiges dazu gesagt. Aber welche Strategie verfolgt die NATO in ihrer Selbstdarstellung nach außen?

Jürgen Wagner: Was die Selbsterzählung angeht, ist das Erste, was die NATO gerne hätte: sich als „erfolgreichste Friedensbewegung der Geschichte“ zu etablieren. Das hat im Übrigen der ehemalige NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen selbst so formuliert. Als hätte die NATO den Kalten Krieg beendet, sozusagen allein durch ihre Existenz. Nach diesem Selbstbild ist die NATO seither ein Bündnis mit dem Ziel, Völkermorde und andere Verbrechen auf der ganzen Welt zu verhindern. Diese Erzählung verschleiern aber, dass die NATO natürlich ein Instrument zur Umsetzung der Interessen der Mitgliedstaaten ist. Auch wenn diese Interessen durchaus unterschiedlich sein können. Insgesamt ist mein Eindruck, dass die NATO sich, zumindest bis zum Ukraine-Krieg, bemüht hat, gar nicht so profiliert in der Öffentlichkeit aufzutreten. Das gilt insbesondere im bundesdeutschen Kontext. Das hängt vermutlich mit dem gesellschaftlichen Stellenwert zusammen: Das Militär könne schon irgendwie da sein, aber sehen müsse man es nicht unbedingt. In diesem Bewusstsein wurde lange Zeit wenig PR für die NATO gemacht; ähnliches gilt auch für die Bundeswehr. Erst seit etwa 2014 gibt es einen deutlicheren Schwenk. Seitdem betreibt Deutschland immer offensiver militärische Machtpolitik. Damit wird natürlich auch die Frage des Militärs in der deutschen Öffentlichkeit relevanter. Das scheint mir aber derzeit eher auf die Legitimation der Bundeswehr abzielen als auf die NATO als Gesamtorganisation, letztere läuft im öffentlichen Diskurs einfach mit. Das mag sich aber nun im Zuge des Ukraine-Krieges und der noch einmal massiv verschärften NATO-Aufrüstung durchaus ändern.

Gibt es Beispiele von Ländern, in denen die Diskussion andersherum läuft, wo es also einen stärkeren Fokus auf die NATO und weniger auf das nationale Militär gibt?

Jürgen Wagner: Wäre man zynisch, könnte man Finnland und Schweden als Beispiel nennen. Dort wandelt sich die Debatte zurzeit stark und rückt die NATO in den Fokus. Auch Großbritannien, obgleich es als ehemalige Kolonialmacht in Ostasien ein Stückweit immer auf eigene Rechnung unterwegs war. In Großbritannien gab es immer einen starken NATO-Fokus sowie eine transatlantische Bindung an die USA – im Gegensatz zu Frankreich etwa. Dort gibt es traditionell die Tendenz, sich möglichst weit von USA und NATO abzukapseln, um souveräne Militär- und Machtpolitik betreiben zu können. Allerdings hat sich diese Situation aus meiner Sicht mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU verändert. Ein EU-Block, gegebenenfalls unter deutsch-französischer Führung, kann nun etwas zielstrebig auf eine Autonomie von der NATO hinarbeiten, was über viele Jahre durch Großbritannien blockiert worden ist. Deshalb gab es in gewissen sicherheitspolitischen Kreisen auch positive Reaktion auf den EU-Austritt Großbritanniens. Nun schwingt das Pendel stärker hin zu einer Stärkung der EU, die durchaus gewillt ist, in und mit der NATO zusammenzuarbeiten, aber als eigenständiger Machtfaktor auch den USA zeigen können möchte, das sie bei künftigen Interessenskonflikten mehr auf Augenhöhe operieren will.

Die Türkei ist nicht EU-Mitglied, ist aber von zentraler strategischer Bedeutung für die NATO und die EU. Zudem verfügt die türkische Armee allein zahlenmäßig über eine ernstzunehmende militärische Größe. Wie schätzt du die aktuelle Rolle der Türkei innerhalb der NATO ein?

Jürgen Wagner: Die Türkei ist aus mehreren Gründen ein wichtiger Machtfaktor in der NATO. Das eine ist schlicht und ergreifend die geographische Lage. Das zweite ist die nicht nur umfangreiche, sondern, zynisch gesagt, auch kampferprobte Armee, die sich in den Konflikten mit

den Kurden herausgebildet hat. Und das dritte ist die eigenständige und ziemlich rabiate Machtpolitik der Türkei, die nicht in allen Fällen im Interesse der anderen NATO-Staaten ist. Das sieht man ja gerade immer wieder. Dann kauft die Türkei von den Russen plötzlich Abwehrsysteme und plötzlich merkt Washington, dass es gar nicht funktioniert, ihnen zu sagen: Macht das nicht. Dasselbe galt für die Auseinandersetzungen um die türkische Blockade der Aufnahme von Schweden und Finnland in die NATO. Das „Interessante“ an der Türkei ist, dass aus geostrategischen Gründen niemand in der NATO ernsthaft darüber nachdenkt, die Türkei auszuschließen – selbst, wenn es hierzu die Möglichkeit gäbe. Das ist in etwa vergleichbar mit der Situation in der EU, wenn wir uns an die politischen Strategien Polens oder Ungarns erinnern. Auch sie können trotz allem nicht aus der EU ausgeschlossen werden. Ähnlich verhält es sich mit der NATO-Mitgliedschaft der Türkei. Das weiß auch die politische Führung dort. Deshalb hat die Türkei eine relativ starke Position. Das hat sich ja nun auch gezeigt, als für die Zustimmung zum NATO-Beitritt Schwedens und Finnland recht weitreichende Zugeständnisse herausgeschlagen wurden.

Mit Blick auf die Levante und den Mittleren Osten, wie schätzt du die Situation in diesem Kontext ein? Wie werden hier diese neuen Konstellationen und Kräfteverschiebungen wahrgenommen?

Jürgen Wagner: Insgesamt hat sich die Relevanz einer starken NATO-Präsenz im Nahen und Mittleren Osten ein bisschen relativiert, weil schlicht und ergreifend die Ölfrage inzwischen eine andere ist. Die USA sind durch ihr Fracking zu Selbstversorgern geworden. Mehr noch: Sie exportieren inzwischen Gas und haben mittlerweile in Deutschland einen dankbaren Abnehmer gefunden. Durch den Anstieg der Energiepreise gewinnen die USA auch in ökonomischer Hinsicht Gewicht und können so mehr Kontrolle ausüben. Trotzdem ist der Mittlere Osten hier weiterhin relevant, aber längst nicht mehr in der Größenordnung der letzten 20 bis 40 Jahre. Aber die Region bleibt auch mit Blick Richtung Zentralasien aus meiner Sicht wichtig. Auch dort werden sich Auseinandersetzungen und gegebenenfalls Stellvertreterkriege mit Russland abzeichnen. Die Türkei wird in dem Bereich sicher auch im NATO-Rahmen in irgendeiner Weise gebraucht und gewünscht werden, wenn ihre eigenen großosmanischen Ambitionen aus NATO-Sicht noch in einem akzeptablen Rahmen bleiben. Das ist aber letztlich viel Kaffeesatzleserei, das muss man abwarten.

Du hattest die Rede von der „Zeitenwende“ angesprochen. Wie ist diese Rhetorik aus deiner Sicht zu bewerten?

Jürgen Wagner: Der Begriff „Zeitenwende“ führt in die Irre, genauso wie die Bezeichnung „Sondervermögen“. Eigentlich wurde mit den ausgelobten 100 Milliarden nur konsequent das zu Ende gedacht, was mit dem Projekt „Neue Macht, Neue Verantwortung“ spätestens seit 2012/2013 vorbereitet wurde: Die Intensivierung der Macht- und Militärpolitik – auf einem deutlich höheren Niveau als bisher. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 wurde dieses Projekt vor allem vom damaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, aber auch von Verteidigungsminister Steinmeier und der Außenministerin von der Leyen angekündigt. Zusammengefasst: Deutschland muss seine Bescheidenheit in Militärfragen ablegen. Man hat es nicht Weltmacht genannt, sondern Gestaltungskraft oder Gestaltungsmacht, aber es ist im Prinzip das Gleiche. Deutsche Machtansprüche benötigten zwingend einen ausgebauten und starken Militärapparat, der gegebenenfalls auch eingesetzt werden soll. Dafür gab es damals nicht genügend finanzielle Mittel, auch wenn ich es für übertrieben halte, zu sagen, die Bundeswehr sei „kaputtgespart“ worden. Das ist albern.

Aber die Frage, ob die Bundeswehr militärisch adäquat ausgestattet ist, hängt natürlich davon ab, was man mit ihr beabsichtigt. Für die Möglichkeit, auch nur in der Nähe der USA oder China mitzuspielen, in so einer Großmacht-Konkurrenz mitzuhalten, ist klar: Das geht nur im EU-Verband. Und auch damit braucht es mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, um überhaupt auf Augenhöhe in militärstrategischen Fragen mitreden zu können. Über Jahre war das

das Gejammer im sicherheitspolitischen Establishment: Man hätte vollmundig irgendwelche Ansprüche formuliert, wäre aber nicht bereit, genügend Geld in die Hand zu nehmen. Wenn man sich die „Grundsatzrede“ von Lars Klingbeil (SPD-Generalsekretär, Anm. Red.) anhört, fällt auf, dass er nun genau diese Ansprüche wieder formuliert. Für einen SPDler spricht er sehr offen über deutsche Führungsansprüche in der Welt und über die notwendige Gewöhnung an das Militär. Er hat nun auch von Seiten der Sozialdemokratie zu Ende geführt, was 2012 begonnen und dann 2014 der Öffentlichkeit verkündet wurde. Man sieht also, wie die Rhetorik der „Zeitenwende“ längerfristige militärische Strategien verschleiert. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise auch erfolgreich, angesichts einer totalen Verunsicherung bis in weite Teile der Linken hinein. Die Bundesregierung agierte hier in einem ziemlichen Tempo und brachte ihr neues Gesetz in wenigen Monaten durch alle Lesungen im Bundestag und durch den Bundesrat. Das ist bemerkenswert – ohne sie loben zu wollen. Die Friedens- und Antikriegsbewegung kam da gar nicht nach.

Wie hat sich das Diskussionsklima durch diese bellizistische Rhetorik in den letzten Monaten geändert? Führt die Situation dazu, dass ihr als IMI e.V. mehr Gegenwind bekommt?

Jürgen Wagner: Am besten lassen wir Knaller wie Sascha Lobo oder den Sänger der Toten Hosen oder die Fünfte-Kolonnie-Debatte (ein FDP-Politiker nannte die Teilnehmer:innen des Ostermarsches „Fünfte Kolonne Putins“, Anm. Red.) mal beiseite; auch, wenn diese Debatten sicher nicht schön sind und zeigen, dass wir wieder ein raueres Klima haben. Für mich war es aber wirklich schwer zu sehen, wie langjährige Genoss*innen sich plötzlich auf der staatstragenden Demo hinter Waffenlieferungen stellten, anstatt eine Demo zu verlassen, auf der NATO-Flaggen geschwenkt werden. Das war im Falle des Angriffskrieges gegen Jugoslawien 1999 noch anders – oder bei den Terroranschlägen in Washington und New York von 2001. Selbstverständlichkeiten, von denen wir dachten, dass sie bewegungsweit stabil geteilt werden, werden in diesen Krisensituationen plötzlich infrage gestellt. Es erschwert unsere Arbeit natürlich sehr, wenn wir uns auch in den eigenen Reihen jedes Mal neu orientieren müssen. Dann ist es kein Wunder, dass wir gegen die Reaktion auch nichts auf die Pfanne kriegen. Persönlich war es hart für mich, plötzlich von Bekannten für eine Anti-Kriegs-Position beschimpft zu werden, die ursprünglich eine geteilte Überzeugung war.

Welche Selbstverständlichkeiten sind das, die brüchig werden?

Jürgen Wagner: Ich glaube, es gibt nach wie vor keinen Grund, die NATO nicht zu verurteilen. Das bedeutet nicht, den russischen Angriffskrieg rechtfertigen zu wollen. In der momentanen Diskussion wird zurecht gefordert, Russland zu kritisieren. Aber über die NATO musst du schweigen. Diese Haltung ist mir in den letzten Monaten oft begegnet. Das ist für mich aber nicht akzeptabel. Da wird der Ton dann tatsächlich etwas rauer. Oder dass man auch in linken Kreisen mit diesen ganz schrägen Putin-Hitler-Analogien kommt. Ich komme aus der Antifa und wehre mich ganz besonders gegen diese Gleichstellung, weil da mitschwingt: Wenn Putin gleich Hitler ist, dann ist auch alles in Ordnung dagegen. Aus meiner Sicht muss es auch in der jetzigen Situation möglich sein, beispielsweise Details von Waffenlieferungen oder den westlichen Imperialismus und seinen Anteil an diesem Krieg zu kritisieren, ohne deshalb den russischen Angriffskrieg zu befürworten. Eine konsequente antimilitaristische Position braucht es, darauf muss man sich jetzt verlassen. Wo das in einigen Kontexten nicht möglich ist, muss man darüber nachdenken, die Zusammenarbeit auszusetzen; zumindest für eine Weile.

Welche Möglichkeiten siehst du derzeit für eine erweiterte antimilitaristische Organisierung?

Jürgen Wagner: Eine erweiterte antimilitaristische Organisierung ist im Augenblick kein massentaugliches Konzept (lacht). Meiner Ansicht nach wird es in den nächsten fünf Jahre etwa darum gehen, das Thema Sondervermögen gesamtgesellschaftlich zu beackern und in die Köpfe der Menschen zu kriegen. Es ist auf fünf Jahre beschränkt und diese zwei Prozent (des

Bruttoinlandsprodukts, NATO-Ziel für Verteidigungsausgaben, Anm. Red.) stehen im Raum. Nach jetzigen Planungen soll der offizielle Verteidigungshaushalt auf 50 Milliarden eingefroren werden. Und aber je nachdem, wie die Geschäfte laufen, benötigt die Erfüllung der zwei Prozent 75 Milliarden. Nach vier bis fünf Jahren ist das Sondervermögen weg, das diese Differenz abfedern soll. Der Rüstungshaushalt beträgt dann immer noch 50 Milliarden. Was passiert dann? Es ist klar, dass in den nächsten Jahren von reaktionärer Seite der ganze Stimmungsteppich ausgerollt werden wird. Nicht nur für die permanente Aufstockung der Rüstungsausgaben auch nach den fünf Jahren, sondern auch für das Militär insgesamt. Die Werbung dafür wird massiv ausgebaut werden, mit diesen ganzen YouTube Serien und Flecktarnbussen und weiß der Teufel was. Darauf müssen wir uns einstellen und aktiv werden.

Als aktuelle antimilitaristische Organisierung finde ich das Bündnis „Rheinmetall entwaffnen!“ sehr vielversprechend. Unter anderem, weil man mit Rheinmetall einen Konzern herausgreift, der sozusagen Dreck an allen Enden des Steckens hat. Ich denke da, dass die Friedensbewegung von früher, die es noch gibt – aber leider in bedingt mobilisierungsfähigem Maße – sich dort mit anschließen und unterstützend wirken sollte. Aber das ist jetzt vielleicht auch ein frommer Wunsch.

An welche weiteren Bündnispartner:innen denkst du?

Jürgen Wagner: Mit den Umstrukturierungen des Militärs in Deutschland wird sich auch die Militärpräsenz innerhalb der Gesellschaft verändern – und wirft Fragen von Bürgerrechten und Sicherheitsdebatten auf. Es geht also um erweiterte Bündnisse, auch über die antimilitaristische Szene hinaus. Meiner Auffassung nach haben wir es in Deutschland bislang noch mit einem relativ schwachen rüstungsindustriellen Komplex zu tun. Klar, wir haben zum Teil relativ himmelschreiende Drehtür-Effekte, wie ein Florian Hahn, der als Pressesprecher des Rüstungsunternehmens Krauss-Maffei Wegmann einmal einen Schritt nach rechts macht und dann CSU-Bundestagsabgeordneter wird. Aber diese Lobbyarbeit ist nicht vergleichbar zu den USA, wo die Rüstungslobby und -industrie ganz maßgeblich auch politische Entscheidungen beeinflussen. Ich glaube, dass in Deutschland immer noch ganz stark im Interesse des Gesamtkapitals agiert wird. Das mag sich aber verschieben, wenn wir plötzlich solche irren Summen für Rüstungsausgaben veranschlagen. Hier gäbe es doch Ansatzpunkte, etwa für den Verbraucherschutz oder ähnliche Gruppen: Mal stärker drauf zu schauen, wie die Gelder verwendet werden; Stichwort Verschwendung, das kennt man schon vom Beschaffungsamt der Bundeswehr. Man muss nur etwas aufpassen, dass man hier nicht in eine Falle tappt, sondern sagt: Wir wollen es eigentlich gar nicht, aber das ist doppelt deppert!

Hinzu kommt noch ein weiterer Punkt, der in den Debatten um die Bilanzen der Remilitarisierung kaum benannt wird. Die klimatischen Auswirkungen einer Verdreifachung der deutschen Rüstungsproduktion sind enorm. Ja, Panzer verbrauchen absurd viel Benzin, aber das ist nicht der Hauptpunkt. Allein die Produktion in der Rüstungsindustrie ist hinsichtlich der dabei entstehenden Emissionen drei- bis viermal klimaschädlicher als der Betrieb. In Bilanzen, wenn sie denn angefertigt werden, wird darüber nicht gesprochen. Das Sondervermögen wird ganz überwiegend in die Rüstungsproduktion fließen. Anlass genug für antimilitaristische Gruppen, verstärkt Bündnisse mit Klima-Aktivist*innen, etwa der „Fridays for Future“-Bewegung aufzubauen. Es stellt sich zudem die Frage, wo welche Einsparungen vorgenommen werden, um die Rüstungsausgaben zu bezahlen. Wo soll das Geld zur Finanzierung herkommen: aus dem sozialen Wohnungsbau, aus Hartz IV? Ich wüsste nicht, wo man hier noch knapsen könnte. Das sind dann wiederum Anknüpfungspunkte für Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände. Ich bin da bei allem etwa skeptisch, aber nicht hoffnungslos. Es gibt jetzt schon einprägsame Bilder und Aktionen, was mit diesen 100 Milliarden alles gemacht werden könnte, im sozialen Bereich, bei der zivilen Konfliktbearbeitung oder für Fragen der Klimakrise. Die Auseinandersetzung mit der Militarisierung wird, soviel ist sicher, eine eminent soziale Frage sein.

Jürgen Wagner ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Tübinger Informationsstelle
Militarisierung (IMI) e.V. mit Sitz in Tübingen.

* Das Gespräch führte Johanna Bröse.

Zitathinweis: kritisch-lesen.de Redaktion: „Es gibt keinen Grund, die NATO nicht zu verurteilen“.
Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1769>.
Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Schon lange auf Kriegskurs



Essay von Merle Weber

Die NATO rüstet seit Jahren für einen Krieg gegen Russland auf – auch mit tatkräftiger Unterstützung Deutschlands.

Essay von [Merle Weber](#)

In seiner Regierungserklärung zum Ukraine-Konflikt forderte der deutsche Kanzler eine „patriotische Mehrheit“ und „große nationale Kraftanstrengung“, um die Bundeswehr fit zu machen für einen Krieg gegen Russland. Seitdem hat der Bundestag per Grundgesetzänderung einen 100 Milliarden Kriegskredit beschlossen. In seiner Rede spricht Olaf Scholz immer wieder von einer „Zeitenwende“. Als hätte es die Ukraine-Krise 2014 nicht gegeben. Damals war es dem Westen trotz Putsch nicht gelungen, seine Ostexpansion vollständig durchzusetzen. Das Land ist seitdem zwar in Teilen, aber eben nicht vollständig, unter Einfluss des Westens. Der damals ausgebrochene Bürgerkrieg konnte zwar zeitweise eingefroren, aber nie aufgelöst werden. Die Ukraine ist seitdem ein geostrategisches Pulverfass. Vor diesem Hintergrund bereitet sich der NATO-Block seit bald zehn Jahren auf einen Krieg gegen Russland vor. Nicht 2022, sondern 2014 war die Zeitenwende.

Epochenwechsel – der NATO-Gipfel 2014

In der Abschlusserklärung des NATO-Gipfels im Jahr 2014 sprechen die Mitgliedsstaaten von einem „Schlüsselmoment“ (NATO 2014) in der Geschichte der Organisation. Die NATO vollzog seither einen historischen Strategiewechsel: von der selbsternannten Weltpolizistin zurück zur Großmachtkonfrontation. Das „stärkste und erfolgreichste Bündnis der Geschichte“ (NATO 2019) fühlt sich zwar immer noch bedroht von einem Großteil der Weltbevölkerung. Ganze Weltregionen erklärt es zu „Herausforderungen“: „die südliche Nachbarschaft, der Mittlere Osten und Nord Afrika“ (NATO 2014); doch zum ersten Mal seit Ende des Kalten Krieges nennt das Bündnis auch Russland im Zuge seiner Analyse der Bedrohungslage. Russland stelle die „regelbasierte internationale Ordnung“ in Frage und fordere die „Euro-Atlantische Sicherheit“ (ebd.) heraus. Nachdem der Fokus der NATO nach Ende des Kalten Krieges *out-of-area*, also außerhalb des Bündnisgebiets, lag, sehen die Regierungschefs der Mitgliedsstaaten seit 2014 die „größte Verantwortung“ der NATO wieder in der sogenannten Landes- und Bündnisverteidigung. Den historischen Kurswechsel begründen sie 2014 noch ausschließlich mit Russlands Verhalten in der Ukraine-Krise, auch wenn das in (mindestens) zweierlei Hinsicht nicht den Tatsachen entspricht.

Erstens schieben die NATO-Länder Russland die Schuld für die Krise in die Schuhe, die sie selbst mit drei Jahrzehnten ungebremster Ostexpansion herbeigeführt haben. Zweitens ist Russland dem NATO-Block schon länger ein Dorn im Auge; zum Beispiel 2008 im Kontext des Georgien-Krieges und ab 2011 im Syrien-Krieg. Die Spannungen im transatlantisch-russischen Verhältnis sind nicht 2014 vom Himmel gefallen. Durch die Beschlüsse auf dem Wales-Gipfel hat die NATO das Jahr 2014 allerdings tatsächlich zur Zeitenwende gemacht: Es ist das Jahr, in dem die NATO offiziell ihren Aufmarsch gegen Russland begann.

Die Militarisierung Osteuropas

Nachdem die NATO-Staaten 2014 Russland zur Herausforderung ihrer Sicherheit erklärt hatten, beschlossen sie als nächsten Schritt eine Debatte, um diese weitreichende Entscheidung in eine neue, gemeinsame Strategie im Umgang mit Russland zu gießen. Ein gemeinsamer langfristiger Plan für die Russlandpolitik fehlte noch. Dies hinderte das Bündnis allerdings nicht daran, noch im selben Jahr zahlreiche konkrete kurz- bis mittelfristige Maßnahmen gegen Moskau zu beschließen. Zentral war dabei die sogenannte *forward presence* (in etwa: Präsenz nach vorne), die erhöhte militärische Präsenz entlang der Grenzen des NATO-Einflussgebietes zu Russland. Mit dem 2014 beschlossenen *Readiness Action Plan* (RAP, Bereitschafts-Aktions-Plan) unternahm das Bündnis in den folgenden zwei Jahren die ersten Schritte hin zur Militarisierung Osteuropas. Darüber hinaus kündigte die NATO auf besagtem Gipfel nicht weiter definierte Aktivitäten für den Schwarzmeerraum an. Vor allem mit Blick Richtung Russland schreiben die Regierungschefs in ihrer Gipfelerklärung, das transatlantische Bündnis brauche „fähige Streitkräfte in hoher Bereitschaft“, dazu wollen sie ihre „militärischen Fähigkeiten [...] stärken“ (NATO 2014). Mit dem *Defence Planning Package* (Verteidigungsplanungspaket) setzte der NATO-Block 2014 strategische Prioritäten für über die Staatsgrenzen hinweg zielgerichtete Vorbereitungen auf einen Krieg gegen Russland.

Der RAP hatte zwei ineinandergreifende Ziele: der Aufbau einer permanenten militärischen Präsenz und „bedeutende militärische Aktivitäten“ (ebd.) des NATO-Blocks in den Gebieten der Ostexpansion einerseits und das Aufstellen von Nachschubtruppen in hoher Bereitschaft andererseits. Die NATO beschloss diese Maßnahmen nicht nur, sondern setzte sie auch im Laufe von zwei Jahren tatsächlich um. Teil des Plans war ein „ehrgeiziges“ (NATO 2016) Übungsprogramm. Aufmärsche von mehreren zehntausend NATO-Soldaten rund um die russische Grenze hat das Bündnis seitdem zur neuen Normalität gemacht. Mit dem RAP begann die NATO außerdem den Aufbau einer „Kommando- und Kontrollpräsenz“ in ehemalig sowjetischem Territorium beziehungsweise Einflussgebiet. Dazu zählen *NATO-Force Integration Units* (NATO-Truppen-Integrations-Einheiten) in acht osteuropäischen Staaten, das Hauptquartier *Multinational Corps Northeast* in Szczecin (Polen) und das Hauptquartier *Multinational Division South-East* in Bukarest (Rumänien). Im Konfliktfall sind diese Kräfte ausdrücklich zum Einsatz gegen Russland vorgesehen (NATO 2014). Zudem sind sie als „flexible und skalierbare“ Basis von NATO-Aktivitäten in der Region konzipiert. Mit ihnen hat die NATO den Grundstein für größere militärische Aktivitäten in der Region gelegt.

Teil des RAD war es auch, den NATO-Block zu befähigen, Truppenverbände „schnell und effektiv“ in Richtung russische Grenze zu verlegen. Im Rahmen des RAD begann die NATO, die Infrastruktur entlang der transatlantischen Nachschubrouten vorzubereiten, dort weiteres militärisches Gerät und Vorräte zu deponieren und Militärbasen ihre Funktion im Aufmarsch gegen Russland zuzuweisen. Darüber hinaus beinhaltet der RAD die „signifikante“ Verstärkung der *NATO Response Force* (NRF, Schnelle Eingreiftruppe), also der NATO-Nachschubtruppen. Einerseits ganz einfach durch das Erhöhen ihrer Truppenstärke auf 40.000 Soldaten (dreimal so viel wie davor) und andererseits durch das Aufbauen der Unterstruktur *Very High Readiness Joint Task Force* (Gemeinsame Truppe mit sehr hoher Einsatzbereitschaft; im Deutschen oft Speerspitze). Die Speerspitze ist seit 2015 zertifiziert, in Manövern erprobt und in zwei bis drei Tagen weltweit einsetzbar. Sie dient dazu, die Bereitschaft der NRF und damit der NATO zu erhöhen. Auch der Ausbau der Stehenden NATO-Marineverbände war Teil des RAD und erhöhte die Bereitschaft des Bündnisses.

Darüber hinaus ermahnen sich die NATO-Staaten in der Gipfelerklärung von Wales gegenseitig, ihre nationalen Streitkräfte in „angebrachte Bereitschaft und Geschlossenheit“ (NATO 2014) zu bringen. Das Bündnis setzt nicht auf offizielle NATO-Truppen, sondern auf die nationalen Armeen seiner Mitglieds- und Partnerstaaten, die bei Bedarf in den Dienst des Bündnisses gestellt werden. Um die einzelnen Armeen des NATO-Blocks über die nationalen Standards und Befehlsketten eng

zu verzahnen, beschloss das Bündnis 2014 zwei Formate: das Rahmennationenkonzept und die *Partnership Interoperability Initiative*. Das erste erlaubt es einzelnen NATO-Staaten, in militärischen Missionen die Führung zu übernehmen und sich Teile anderer Streitkräfte unterzuordnen, um deren Fähigkeiten, Soldaten oder Waffensystem zu nutzen. Das zweite führt 24 Partnerstaaten (die keine offiziellen NATO-Mitglieder sind) an die militärischen Standards des Bündnisses heran. Zu den inoffiziellen NATO-Truppen-Stellern gehört unter anderen die Ukraine.

Zwischen Krieg und Frieden

Zusätzlich zum RAD beschloss die NATO 2014 ihre sogenannte strategische Kommunikation, also ihre Propaganda-Kampagnen, auszuweiten. Darüber hinaus hat sie Cyberaktivitäten zu einem ihrer Kernaufgabenfelder erklärt und hybride Kriegsführung insgesamt zum Thema gemacht. Diese ist seitdem Teil der Kriegsszenarien, die die NATO-Soldaten in ihren Manövern proben. Die Verantwortlichen von Cyberangriffen sind gewöhnlich auch für Expert:innen kaum festzustellen. Trotzdem benennt die NATO in ihrer Gipfel-Erklärung Cyberattacken als legitimen Kriegseintrittsgrund des Bündnisses nach Artikel 5 der NATO-Verträge (Beistandsklausel). Damit öffnet sie sich Tür und Tor, wann immer nötig, Kriegseintrittsgründe zu (er)finden. Außerdem hat die NATO nach dem Gipfel eine eigene Strategie der hybriden Kriegsführung entwickelt, die sie nach eigenen Angaben unter Abstimmung mit der EU umsetzt (NATO 2016). Mit dem Begriff der hybriden Kriegsführung verwischt die NATO die Grenze zwischen Krieg und Frieden. Aktionen ziviler, oder zumindest nicht-staatlicher Akteure beziehungsweise Handlungen unterhalb der Schwelle direkter militärischer Gewalt (Sabotage, mutmaßliche Cyberangriffe, Einflussnahme auf Protestbewegungen, Beeinflussung der öffentlichen Meinung eines anderen Staates und so weiter) definiert der NATO-Block zu Kriegshandlungen um. Nach dieser Definition wäre die Unterstützung der Maidan-Putschisten ein kriegerischer Akt unter anderem der USA und der BRD gegen die Ukraine.

All diese Fähigkeiten und Truppen aufzubauen und zu unterhalten kostet Milliarden. Dementsprechend haben die NATO-Staaten sich 2014 zum Ziel gesetzt, bis 2024 alle der NATO-Richtlinie zu entsprechen, nach der mindestens zwei Prozent des BIP in den Wehretat fließen sollen. Dem sogenannten Zwei-Prozent-Ziel wurde in Wales noch das *Defence Investment Pledge* (Verteidigungsinvestitionsversprechen) hinzugefügt: 20 Prozent des Wehretats sollen in die Erforschung und Entwicklung neuer militärischer Fähigkeiten, also in die Aufrüstung, fließen. Dabei sind die Bündnispartner in der Gipfel-Erklärung angehalten, ihre Aufrüstungsprogramme so zu gestalten, dass die nationalen Armeen bei Bedarf ohne Probleme zu einer geeint handlungsfähigen und gut ausgerüsteten NATO-Streitkraft verschmelzen können.

2016 bis 2022 – logische Schritte auf einem Irrweg

Auf dem folgenden Gipfel im Jahr 2016 in Warschau, bekräftigte das Bündnis den Kurswechsel von Wales und verschärfte ihn. Die Schwarzmeerregion, der Ostseeraum, der Nordatlantik und das Mittelmeer rücken seitdem in den Fokus der Überlegungen transatlantischer Geopolitiker:innen und Militärstrateg:innen. Aufbauend auf dem RAD beschloss das Bündnis in Warschau weitere Maßnahmen, um sich gegen Russland in Stellung zu bringen. Es verfolgt dazu erklärtermaßen einen „breiten Ansatz“ der sich auf „alle Werkzeuge der NATO“ (NATO 2016) stützt. Die Werkzeuge der NATO reichen von sogenannter strategischer Kommunikation bis hin zu atomaren Erstschlägen. Die NATO-Staaten schreiben in ihrer Gipfel-Erklärung, sie werden „schwerere und high-end Streitkräfte und Fähigkeiten bereitstellen, genauso wie mehr Streitkräfte höherer Bereitschaft“ (ebd.). Das seit 2014 laufende Manöverprogramm und die *forward presence* tragen wie vorgesehen zur erhöhten militärischen Handlungsfähigkeit des NATO-Blocks bei. Mit dem damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko einigte sich die NATO im Zuge des Gipfels 2016 auf ein *comprehensive assistance package* (Unterstützungspaket) der NATO für die Ukraine – mit dem Ziel, den ukrainischen Sicherheitssektor im Sinne der NATO zu reformieren und auszubauen. Damit integriert das Militärbündnis die ukrainische Armee weiter in die NATO – wohl

gemerkt alles ohne offizielle NATO-Mitgliedschaft des Landes.

In der Warschau-Gipfel-Erklärung sprechen die NATO-Staaten unter dem Schlagwort Resilienz erstmals auch von ziviler Bereitschaft. Der Begriff Resilienz stammt ursprünglich aus der Psychologie und meint die Widerstandsfähigkeit eines Individuums gegenüber Krisen. Die NATO überträgt dieses Konzept im Kontext der hybriden Kriegsführung seit 2016 offiziell auf ganze Gesellschaften, macht das Konzept zum Teil seiner militärischen Übungen und verpflichtet seine Mitglieder, ihre „zivile Bereitschaft“ zu erhöhen. Damit weichen sie die Grenze zwischen Krieg und Frieden weiter auf und richten das zivile Leben zunehmend auf Großmachtkonfrontation und Krieg aus. Die Unterstützung der Armeen durch „zivile Mittel“ ist für die NATO ausdrücklich Teil dieser „zivilen Bereitschaft“ (ebd.). Im Juni 2016 beschließen die NATO-Verteidigungsminister die *Resilienz Richtlinien*.

Aus der *forward presence* wurde zwischen 2016 und 2017 die *enhanced forward presence* (verstärkte Präsenz nach vorne). Seitdem sind insgesamt vier NATO-Bataillone mit einer „realisierbaren Verstärkungsstrategie“ in Estland, Lettland, Litauen und Polen stationiert. Mit dem nächsten NATO-Gipfel (2018) baute die NATO ihre Bereitschaft und ihre Nachschubtruppen noch einmal weiter aus. Zum einen beschloss das Bündnis, in der BRD ein NATO-Kommando aufzubauen, das seine „militärische Mobilität“ (NATO 2018) durch Europa Richtung russische Grenze – also seine Fähigkeit, schnell gegen Russland mobil zu machen – verbessern soll. Als Realisierung des 2016 angekündigten Aufbaus von noch mehr Streitkräften in höherer Bereitschaft beschloss die NATO 2018 die *Readiness Initiative* (Bereitschaftsinitiative). Bis 2020 sollen die Mitgliedsstaaten dem Bündnis insgesamt 30 Bataillone (ca. 30.000 Soldaten), 30 Flugzeugstaffeln und 30 größere Kampfschiffe in einer Reaktionsfähigkeit von 30 Tagen zu Verfügung stellen.

Nächster Meilenstein der Kriegsvorbereitungen gegen Russland war das Großmanöver *Trident Juncture* 2018 in Norwegen. Das zweitgrößte Manöver seit Ende des Kalten Krieges gilt als der erste große Probelauf der 2014 ins Leben gerufenen NATO-Speerspitze. Insgesamt zwischen 40.000 und 50.000 Soldaten mit 10.000 Landfahrzeugen aller Art, mehr als 130 Militärflugzeuge und 70 Kriegsschiffe waren beteiligt.

2020 folgte mit *Defender-Europe 20* dann gleich das nächste Großmanöver des NATO-Blocks in Osteuropa mit annähernd 40.000 Soldaten. Dabei probte die USA mit Unterstützung der europäischen NATO-Staaten das Verlegen einer Division, also 20.000 Soldaten, über den Atlantik nach Osteuropa. Es sollte als Testlauf dessen dienen, was die NATO in den sechs Jahren zuvor an militärischer Infrastruktur gegen Russland aufgebaut hatte. Aufgrund der Corona-Krise konnten sie das Manöver allerdings nur in kleinerem Umfang als geplant umsetzen. Räumlicher Schwerpunkt war die Ostseeregion und die transatlantischen Nachschubrouten dahin. Nur ein Jahr später probten die NATO-Staaten mit *Defender-Europe 21* dann erneut den Aufmarsch gegen Russland, diesmal mit einem Fokus auf die Schwarzmeerregion und mit rund 30.000 Soldaten.

Auf dem Gipfel 2021 beschlossen die Regierungschefs des NATO-Blocks, im Laufe des kommenden Jahres ein neues strategisches Konzept für das Bündnis zu erarbeiten. Das zurzeit gültige strategische Konzept stammt aus dem Jahr 2010 und ist damit noch Teil der Phase der NATO, die von Militärinterventionen in der islamischen Welt geprägt war. Beim Erstellen der neuen Strategie wollen die NATO-Staaten sich auf das Papier *NATO 2030: United for a new Era* (NATO 2030: Geeint für eine neue Ära) orientieren. Die NATO macht damit Großmachtkonfrontation nachhaltig zu ihrem Programm.

Die BRD – Drehscheibe der NATO

Der Kurswechsel zurück zur Großmachtkonfrontation findet sich in zentralen deutschen sicherheitspolitischen Papieren wieder. Am jenem Papier, das die NATO ihrer neuen Strategie zugrunde legt, war unter anderem der ehemalige deutsche Verteidigungsminister Thomas de

Maizière federführend beteiligt (Wagner 2020). Und wie bei der NATO steht dieser Kurswechsel auch in Deutschland nicht nur auf dem Papier. Die Bundesrepublik beteiligt sich tatkräftig an den Kriegsvorbereitungen: Das von der NATO ausdrücklich gelobte Konzept der Rahmennation (führende Nation in multinationalen Missionen) beispielsweise, geht auf eine deutsche Initiative aus dem Jahr 2013 zurück. Und zwar ganz im Sinne der NATO, denn: „eine stärkere europäische Verteidigung wird zu einer stärkeren NATO beitragen“ (2014, Wales Declaration on the Transatlantic Bond). Darüber hinaus ist Deutschland seit 2017 eine der vier Rahmennationen der *enhanced forward presence*. Deutsche Soldaten sind seitdem permanent in Litauen stationiert und führen dort ein multinationales NATO-Bataillon. Die BRD steht der NATO auch als eine der sieben Rahmennationen zur Verfügung, die sich die Verantwortung für die Speerspitze teilen. Während ihres großen Tests, dem Manöver *Trident Juncture 2018*, stand die Speerspitze unter deutscher Führung. Die Bundeswehr stellte mit 10.000 Soldaten ungefähr ein Viertel der gesamten Manöver-Truppen. Außerdem nutzte die deutsche Armee den Anlass, um das Verlegen deutscher Panzerverbände über Landesgrenzen und die Ostsee hinweg gleich mit zu trainieren.

Als Teil der NATO-Kommandostruktur-Reform hat Deutschland gleich zwei NATO-Kommandos aufgebaut: Das *Baltic Maritime Component Command* (BMCC) in Rostock und das *Joint Support and Enabling Command* (JSEC) in Ulm. Das BMCC ist die Schaltzentrale der NATO für die Ostseeregion, der im Konflikt mit Russland eine militärstrategische Schlüsselrolle zukommt, unter anderem als Zugangsrouten der USA nach Europa. Die BRD zementiert damit ihre Rolle als Regionalmacht in einer der Schlüsselregionen im Großmachtkonflikt der NATO mit Russland. Auch das JSEC, oft Logistikkommando genannt, ist ein sicherheits- und außenpolitischer Erfolg Deutschlands. Die BRD positioniert sich für den NATO-Aufmarsch gegen Russland gezielt als „strategische Drehscheibe“ (Bundesministerium der Verteidigung 2018) im Herzen Europas. Damit hat sich Deutschlands Rolle im Vergleich zur letzten Blockkonfrontation gewandelt. Damals war Deutschland noch geteilter Frontstaat. Nach drei Jahrzehnten Ostexpansion teilt die Frontlinie zwischen dem NATO-Block und Russland heute unter anderem die Ukraine. Deutschland ist heute „Transitland“, „für die Verlegung von Kräften an die Grenzen des Bündnisgebietes“ (ebd.). Die BRD setzt darauf, diese veränderten geopolitischen Gegebenheiten zu ihrem Nutzen auszuspielen. Das Bundesministerium der Verteidigung sieht gar die „Handlungsfähigkeit des NATO-Bündnisses und der EU“ (ebd.) in Europa in deutscher Hand. Mit dem Aufbau des JSEC ist es ihr gelungen, ihren Anspruch auf die Drehscheiben-Funktion zu untermauern.

In diesem Kontext steht auch der Bundeswehr-Bahn-Deal aus dem Jahr 2019. Das Ministerium der Verteidigung hatte mit Blick auf die deutsche Übernahme der NATO-Speerspitze einen Vertrag mit der Deutschen Bahn abgeschlossen. Die grenzüberschreitende militärische Nutzung des zivilen Bahnnetzes (zwei Mal am Tag in beide Richtungen) ließ sich Berlin 100 Millionen Euro kosten (Haydt 2019). Wieder in ihrer Funktion als Drehscheibe unterstützen deutsche Soldaten ihre US-amerikanischen Kamerad:innen während des Großmanövers *Defender-Europe 2020* bei ihrem Aufmarsch gegen Russland. Im Rahmen der Kriegsübung fungierte Deutschland als *Host Nation* (Gastgeber Nation) für die durchmarschierende US-Armee. Der deutsche Staat stellte den USA für ihre Truppentransporte damals die zivile deutsche Infrastruktur (Häfen, Flughäfen, Straßen und Schienen) zur Verfügung (Bundesregierung 2019).

Den Politikwechsel zurück zur Großmachtkonfrontation hat die Bundesregierung 2016 in das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“, und damit im grundlegenden sicherheitspolitischen Papier der BRD, festgeschrieben. Wie die NATO setzt auch die BRD die Rückkehr zur Großmachtkonfrontation in systematischen Um- und Aufrüstungsmaßnahmen um, grundlegend formuliert 2018 in der Konzeption und dem Fähigkeitsprofil der Bundeswehr. Denn der Krieg gegen die unterdrückten Völker der Welt stellt die Bundeswehr vor andere Herausforderungen als ein Krieg gegen die Atommacht Russland, die über eine eigene Rüstungsindustrie, U-Boote und vieles mehr verfügt. Teil des Programms sind zahlreiche Rüstungsvorhaben, beispielsweise die neuen Korvetten oder die Mehrzweckkampfschiffe. Dabei konzentriert sich das Verteidigungsministerium nach eigenen Angaben darauf, die Bundeswehr für

die erneute Übernahme der NATO-Speerspitze im Jahr 2023 fit zu machen. Um dieses Militarisierungsprojekt durchführen zu können, erhöht die Bundesregierung seit Jahren kontinuierlich den Wehretat. Die Bundeswehr spricht zufrieden von einer erfolgreich umgesetzten *Trendwende Finanzen*, und das schon 2015, also lange vor Scholz' 100 Milliarden Kriegskredit. 2022 gipfelte dieses längst begonnene Umrüstungsprogramm für einen Krieg gegen Russland dann in der zweiten historischen Neuausrichtung der Bundeswehr: In Vorbereitung auf einen Krieg gegen Russland organisiert Deutschland seine Armee um. In diesem Kontext steht auch die zunehmend aufkeimende Debatte um das Reaktivieren der Wehrpflicht. Diese war im Zuge der damaligen Orientierung auf militärische Interventionen in der Peripherie ausgesetzt worden. Deutschland sah sich damals in der Rolle, mit Spezialkräften und gut ausgebildeten Berufssoldaten andere Armeen zu „ertüchtigen“, Kriege im deutschen Interesse zu führen. Den Krieg gegen Russland müssten die Deutschen wohl wieder selbst kämpfen.

Deutsches Machtkalkül

Hinter dem Kriegskurs der Bundesrepublik nur die NATO – und damit die USA – zu sehen, greift zu kurz. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wird nicht in Washington geschrieben. Wenn das der Fall wäre, hätten die USA nicht mehrere Jahre zu Druck und Sanktionen greifen müssen, in ihrem Versuch Berlin dazu zu bringen, Nord Stream II aufzugeben. Dass Deutschland nach zwei verlorenen Weltkriegen vor allem militärisch von den USA abhängig ist, lässt sich nicht von der Hand weisen. Doch Abhängigkeit und Gehorsam sind zwar verwandt, aber eben nicht dasselbe. Die neu angeschafften Panzer, Kriegsschiffe und die insgesamt gestiegene militärische Bereitschaft der Bundeswehr und in der deutschen Zivilgesellschaft lassen sich auch für andere Projekte nutzen. Die Kommandos in Ulm und Rostock beispielsweise will Deutschland bei Bedarf auch für EU- oder andere Militärmissionen nutzen. Auf der Basis der Vormachtstellung in EU-Europa, dem erneuten Zugriff auf die Ostgebiete durch die Ostexpansion und ein umfassendes Aufrüstungsprogramm, versuchen die deutschen Eliten, endlich die Kapitulation von 1945 abzuschütteln. Strategische Autonomie und Souveränität sind nicht zufällig Schlagworte deutscher Sicherheitspolitik geworden. Es wird höchste Zeit, den deutschen Kriegstreibern auf die Finger zu schauen.

Verwendete Quellen

NATO Press Release 05.09.2014: The Wales Declaration on the Transatlantic Bond.

NATO Press Release 05.09.2014: The Wales Summit Declaration.

NATO Press Release 09.07.2016: The Warsaw Summit Communiqué.

NATO Press Release 11.07.2018: The Brussels Summit Declaration.

NATO Press Release 04.12.2019: The London Declaration.

Die Bundesregierung 13.07.2016: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr.

Bundesministerium der Verteidigung 20.07.2018: Konzeption der Bundeswehr.

Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage von Dr. Alexander Neu in Drucksache 19/15716 vom 06.12.2019.

Claudia Haydt 07.01.2019: [Bahn frei für die Bundeswehr](#). Der Rahmenfrachtvertrag für internationalen Schienentransport zwischen Bahn und Bundeswehr. IMI e.V.

Jürgen Wagner 03.12.2020: [NATO 2030](#). Die "Hirntot"-Gruppe legt ihren Bericht zur neuen NATO-Strategie vor. IMI e.V.

Bild: Madonna with Machine Gun. Creator: Kārlis Padegs. Date: 1932. Institution: Latvijas Nacionālais mākslas muzejs. Provider: Europeana 280. Providing Country: Latvia. PD for Public Domain Mark.

Zitathinweis: Merle Weber: Schon lange auf Kriegskurs. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1768>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Die Ukraine im Würgegriff der Nationalisten und Imperialisten



Klaus Henning

Krieg im Osten

Die Ukraine zwischen Imperialismus, Nationalismus und Revolution

Ein Blick auf die Kriege, Revolutionen und Klassenkämpfe hilft den Angriff Russlands auf die Ukraine einzuordnen und die vernachlässigte Geschichte des Widerstandes von unten sichtbar zu machen.

Rezensiert von [Tilman von Berlepsch](#)

Dieser Tage fällt es schwer linke Bücher und Artikel zum Russland-Ukraine-Konflikt ohne Naserümpfen zu lesen. So verkehrt sich die Scham über die Fehleinschätzung von Putins Machtbestrebungen und die Überbetonung der Aggressivität der NATO teilweise ins Gegenteil. Linksliberale mutieren zu Ostfront-Panzerstrateg*innen und fangen an über die Natur des Russen an sich zu schwadronieren. Auf der anderen Seite vermischen sich Eskapismus mit Verschwörungserzählungen und so fallen Friedens- und Coronabewegte auf gefährliche Weise auf Putins Propaganda rein. Dem Politologen Klaus Henning ist beides nicht passiert und er hat vier Jahre nach Beginn des Stellvertreterkrieges und vier Jahre vor der russischen Invasion in der Ukraine ein Buch vorgelegt, das nicht von den Ereignissen überholt wurde und nach wie vor hilft, die Hintergründe des Konfliktes besser zu verstehen.

Auf 90 kompakten Seiten werden in neun Kapiteln die ukrainische Geschichte und die Konflikte um Territorien, Bodenschätze und nationale Selbstbestimmung geschildert und konsequent aus der Perspektive der Arbeiterklasse eingeordnet. So entsteht eine zugängliche Einführung in die Thematik, die sämtliche Fettnäpfchen und insbesondere eine Parteinahme für den ukrainischen oder den russischen Staat vermeidet. Garniert wird der kleine Band noch mit einem interessanten Glossar zur ukrainischen Linken, das gleichzeitig ihre Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit aufzeigt.

Die Vorgeschichte der Tragödie

Der historische Abriss beginnt dabei nicht mit dem Fall des Eisernen Vorhangs oder den Maidanprotesten, sondern bei der sozialdemokratischen Unabhängigkeitsbewegung gegen das zaristische „Völkergefängnis“ (Lenin). Der Zarismus unterdrückte alle nicht-russischen Ethnien, so erhoben sich polnische und ukrainische Bäuer*innen 1836 zum Aufstand. Aus dem Widerstand gegen die deutschen sowie österreich-ungarischen Besatzer im ersten Weltkrieg sowie den Verheerungen des nahtlos anschließenden russischen Bürgerkrieges entstanden selbstbewusste Bauern- und Arbeiterschaften, die sich politisch wie militärisch von den Großgrundbesitzer*innen und zaristischen „Weißen“ befreiten. Die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung spielte im Folgenden auch für die Bildung der Sowjetunion eine große Rolle, da die Sowjetukraine zu Beginn ein autonomer und gleichberechtigter Arbeiter- und Bauernstaat war und kein Vasall eines großrussischen Projektes, wie häufig behauptet wird.

Erst der Stalinismus verkehrte die emanzipatorischen Ansätze der Sowjetukraine ins Gegenteil:

„An die Stelle der Befreiung der Arbeit trat die Zwangsarbeit, an die Stelle der NÖP (Neue Ökonomische Politik, eine Form der liberaleren Planwirtschaft, d.Verf.) die Zwangsrequisition, an die Stelle der sozialen Gleichheit die Privilegien der Bürokraten, an die Stelle des Konsums der Hungertod, an die Stelle der ‚Ukrainisierung‘ der großrussische Chauvinismus und an die Stelle von Lenins ‚Halbstaat‘ der Polizeiterror“ (S. 33).

Da die Verbrechen Stalins „im Namen des Kommunismus“ vollübt wurden, entwickelte sich die ukrainische Nationalbewegung nach rechts. Die Auswüchse davon sind bis heute sichtbar. Als 1941 dann die Wehrmacht Holocaust und Vernichtungskrieg in die Ukraine brachte, wurde das Land zum zweiten Mal in wenigen Jahren verwüstet. Die Ukraine wurde wie Polen zum Hauptschauplatz der faschistischen Grausamkeiten. Henning erinnert jedoch daran, dass die sowjetischen Kriegsanstrengungen keinesfalls rein antifaschistischer Natur waren, sondern immer auch eigene geopolitische Interessen eine Rolle spielten.

Auch nach Stalins Tod wurde die ukrainische Sprache und Identität immer weiter verdrängt und studentische und Arbeiterproteste für die „ukrainische Frage“ unterdrückt. In Folge des AKW-Super-GAU in Tschernobyl und inspiriert durch die polnischen Solidarność-Gewerkschaftsbewegung kam es zu gemeinsamen Protesten von Bergarbeitern aus dem Donbas sowie Studierenden und Intellektuellen für „Seife und Demokratie“ (S. 48), die schließlich zum Zusammenbruch der Sowjetunion beitrugen. 1991 stimmten schließlich 90 Prozent für die Unabhängigkeit der Ukraine. Die damit verbundenen Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht, da die neoliberale Schocktherapie, vorgebracht durch IWF und Weltbank, Massenverarmung, Hyperinflation und eine Absenkung der Lebenserwartung um zehn Jahre brachte. Der Würgegriff der neoliberalen Oligarchen verursachte in der Ukraine die heftigste „Transformationskrise“ aller ehemaligen Sowjetrepubliken. Durch die Waffe der Verschuldung aus Ost und West geriet das Land zusätzlich unter Druck. Von dieser doppelten Belastung wollten sich die Ukrainer*innen 2013 in einer spontanen Massenbewegung, dem „Euro-Maidan“, befreien.

Internationale Solidarität statt Nationalismus und Imperialismus

Nicht vergessen darf man, dass es die Europäische Union war, die „der Ukraine ein Assoziierungsabkommen vorlegte, das den Bruch mit Russland zur Bedingung hatte“ (S. 8). Gleichzeitig forderte die EU die vollständige Liberalisierung des ukrainischen Energiemarktes, die zu deutlich steigenden Energiepreisen führte. So fiel der Maidan nicht vom Himmel, sondern war nur der vorläufige Höhepunkt der „sich verschärfenden Klassenwidersprüche in einem zerrissenen Land“ (S. 10). Der Bürgerkrieg ab 2014 ließ die Interessenskonflikte zwischen dem Westen (NATO und EU) und Russland in den Vordergrund treten, wodurch der Bürgerkrieg zum Stellvertreterkrieg wurde und andere Konflikte in den Hintergrund drängte.

Klaus Henning seziert den Imperialismus von beiden Seiten und kritisiert explizit und sehr weitsichtig die Auffassung von Teilen der deutschen Linken, den russischen Imperialismus zu negieren und als Abwehrkampf zu verfälschen. Dabei zeigen schon die russischen militärischen Interventionen in Tschetschenien, Georgien und Syrien eindeutig das russische Großmachtstreben auf. Die Interessen des Westens sind in erster Linie wirtschaftlicher Natur, wobei natürlich auch die geopolitische Lage der Ukraine (slawisch „Grenzland“) für die imperiale Globalstrategie der USA entscheidend ist. Die intensiven Handels- und Produktionsverflechtungen zwischen Deutschland und der Ukraine, aber auch Russland, sind exemplarisch für das „Dilemma des deutschen Imperialismus“ (S. 84). Deutschland im speziellen aber auch die EU insgesamt sind wirtschaftlich stark und setzen grundsätzlich auf Freihandel. Da die militärischen Kapazitäten jedoch begrenzt sind, bleiben Deutschland und die EU auf die USA und die NATO angewiesen, denn die politische Durchsetzungsfähigkeit bleibt im imperialistischen Wettbewerb ohne militärische Stärke begrenzt. Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass die Bundesregierung bei den Sanktionen gegenüber Russland auf die Bremse drückt und mit der „Zeitenwende“ in der Rüstungspolitik die

eigenen Streitkräfte nun im Eiltempo aufgerüstet werden sollen.

Wenig überraschend für einen Autor aus der Tradition der revolutionären Sozialisten von unten sieht Klaus Henning die Lösung für die Ukraine im Kampf einer vereinten Arbeiterklasse gegen Oligarchen und den imperialistischen Einfluss aus beiden Himmelsrichtungen. So enttäuschend das Fazit ist, wünschte man sich doch eine einfachere Lösung, bleibt die Losung dennoch wahr: Gegen Imperialismus und Nationalismus – für internationale Solidarität!

Klaus Henning 2017:

Krieg im Osten. Die Ukraine zwischen Imperialismus, Nationalismus und Revolution.

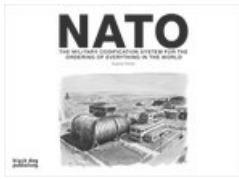
edition aurora, Berlin.

ISBN: 978-3-947240-00-5.

112 Seiten. 4,50 Euro.

Zitathinweis: Tilman von Berlepsch: Die Ukraine im Würgegriff der Nationalisten und Imperialisten. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1762>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Die Kunst der Kriegsführung



Suzanne Treister

NATO

The Military Codification System for the Ordering of Everything in the World

Die NATO ist kein Friedensbündnis, sondern eine imperiale Kriegsmaschinerie. Ein Bildband versucht, diese Problematik künstlerisch zu fassen.

Rezensiert von [Johanna Bröse](#)

Aus welchen Einzelteilen besteht die North Atlantic Treaty Organisation (NATO) eigentlich? Die Künstlerin Suzanne Treister hat sich dieser Frage mit einer sehr nerdig anmutenden Präzision und Perspektive angenommen. Entstanden ist eine umfangreiche Aquarell-Sammlung, in der eine zunächst verwirrende Vielfalt von scheinbar zufällig ausgewählten Gegenständen entsprechend ihrer Stellung im logistischen Kodifizierungssystem der NATO zugeordnet sind. Dieses System – die *NATO Supply Classification*, NSC – ermöglicht dem Militärbündnis das Beschreiben und Klassifizieren großer Teile ihrer Bestände. Treisters Buch enthält insgesamt 186 Stillleben verschiedener Gegenstände, darunter: Maschinengewehre, Atombomben, Musikinstrumente, Toilettenartikel, Nachtkleider, Kampfschiffe, Streichholzschachteln, Aquarellpinsel, Tarnausrüstung oder Pyrotechnik.

Klassifizierung, Konsum, Subversion

Das Systematisierungstool der NATO zeigt ihre koloniale, herrschaftsförmige Art, sich die Dinge in der Welt zu eigen zu machen – ordentlich, sortierbar, verwertbar. Natürlich muss eine weltweite Kriegsmaschinerie samt all ihrer Armeen über ein möglichst genaues Klassifizierungssystem ihrer militärischen Geräte und der mit Kriegshandlungen zusammenhängenden Gegenstände verfügen – „Take this, enemy! Wir haben noch rund 2000 Kriegsschiffe!“ (NSC 1905 – *Combat Ships and Landing Vessels*, S. 47); oder auch: „Melde, der Bestand an Särgen wird wieder eng!“ (NSC 9930 – *Memorials, Cemetary and Mortuary Equipment and Supplies*, S. 204). Aber wie umfassend zeigt sich das hegemoniale Denken des Kriegsbündnisses eigentlich, wenn ihr kryptischer Militärjargon auch für Eiscreme (NSC 8910), lebendige Tiere (NSC 8820), Blumensamen (NSC 8730), Kerzen (NSC 6260) und so weiter gilt? Hier versucht Treister mit ihrer Arbeit, Bewusstsein zu wecken.

Systematisches Katalogisieren ist in der westlichen Kunsttradition tief verankert – zahlreiche alte Lexika von Flora und Fauna zeugen beispielsweise davon. Im Band wird dies aber zur Entlarvung genutzt, wie die Künstlerin in ihrer Einleitung schreibt, „mit der dazugehörigen Intention und dem Subtext, dem Memento Mori, den Vorstellungen von Eigentum und Wissen“ (Übersetzung JB, S. 7). Treisters subversiver Blick scheint an den Stellen durch, an denen sie beispielsweise der kolonial tiefenden NSC 9915 – *Collectors and/or historical Items (Includes Antiques; Artifacts; Coins; Stamps; Rare Books, Works of Art; Collectors and/or Historical Gems; Jewelry and Cut precious Stones; Natural History Items)* – ihr gemaltes Aquarellbild von Pablo Picassos Guernica über den Spanischen Bürgerkrieg (1937) hinzufügt. Oder, wenn die Beschreibung des Bildes zu NSC 7820 – *Games, toys and wheeled goods* – wie folgt lautet: „Der Nordatlantikrat besucht die Ukraine, Minenbeseitigungsanlage in Donezk (2002): Nato-Generalsekretär Lord Robertson erhält als Andenken eines der Spielzeuge, das aus den recycelten Materialien der Landminen hergestellt wurde“ (Übersetzung JB, S. 160).

Insgesamt ist das Werk eine abschreckende Erinnerung an die Unterwerfung unter den militärisch-

industriellen Komplex samt seiner Kontroll-, Kommunikations- und Informationssysteme. Treisters Projekt verknüpft das Kodifizierungssystem des mächtigen Kriegsverbündnisses mit den Angebots- und Nachfrageketten des kapitalistischen Systems insgesamt. Sie verweist zudem auf die militärischen Ursprünge vieler wirtschaftlicher Alltagsobjekte (etwa im Bereich der Überwachungstechnologie) oder die Übernahme von Begriffen; „Logistik“ etwa wurde bis vor wenigen Jahren noch rein militärisch genutzt. Marek Kohn, der ein Begleitwort zum Band beigesteuert hat, schreibt, die NATO Maintenance and Supply Agency (NAMSA), also die Agentur, die sich um Angebot und Nachfrage der NSCs kümmert, spräche „nicht die Sprache des Befehls, sondern die des Handels, des Wettbewerbs und ihrer Kunden“ (Übersetzung JB, S. 9). Die Lieferkette der NATO sei „ein Geschäftsvorgang wie jeder andere, bei dem Kisten von den Lieferanten zu den Kunden befördert werden. Es ist weitgehend gleichgültig, ob die Kisten Eimer oder Bomben (*buckets or bombs*) enthalten.“ (ebd.)

Krieg in Aquarellfarbe

Treisters Arbeit zeigt die Verwobenheit von militarisierter Ideologie und Alltagswelt, vermittelt durch Kunst. *The Art of War*. Ihr Blick widmet sich auch dem Gedenken an die zerstörten Leben in den Kriegsgebieten des 20. und 21. Jahrhunderts, wenn sie etwa NSC 8730 – *Seeds and Nursery Stock (includes: Cut Flowers)* – das Bild zweier junger Mädchen zuordnet, die an der Stelle eines Bombenanschlags mit 43 Toten in Sarajevo, Bosnien-Herzegowina, Blumen ablegen.

Die technokratische Systematisierung, die Treister in ihrem Werk ins Zentrum rückt, ist gleichzeitig auch sehr konträr zu dem, was Krieg neben Profitgier vor allem ist: Krieg ist zerstörerisch, verheerend, schmutzig; Krieg ist andauernde und erbarmungslose Grenzüberschreitung und qua Definition gegen Land, Leben, Körper und Zukunft von Menschen gerichtet. Treisters Hoffnung, ihre Bilder mögen eine „Matrix des Unbehagens“ (S. 7) mit der heutigen Zeit auslösen, fällt daher, und vor allem angesichts von längst überfälligen Forderungen zur Re-Politisierung von Kunst, zu wenig politisch aus.

Dabei gibt es Kunstschaffende, die den Terror und das Grauen, aber auch die ökonomischen Strukturen der weltweiten Kriegsmaschinerien deutlicher ans Licht tragen. Die Kuratorin und Künstlerin Ezgi Erol beispielsweise hat vor einigen Jahren in Wien unter dem Ausstellungstitel *krieg kuratieren* einige sehr eindrückliche Werke hierzu zusammengetragen. Die Ausstellung beschäftigte sich mit Fragen danach, wie Krieg organisiert und ideologisch gerechtfertigt wird und wie das Verhältnis von Kunst und Krieg überhaupt darzustellen ist. Die Künstler:innen fragten danach, welche Form der Militarisierung des Lebens (nicht) wahrgenommen wird; und vor allem, welche ökonomischen und ideologischen Verflechtungen sich zwischen Kunstinstitutionen und Kriegstreiber:innen, zwischen Kulturschaffenden und Waffenproduzenten, zwischen Organisationen der Zivilgesellschaft und den Bellizist:innen von heute ausmachen lassen.

Kunst, die sich klar antimilitaristisch positioniert, Kriegsprofiteure benennt und Anklage erhebt, ist angesichts des zunehmenden Kriegsgeheuls innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zentral. Auch, wenn ihr das den Vorwurf der Instrumentalisierung der Kunst einbringt. Vages Unbehagen auslösen reicht nicht, wir brauchen ein kollektives Begreifen davon, dass unser Widerstand gegen Elend und Militarisierung der Welt notwendig ist – auch vermittelt durch Kultur. Wir brauchen wieder mehr politischen Realismus und künstlerische Intervention, die ihrem Namen Ehre macht.

Krieg mit Haut und Haar

Die Arbeit *Forensic Body* (2018) von Songül Sönmez in Erols Ausstellung thematisierte etwa die Kriegshandlungen der Türkei in den Jahren 2015 und 2016 in Nordkurdistan. Fünf lange Haarzöpfe in Glashülsen und dazugehörige Soundinstallationen erzählten die (forensischen) Geschichten von fünf Frauen, die (wie viele andere) während dieser Zeit von Militär und Spezialeinheiten der Polizei ermordet wurden. Die Künstlerin thematisiert damit die vom

türkischen Staat über Frauen*körper ausgeübte systematische Gewalt, wie sie in einem Interview mit dem *migrazine* berichtet; aber spezifisch beschreibt sie die „Tötungspolitik, die die türkische Regierung hier verfolgt“ als „Kriegspropaganda, die auf den Körpern von Frauen und Kindern gemacht [wird]“. Diese und weitere Arbeiten der Ausstellung hallen in der Betrachterin nach; auch und insbesondere, weil ihre Aktualität nicht erlischt. Das jahrzehntelange NATO-Bündnismitglied Türkei kann nämlich, ohne jegliche Reaktion der anderen Mitglieder, weiterhin erbarmungslose Repression und Gewalt gegen politische Feinde ausüben – auch gegen Kunstschaffende! – sowie Grenzverletzungen und völkerrechtswidrige Invasionen in seinen Nachbarländern lancieren.

Menschenleben haben keinen eigenen Eintrag in den Kodifizierungssystemen der NATO, mit denen Suzanne Treister uns vertraut macht. Macht uns das damit potenziell zu wertlos Unterworfenen – oder zum Gegenteil davon?

Zusätzlich verwendete Literatur

Migrazine (2019): Forensic Body. Interview mit Songül Sönmez, geführt von Ezgi Erol. Abrufbar [hier](#).

Suzanne Treister 2008:

NATO. The Military Codification System for the Ordering of Everything in the World.

black dog publishing, London.

ISBN: 9-781-906-155-612.

207 Seiten. 40,00 Euro.

Zitathinweis: Johanna Bröse: Die Kunst der Kriegsführung. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1763>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Vor dem Angriff



Jörg Kronauer

Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg
Russland, China und der Westen

Das kurz nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges erschienene Buch kristallisiert detailliert die Konfliktlage und die Konfliktgeschichte heraus.

Rezensiert von [Thore Freitag](#)

Jörg Kronauers neues Buch „Der Aufmarsch“ spricht aus einer neuen Gegenwart zu uns. Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine ist ein neuer kriegerischer Konflikt von weltpolitischem Ausmaß ausgebrochen. Der seit dem 24. Februar 2022 geführte Angriff Russlands auf die Ukraine ist Ausdruck eines politischen Machtstrebens und Rückeroberungskurses, schreibt Kronauer. Der Journalist für Außenpolitik und Redakteur bei *german-foreign-policy.com* legt eine „Vorgeschichte zum Krieg“ als Resultat der Machtkämpfe zwischen dem Westen und Russland vor. Doch auch die seit einigen Jahren wieder verstärkte Phase von Spannungen zwischen den USA und China kommen zur Sprache. Das Buch ist keine spezifische Untersuchung der (Vor-)Geschichte des Ukrainekrieges, sondern war schon zuvor als Publikation zur westlichen Außenpolitik geplant. Einige wenige Kapitel des Buches wurden infolge des russischen Angriffes hinzugefügt, ehe es dann im April erschien.

Natürlich liegt bei der Lektüre über allem der Krieg als neue Großwetterlage. Das gibt dem Buch eine enorme Aktualität. Man hätte es sich anders gewünscht. Und es wird besonders klar, dass man das aufkommende Unwetter nicht hat kommen sehen. Ein Eingeständnis, das sich auch die Linke machen muss.

Kanonbootdiplomatie

Die Gründe für den Ukrainekrieg wuchsen nach Kronauers Einschätzung nicht zuletzt unter der Beteiligung des Westens und des NATO-Bündnisses heran. Gerade die Rolle der NATO im Ukrainekrieg ist infolge der russischen Mobilmachung wieder stark diskutiert worden. Mit der fortschreitenden Osterweiterung der NATO – oder zumindest ihrer steten Androhung – sah sich Russland nach dem Fall des Eisernen Vorhangs mit einer neuen Herausforderung konfrontiert. Der Autor zeigt anhand einer Reihe von militärischen Übungen und Manövern von NATO-Ländern, wie sich die nationalen und NATO-Militärs in den letzten Jahren auf kriegerische Handlungen gerade auch im Osten Europas vorbereiteten. Das Aufmarschieren und die Stationierung von Waffen ist Ausdruck einer schwer zu bremsenden Aufrüstung im Ringen um geopolitische Vormacht. Die NATO macht auf diese Weise Herrschaftsansprüche geltend. Auch kurzweilige Eskalationen, Kampfesdrohungen und außenpolitische Krisen werden dafür in Kauf genommen.

Zugleich ist Russland nach den 1990er Jahren wieder zu neuen Kräften und nationalem Selbstbewusstsein gekommen. Es wusste sich mehr und mehr auf der globalen Politikbühne zu verteidigen und eigene Ansprüche zu deklarieren, die dem Westen ein Dorn im Auge sind und ihm wirtschaftliche Nachteile bringen. Schon bald nach dem Niedergang des Realsozialismus stellte die Russische Föderation für den Westen eine Konkurrentin dar, von der man zugleich aber abhängig

war. Die Geschichte der Beziehungen des Westens und der NATO zu Russland birgt bereits eine Menge von Konfrontationen in sich. Dem heutigen Kanonendonner ging schon der Knall der Auseinandersetzung um die separatistischen Gebiete Luhansk und Donezk und der Lärm um die zunehmende Aufrüstung der Ukraine durch den Westen voraus. Die „Vorgeschichte zum Krieg“ war geprägt von einem polternden Drohen, das viele nicht hören wollten. Das macht Jörg Kronauer in seinem recht kursorisch verbleibenden Überblick allemal deutlich. Gleichzeitig handelt „Der Aufmarsch“ von mehreren Konfliktherden des Westens. Es ist also kein Buch, das sich ausschließlich dem Ukraine-Krieg widmet.

Kein Ende der Geschichte

Während Russland jüngst von der NATO als unmittelbare und größte Bedrohung eingestuft wurde, gibt es noch ein anderes Land, um das sich die Strategiepapiere der NATO verstärkt drehen: Die Volksrepublik China wird zwar nicht als kriegerische Aggressorin, aber dennoch als Bedrohung für den Staatenbund angesehen. Kronauer legt auch zu diesem von der NATO verstärkt geführten Machtkampf ein Kapitel an und prognostiziert mit China als neue Achsenmacht und als Partner Russlands die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges.

Besonders seit dem Jahrtausendwechsel baut China seine politische und vor allem ökonomische Macht stark aus. Kronauer führt eine Analyse der Gravitationszentren des Weltmarktes an und macht trotz dieser nur schematischen Darstellung auf eine interessante Entwicklung im machtpolitischen Weltgefüge aufmerksam: Die chinesische Wirtschaft wächst ungebrochen und könnte schon in zehn Jahren auf dem Stand der US-amerikanischen Wirtschaftsleistung sein. Der ökonomische Gravitationspunkt rücke vom Westen immer mehr in den Osten.

Der hegemoniale Kampf des Westens gegen China wird vor allem auf dem Weltmarkt und in vermeintlichen Schlüsselsektoren geführt. 2018 initiierte die Trump-Administration einen Handels- und Zollstreit unter anderem mit dem chinesischen Telekommunikationsanbieter Huawei, um chinesische Warenflüsse zu unterbrechen und den eigenen Absatz zu sichern. Es folgten Gegenzölle. Ob derlei „Strafzollschlachten“ (S. 92) erfolgsversprechend sind, um den Bedeutungsverlust am Weltmarkt umzukehren, ist fraglich. Im Fall der Ausfuhrsperrung von Halbleitern nach China zahlten am Ende US-amerikanische Unternehmen, Arbeiter*innen und Konsument*innen einen Großteil der Kosten und verlor wichtige Absatzmärkte. In US-Wirtschaftskreisen wird sogar über ein „Decoupling“, was eine vollständige Trennung der Wirtschaftssphären zur Folge hätte, debattiert. Die Zeiten der Handelskonflikte zwischen dem Westen und China gehören mitnichten der Geschichte an.

(K)Ein Gespenst geht um

Gibt es also eine Rückkehr des Blockdenkens? Geht ein Gespenst um, das nie weg war? Die Logik nationalstaatlichen Denkens und Wirtschaftens äußerte sich schon immer im Wettkampf um Vormachtstellungen, bereits bevor es zu einer kriegerischen Zuspitzung kommt. Konfrontationen zwischen Staaten und Blöcken sind Kronauer zufolge im Politikgeschäft an der Tagesordnung. Das Wort Imperialismus ist dabei jedoch immer mehr Hinweis als eine Antwort. Es lässt sich fragen, ob sich an der auch in der Linken geführten Kriegsdebatte etwas geändert hat oder ob gerade ihr antiimperialistischer Flügel einen Wiederkäuermagen besitzt. Kritik muss sich der Antiimperialismus nämlich einbringen, wenn er das Urteil über einen sich aufbauenden Konflikt schon längst gefällt hat. Man geht so über die konkrete und zugleich noch nebulöse Lage hinweg.

Die umfassenden Gründe für den nun militärisch geführten Konflikt zu schmälern, ist einer der Kapitalfehler in der tieferen Analyse dieses (selbstverständlich imperialistischen) Krieges, den Kronauer nicht begehen möchte. Er unternimmt mit seinem Buch als einer der Ersten im deutschsprachigen Raum den Versuch einer Einordnung. Einige Aspekte des Krieges gehen ihm dabei allerdings unter. Dem Autor muss allerdings zugutegehalten werden, dass sich erst jetzt, vier

Monate nach Kriegsbeginn, ein detaillierteres Bild der Konfliktlage und auch der Konfliktgeschichte herauskristallisiert.

Doch stellt sich am Ende eine gewisse Hilflosigkeit beim Lesen ein. Ein Gefühl, das die Linke gerne zu vermeiden sucht. Im herrschenden Kriegsgeschehen, wie auch in jeder Blockkonfrontation, ist der Großteil der Gesellschaft und mit ihr die Linke stets auf den Zuschauerposten verwiesen. Perspektiven der Abwendung von Kriegen oder gar Handlungsmacht fehlen ihr im kriegspolitischen Diskurs völlig. Auch in Kronauers Buch ist und bleibt Außenpolitik eine Frage des Staates.

Jörg Kronauer 2022:

Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg. Russland, China und der Westen.

Papyrossa Verlag, Köln.

ISBN: 978-3-89438-778-5.

207 Seiten. 14,90 Euro.

Zitathinweis: Thore Freitag: Vor dem Angriff. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1771>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Schlagbilder des westlichen Terrors



Emran Feroz
Der längste Krieg
20 Jahre War on Terror

Der Mythos vom Vorzeigekrieg in Afghanistan ist schon lange zerstört, hier wird der Terror des Westens eindrücklich geschildert.

Rezensiert von [Leon Wystrychowski](#)

Im Jahr 2017 erschien Emran Feroz' „Tod per Knopfdruck“, in dem der Autor eindrücklich die Ausmaße und grauenhaften Details des US-Drohnterrors unter anderem in Afghanistan, Irak, Jemen und Pakistan darlegte. Sein neues Buch ist wie das erste im journalistischen Stil verfasst und eine Mischung aus meinungsstarker investigativer Reportage und Geschichte von unten, in der auch Afghan*innen selbst zu Wort kommen.

Ein einziger Tatort

Diese Geschichte Afghanistans ist geprägt von ausländischen Militärinterventionen und -interventionen: Da waren die mehrmaligen kolonialen Eroberungsversuche der Briten im 19. und frühen 20. Jahrhundert, die sowjetische Intervention 1979–89 und schließlich die NATO-Invasion von 2001–21. Feroz geht auf all diese Konflikte ein, sein Schwerpunkt liegt allerdings auf der jüngsten Invasion. Der erste Teil widmet sich der Vorgeschichte dieses Krieges und seinen verschiedenen Akteuren. Im zweiten listet Feroz die „sechs großen Vergehen des ‚War on Terror‘ in Afghanistan“ auf. Zum Abschluss folgen Gespräche mit Afghan*innen, die die politische Komplexität des Landes zu erahnen helfen; außerdem geht der Autor auf die sogenannten *Afghanistan Papers* ein und zieht 20 Jahre nach Kriegsbeginn und inmitten des Abzugs der NATO-Truppen eine Bilanz.

Feroz legt den Finger in viele offene Wunden und klärt akribisch über die westlichen Verbrechen im „War on Terror“ auf: Angefangen bei der Tatsache, dass der Einmarsch in Afghanistan entgegen aller Legenden keine von UNO oder Völkerrecht gedeckte Intervention, sondern ein illegaler Angriffskrieg der NATO war, über die massenhafte Ermordung von Zivilist*innen und das Auslöschen ganzer Dörfer – durch Drohnen, Kampfflugzeuge oder marodierende Truppen –, über systematische Folter und Entführungen angeblicher Verdächtiger inklusive deren gezielter Vertuschung bis hin zur Etablierung einer von der US-Regierung abhängigen „Kleptokratie“ (S. 51) aus korrupten Politiker*innen, Warlords, Geheimdienstlern und gekauften Stammesführern. Auch schreibt er über die durch den Krieg losgetretenen Fluchtbewegungen, im Zuge derer Millionen Menschen für viel Geld und unter Lebensgefahr ihre Heimat verließen; oftmals, um dann in europäischen Flüchtlingsunterkünften zu verelenden oder mit der Behauptung, Afghanistan sei „sicher“, wieder dorthin abgeschoben zu werden.

Besonders scharf geht der Autor dabei mit den Strippenzieher*innen in Washington und mit der afghanischen Kompradoren-Bourgeoisie (also der von den Besatzungsmächten abhängigen Elite) um die ehemaligen Präsidenten Hamid Karzai und Ashraf Ghani ins Gericht. Aber auch die BRD kommt nicht ungeschoren davon: Feroz benennt ihre Verbrechen, vom Kunduz-Massaker unter

Leitung des mittlerweile zum General aufgestiegenen und mehrfach beförderten Georg Klein über das „Herzstück“ des illegalen Drohnenkrieges“ (S. 146) in Ramstein. Aber auch das persönliche Eintreten Frank-Walter Steinmeiers (SPD) für eine faktische Generalamnestie sämtlicher NATO-Verbrechen in Afghanistan, das widerwärtige „Geschenk“ anlässlich Horst Seehofers (CSU) 69. Geburtstag in Form von 69 abgeschobenen Afghanen oder der staats- und kriegstragende Journalismus deutscher Leitmedien finden Erwähnung. Feroz weist zudem auf die wenig beachtete Tatsache hin, dass das aufgrund seiner vielen rechtsradikalen Vorfälle bekannt gewordene Sondereinsatzkommando (KSK) der Bundeswehr ebenfalls in Afghanistan im Einsatz war. Der Autor vermutet, dass die Neonazis im KSK ihren Rassismus und ihre Gewaltgeilheit in Afghanistan und an Afghan*innen ungezügelt ausleben konnten.

Dass sie damit nicht alleine waren, zeigen zahlreiche Beispiele vor allem US-amerikanischer Soldat*innen, deren bestialische Morde und deren offen zur Schau gestellten antimuslimischen Rassismus der Autor detailliert nachzeichnet. Auch, dass dieser Rassismus nicht nur ein Problem von Rechtsradikalen ist, sondern quasi zur Essenz des „War on Terror“ gehört, legt Feroz eindrücklich dar.

Antikommunistischer Makel

Eine andere Wunde, die Feroz offenlegt, ist die des auch unter (nicht nur westlichen) Linken durchaus vorhandenen orientalistischen und islamfeindlichen Chauvinismus. Er schießt dabei allerdings über das Ziel hinaus und attestiert letztlich fast der gesamten politischen Linken wie auch der damaligen Sowjetunion und den Kommunist*innen der Demokratischen Volkspartei Afghanistans (DVPA) Orientalismus, Rassismus und Imperialismus. Tatsächlich ist Afghanistan eines der wohl kompliziertesten und widersprüchlichsten Kapitel in der Geschichte der linken und kommunistischen Bewegung. Feroz' Anklagen tragen letztlich wenig zu dessen Verständnis oder Klärung bei; auch, weil er eine mitunter platt antikommunistische Attitüde zur Schau trägt.

So taten Feroz zufolge die Kader der DVPA vor der Machtübernahme nichts anderes, als junge Afghan*innen zu „indoktrinieren“ (S. 73) und später alle, die ihnen zwischen die Finger kamen, zu foltern; ihr gesamtes Handeln war angeblich eine billige Kopie sowjetischer Vorbilder und ihre Anhänger*innen wurden allesamt einer „Gehirnwäsche“ (S. 72) in der UdSSR unterzogen. Zu diesen provokant-reißerisch formulierten Charakterisierungen kommt hinzu, dass Feroz dabei historische Fakten verdreht und verfälscht: So stellt er etwa die Machtübernahme der Kommunist*innen 1978 und die sowjetische Militärintervention im Jahr darauf als Reaktion auf einen Eklat zwischen dem damaligen afghanischen Präsidenten Mohammed Daoud Khan und Leonid Breschnew dar. Das widerspricht jeglicher historischer Wahrheit. Der Staatsstreich hatte innenpolitische Gründe: Daoud versuchte, die DVPA zu zerschlagen und diese trat die Flucht nach vorn an, indem sie den autokratisch herrschenden Präsidenten stürzte und so, quasi aus Versehen, die Staatsmacht eroberte. Die Sowjetunion ihrerseits hielt Afghanistan für noch lange nicht „reif“ genug für den Sozialismus, war stets um ein konstruktives nachbarschaftliches Verhältnis zu den feudalen und bürgerlichen Regierungen in Kabul bemüht gewesen und wurde von dem Umsturz durch die DVPA kalt erwischt. Aus diesen Gründen verhielt sich die KPdSU-Führung zunächst relativ distanziert gegenüber dem „kommunistischen Regime“ in Kabul und lehnte lange und wiederholt Bitten der DVPA um militärische Beihilfe gegen die Mujahedeen-Rebellen ab; sie war sich durchaus bewusst, dass eine solche Intervention sowohl die afghanische Regierung als auch die Sowjetunion Sympathie in der afghanischen Bevölkerung kosten würde.

Außerdem reproduziert der Autor die in der westlichen Literatur, aber auch unter manchen Afghan*innen verbreitete Legende von der „goldenen Ära der Demokratie“ (S. 136), die durch den von den Kommunist*innen unterstützten Putsch Daouds 1973 beendet worden sei. Dass es mit dieser „goldenen Ära“ nicht weit her war, deutet Feroz selbst an anderer Stelle an, wenn er schreibt, dass parallel zu den ersten Wahlen in der nun konstitutionellen Monarchie „Armut und Hungersnöte“ herrschten, „während die Kabuler Bourgeoisie in einer Art Parallelwelt lebte“ (S.

24). Über diese Andeutungen geht er allerdings nicht hinaus. Tatsächlich war Afghanistan damals eines der ärmsten Länder der Welt; 85 Prozent der Afghan*innen lebten als Kleinbauern, Tagelöhner, Viehzüchter usw. am Existenzminimum. Fünf Prozent der Bevölkerung dagegen verfügten über die Hälfte des Bodens. Sie herrschten in ihren Regionen als unabhängige Despoten und verfügten unter anderem über eigene Gefängnisse. Das war der soziale Kontext, in dem die Kommunist*innen begannen, sich zu organisieren und schließlich – an der Macht – zu versuchen, tiefgreifende soziale Reformen durchzusetzen.

Damit weißt Feroz den afghanischen Kommunist*innen letztlich die Rolle der eigentlichen Schurken zu – oder in den Worten des Autors: „Es waren die Agenten Moskaus, die Afghanistan bewusst ins Chaos stürzten.“ (S. 80) Seiner Darstellung zufolge beendeten sie 1973 den Weg zur Demokratie, übernahmen 1978 im Auftrag Moskaus die Macht, stürzten das Land dadurch in einen letztlich Jahrzehnte währenden Krieg und öffneten 1979 schließlich die Tore für die „russischen Invasoren“. Es gibt sicher genug zu kritisieren an der Kriegsführung der Roten Armee und per se an diesem Krieg. Afghanistan eignet sich aber eben nicht, um der Sowjetunion eine Art von „Imperialismus“ zu attestieren, der mit dem der USA zu vergleichen wäre. Bezeichnenderweise relativiert Feroz zudem die Rolle, die die USA vor allem gemeinsam mit Pakistan und Saudi Arabien dabei spielten, die Mujahedeen gegen das pro-sowjetische Kabuler Regime aufzurüsten. Proklamiertes Ziel war es, die UdSSR dazu zu veranlassen, in die Kämpfe im südlichen Nachbarland einzugreifen und ihr ein eigenes „Vietnam“ zu bereiten. Auch nach dem Sturz der DVPA Anfang der 1990er mischte Washington sich in das Geschehen in Afghanistan ein und unterstützte nach Gutdünken Bürgerkriegsparteien. Insofern ließe sich entgegen Feroz' Narrativ überzeugender argumentieren, dass es vielmehr die NATO in Form der USA war, die in Afghanistan bereits seit mehr als 40 Jahren, und nicht erst seit 20, Krieg befeuerte und sich alle Mühe gab, das Land ins Chaos zu stürzen.

Investigativjournalismus, aber keine Analyse

Damit stößt man auf die Schwäche des Buches: Analytisch hat es wenig Tiefgang. Die sowjetische Sorge um ihre Südflanke im Kalten Krieg wird auf eine Stufe gestellt mit dem Expansionsstreben Großbritanniens oder der USA, die zehn- bzw. hunderttausende Soldaten ans andere Ende der Welt schickten, um ein Land zu unterwerfen. Zwar attestiert Feroz der NATO zurecht, dass sie den Afghan*innen weder Demokratie noch Frauenrechte gebracht habe. Doch ob sie daran nun gescheitert ist, dies „bewusst in Kauf genommen“ (S. 20) hat oder aber genau gegenteilige Interessen verfolgte – in dieser Frage ist man nach der Lektüre wenig schlauer. Zwar fällt hier und da der Begriff des „militärisch-industriellen Komplexes“, doch eine wirkliche Erklärung, die mit ökonomischen, geo- und weltmachtpolitischen Kategorien arbeitet, fehlt völlig. Fragen nach dem größeren strategischen Zusammenhang zwischen den Kriegen in Afghanistan und im Irak werden ebenso wenig gestellt bzw. beantwortet wie die Frage, ob am Hindukusch nun Handelsinteressen verteidigt wurden oder es doch mehr um die Einkreisung des Iran ging. Auch die vor dem aktuellen Hintergrund besonders zu Denken gebende Tatsache, dass die NATO in Afghanistan 20 Jahre lang an der Südflanke Russlands und im Grenzgebiet zu China stationiert war, findet leider keine wirkliche Erwähnung. Über die afghanischen Kompradoren erfährt man indes viel Spannendes. Doch welche politischen und wirtschaftlichen Akteure im Westen standen hinter diesem Krieg? Auch diese Frage, die entscheidend ist, um den „War on Terror“ richtig einschätzen zu können, wird leider weder aufgeworfen noch beantwortet.

So bleibt das Buch eine lesenswerte und wichtige investigativ-journalistische Arbeit über die Auswirkungen des Krieges vor Ort, die mit vielen Mythen um den angeblich „guten Krieg“ in Afghanistan nachhaltig aufräumt, die das Grauen dieses westlichen Terrors eindrücklich skizziert und die den Opfern eine kleine Bühne bietet, auf der sie ihre Stimme erheben können. Um diesen Krieg in seinem regionalen und globalen Kontext oder auch um die Geschichte Afghanistans zu begreifen, braucht es allerdings mehr, als dieses Buch liefert.

Emran Feroz 2021:
Der längste Krieg. 20 Jahre War on Terror.
Westend Verlag, Frankfurt a. M..
ISBN: 978-3864893285.
176 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Leon Wystrychowski: Schlagbilder des westlichen Terrors. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1761>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Sehnsucht nach dem Stahlbad



Bernd Ulrich

Wofür Deutschland Krieg führen darf
Und muss.

Das Buch des ZEIT-Politikchefs Bernd Ulrich demonstriert mustergültig, wie der deutsche Journalismus heutzutage seine Kriegstreiberei mittels pseudo-humanitärer Überlegungen verschleiert.

Rezensiert von [Rainer Wenger](#)

Eine wesentliche Neigung der fast ausschließlich der saturierten Mittelklasse entstammenden Schreiberlinge des deutschen Journalismus ist es, sich den Kopf der Herrschenden zu zerbrechen. Nichts vermag dem handelsüblichen Leitartikler einer bürgerlichen Gazette mehr schlaflose Nächte zu bereiten als jene innerlich-moralischen Konflikte, die etwa der grüne Bombenbüttel Joseph Fischer einst ausstehen hatte. Ist beim Blick auf Fotos jener turbulenten Tage zwischen 1999 und 2001 seinem kriegskündenden Knautschgesicht nicht plastisch anzusehen, wie schwer es ihm gefallen ist, die von der Bundeswehr behelmteten Truppen in den Kosovo oder nach Afghanistan zu schicken?

Geht es nach den meisten der sogenannten Qualitätsmedien, sollten wir uns alle vor dem ehemaligen Bundesaußenminister für die von ihm begonnene „militärische Normalisierung Deutschlands“ (S. 73) – sprich für die Kriege im Kosovo und in Afghanistan – ehrfürchtig verneigen und uns bei ihm demütig für die erteilte Lehre bedanken, „dass Krieg unter bestimmten Umständen moralisch geboten sein kann“ (S. 35). Ein 2011 erschienenes Buch von Bernd Ulrich, dem Politik-Boss und stellvertretenden Chefredakteur der Wochenzeitung *DIE ZEIT*, ist in diesem Sinne schon vom Titel her eine klare Ansage: „Wofür Deutschland Krieg führen darf“.

So dürften vor drei Jahren die edlen Brunnenbohr- und Mädchenschulenaufbau-Propagandist_innen für eine Weile ihre Fottfinger von den Schalthebeln der Macht gelassen und dieses Werk gelesen haben, denn der werthe Herr Ulrich stellt den Deutschen darin einen Persilschein für die bewaffnete Ausweitung ihrer Ideologiezone aus. Endlich, mögen sie sich gedacht haben, sagt's mal einer klar und deutlich, denn jenseits dieses nach 1945 verordneten „Nationalpazifismus“ (S. 44) ist doch ohnehin allen klar, dass „wir“ (S. 13) Deutsche allesamt mit dem Messer zwischen den Zähnen das Licht der Welt erblicken.

Selbstredend wäre der Lohnschreiber des Holtzbrinck-Verlags nicht jener realpolitisch-weise Genius, für den er sich selbst halten mag, wenn er im Buchtitel nicht noch ein „Und muss“ nachschöbe. Schließlich leben wir alternativlos im nach permanenter Expansion strebenden und kompetitiven Kapitalismus, ob uns das gefallen mag oder nicht. Also: Stillgestanden und aufgemerkt, was Kamerad Bernd zu sagen hat!

Journalismus ist fast wie regieren

Sein essayistischer Ritt durch die jüngere bundesdeutsche Kriegsgeschichte startet mit einem Kriechgang in den Allerwertesten des Wehrmachtsveteranen, Ex-Bundeskanzlers (SPD) und aktuellen *ZEIT*-Herausgebers Helmut Schmidt („Das natürliche Zentrum aller Debatten über den

Krieg bildet dabei Helmut Schmidt. Es macht eben einen immensen Unterschied, ob man das Thema abstrakt diskutiert oder mit jemandem, der weiß, wovon er redet, wenn er vom Krieg spricht“, S. 20). Dann beginnt Ulrich unvermittelt aus dem Nähkästchen seines Arbeitsalltags zu plaudern. Beim beredten Schweigen über die Redaktionskonferenzen, in denen sich viele Gedanken seines Buches entwickelten, gießt er seine ‚Erkenntnisse‘ in stolzgeschwellte Worte:

„Diese Freitagsrunde ist nicht nur im Journalismus einzigartig, von ihr sagt Helmut Schmidt, sie sei oft besser als Kabinettsitzungen. Die Diskussionen dienen weniger dem operativen Zeitungsgeschäft als einer politischen Selbstvergewisserung, sind mehr ein Als-Ob-Regieren“ (S. 19).

Und dieser Als-Ob-Regierer hat sichtlich seinen Orwell gelesen, denn er verfügt über das in den meisten politikwissenschaftlichen Proseminaren auswendig zu lernende „Neusprech“ (Orwell 1984, S. 9). So schreibt er über „asymmetrische Kriege“ (S. 88) statt von Angriffskriegen, Deutschland bezeichnet er als „Mittelmacht“ (S. 64) statt als europäische Austeritäts-Großmacht und deren Bevölkerungsmehrheit attestiert er eine „Interventionsverweigerung“ (S. 145) statt sie als gewaltfrei zu kennzeichnen.

Allein damit liegt Ulrich handzahn auf der Herrschaftslinie mit ihrem Motto „Krieg ist Frieden“ (Orwell 1984, S. 20) und dürfte seinen Job damit auf Jahre hinaus gesichert haben. Doch lehrte ihn George Orwell offenbar noch mehr: „Wenn alle anderen die von der Partei oktroyierte Lüge akzeptieren – wenn alle Berichte gleich lauteten – dann ging die Lüge in die Geschichte ein und wurde Wahrheit“ (ebd., S. 36). Mit einem Krieg der NATO gegen den Iran liebäugelt Ulrich nämlich über ein allzu bekanntes Argument: „Das Regime in Teheran droht mit der Vernichtung Israels und ist dabei, sich Atomwaffen zu beschaffen“ (S. 72).

Gruppenzwang an der Taktiktafel im War Room

Zwar ist leicht nachzuweisen, dass der ehemalige iranische Präsident Ahmadinedschad niemals behauptet hat – wie in „westlichen“ Massenmedien immer wieder durch falsche Übersetzungen lanciert – er wolle Israel „auslöschen“ oder „ausradieren“ und habe ohnehin ein Recht auf Atomwaffen. Tatsächlich lauten die Sätze, die von dem Islamisten in dieser Hinsicht bislang kamen, so: „Der Staat Israel sollte in eine andere Weltgegend verlegt werden“ und „Unser verehrter Imam hat gesagt, dass das Besatzungsregime einmal aus den Seiten der Geschichte verschwinden muss“ (vgl. Berger 2007). Selbstverständlich täuscht das nicht darüber hinweg, dass das iranische Regime gegenüber Israel nicht gerade friedlich gesinnt ist. Die bewusste Verbreitung falscher Übersetzungen in diesem Fall ist Bernd Ulrich jedoch mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bekannt.

Seine Mission ist es aber nun einmal, „nach richtigen und falschen Kriegen zu fragen“ (S. 123) – und zwar ausschließlich im Interesse der sogenannten westlichen Welt. Der 2003 begonnene Irak-Feldzug der USA sei ein „in seiner Begründung und Durchführung falscher und unmoralischer Krieg“ (S. 127) gewesen. Im Kosovo aber sei ein rundum richtiger Krieg geführt worden, denn dort habe die NATO aus reiner Nächstenliebe gehandelt; schließlich gebe es an dieser Stelle „kein Öl weit und breit. Zudem sind die reichen Industrienationen jahrzehntelang gut ohne den Balkan ausgekommen, warum sollten sie nun seinetwegen in den Krieg ziehen – es sei denn, um Menschen in Not zu helfen?“ (S. 40).

Außerdem, so Ulrich weiter, ließ sich „die deutsche Zurückhaltung [...] in der internationalen Debatte schlicht nicht mehr begründen“ (S. 31). Jaja, der Großjournalist kennt sie, die liebe Not der Herrschenden inmitten des Gruppenzwangs an der Taktiktafel im War Room. Nur wollte dieses dumpfe Volk wieder mal nicht mitziehen, denn „die Deutschen brauchen mitunter sehr große Begründungen für sehr kleine militärische Beiträge. Im Fall des Kosovo-Krieges bestand dieser Beitrag in nicht mehr als ein paar Tornados“ (S. 36).

Feige wie dieser seine Machthabenden verzärtelt im Stich lassende Friedensfanatismus nun einmal ist, musste sich die Bundesregierung mit Notlügen wie dem „Hufeisenplan“ dann halt aus der Patsche helfen, um die paar Tornados zum NATO-zertifizierten Zerfetzen von Zivilisten da runter zu schicken. Aber, und da ist Ulrich ganz ehrliche Haut, er hat damals mit keiner Zeile für diesen Krieg argumentiert: „Der erste Krieg, für den ich mich offen ausgesprochen habe, war der gegen das Taliban-Regime in Afghanistan“ (S. 51).

„Das konnte man vorher nicht wissen“

Diesen befand der Schreibtisch-Hilfskommandant als „erste Gelegenheit für Deutschland, etwas zurückzugeben für die Befreiung von Hitler und die jahrzehntelange Unterstützung“ (S. 52). Dass nach gleicher Logik auch (und angesichts der weit höheren Opferzahlen im Kampf um den Sturz Hitlers sogar noch viel, viel mehr) die russischen Kriege gegen Tschetschenien oder Georgien zu unterstützen gewesen wären, lässt Ulrich natürlich galant unter den Tisch plumpsen, weil das böse Putin-Reich bekanntlich einer der größten Gegner Deutschlands im Ringen um die ökonomische Weltherrschaft ist.

Dachte Ulrich damals noch: „Richtiger kann ein Krieg nicht sein“ (S. 52), so hat der Publizist diese Position inzwischen reumütig zurückgenommen, zumal man im Strom der Opportunist_innen ja mithalten muss und keine Sekunde dagegen steuern darf, wo sich doch so viele speichelleckende Fische darin tummeln. Kein Wunder also, dass Ulrich freimütig bekennt: „Der Krieg, den ich selbst befürwortet habe, erfüllt mich heute immer wieder mit Trauer, wenngleich“ (S. 130) – so viel Selbstgefälligkeit muss dann doch sein – „nicht mit Scham; der Krieg war falsch, aber das konnte man vorher nicht wissen“ (S. 130).

Schämen musste sich Ulrich kurze Zeit später dann aber doch noch. Wenn auch nicht für sich selbst und auch nicht für das Gros seine Landsleute, sondern ausnahmsweise für seine Regierung und die Intellektuellen. Gar so sehr schämte er sich ob deren Unwilligkeit, in libysche Stahlgewitter aufzubrechen, dass er an dieser Stelle tonal ins Weinerliche verfällt. Schließlich löcherten ihn seine arabischen Bekannten mit Fragen voller Unverständnis. Hätte er denen etwa sagen sollen:

„Das müsst ihr verstehen, als es in Afghanistan um unsere Sicherheit ging, da mussten wir eingreifen, ohne Mühen und Kosten zu scheuen, ohne Soldatenleben zu schonen, nun aber, da es um eure Revolution und eure Verwandten geht, können wir leider nichts tun? Ich konnte das nicht. Die deutsche Regierung schon“ (S. 100).

Weicheier, soweit das teutonische Auge reicht

Merke: Eine Regierung ist stets für eine Kriegsablehnung zu tadeln, wenn eine Vorgängeradministration ihrerseits irgendeinen Krieg geführt hat – mag dieser nun richtig gewesen sein oder nicht. Für Ulrich ist Deutschland kriegstechnisch dementsprechend in eine „Phase der Verlotterung“ (S. 178) eingetreten, in welcher der Bevölkerungswille in Fragen von Krieg und Frieden plötzlich skandalöserweise in wenigen Einzelfällen eine ernsthafte Rolle zu spielen scheint. Eine Rüge erhält diesbezüglich vor allem Horst Köhler, der 2010 in einem Radiointerview sinngemäß von legitimen deutschen Wirtschaftskriegen sprach; eine Aussage, die der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg noch ein halbes Jahr später stützte. So viel Abweichung vom „Neusprech“ gefährdet natürlich die großdeutsche Mission und kann von dem Autoren keinesfalls akzeptiert werden.

Wut und Trauer schleichen sich daher bei Ulrich ein, denn Deutschland sei „dabei, sich dem Thema Krieg umfassend zu entfremden“ (S. 182f.) und zeige damit den Diktaturen allüberall, „dass es wenig Grund gibt, dem Westen zuzuhören, wenn er mal wieder seine idealistische Phase hat“ (S. 164). Heute gebe es Weicheier, soweit das teutonische Auge reiche: „Nur Kriege, die mit unvermischt lauterer Motiven geführt werden, sind gerechtfertigt. Dann würde die Weltgeschichte

der legitimen Kriege ein schmales Büchlein“ (S. 118). Ob dem Redakteur der auflagenstarken *ZEIT* bewusst ist, wie stark solche Äußerungen an jenen Vorabend des Ersten Weltkrieges erinnern, der nun genau einhundert Jahre zurückliegt und an dem sich maßgebliche deutsche Diskursteilnehmende nach einem Krieg als „Stahlbad der Nation“ (Fischer 1964, S. 61) sehnten, bleibt offen.

Was Bernd Ulrich inmitten seines tragikomischen Essays über den richtigen Krieg der Guten und den falschen Frieden der Bösen jedoch über jene Bücher schreibt, die seinem eigenen Standpunkt widersprechen, gerät summa summarum zur unfreiwilligen Charakterisierung seines eigenen Kriegs-Buches, das exemplarisch steht für zahllose andere in großen Publikumsverlagen erscheinende Werke aus hegemonialer Perspektive. Könnte man doch „den Wahrheitsgehalt solcher Bücher meist an der Lautstärke ablesen: Je lauter, desto falscher, je weniger tastend, desto weniger begreifend“ (S. 81).

Zusätzlich verwendete Literatur

Berger, Jens (2007): Sprechen Sie Farsi? Nein? Unsere Medien auch nicht. In: Der Spiegelfechter vom 17.02. Online einsehbar [hier](#).

Fischer, Fritz (1964): Jetzt oder nie – Die Julikrise 1914. In: Der Spiegel, Nr. 21. S. 61-72.

Orwell, George (1984; Erstausgabe 1949): 1984. Verlag Hans Richarz, Sankt Augustin.

Bernd Ulrich 2011:

Wofür Deutschland Krieg führen darf. Und muss.

Rowohlt Verlag, Reinbek.

ISBN: 978-3-498-06890-5.

192 Seiten. 14,95 Euro.

Zitathinweis: Rainer Wenger: Sehnsucht nach dem Stahlbad. Erschienen in: Deutschland im Krieg. 32/ 2014, Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1206>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Die Sichtbarkeit des Krieges



Christoph Bangert

War Porn

Wie weit darf (oder muss?) man als Kriegsphotograf gehen? Was darf (oder muss?) man den Zuschauer_innen zumuten? Gibt es Grenzen der Darstellbarkeit? Das sind einige der Fragen, die Christoph Bangert mit seinem neuen Fotobuch aufwirft.

Rezensiert von [Stephanie Bremerich](#)

„War Porn“ lautet der ebenso provokante wie aussagekräftige Titel der kontroversen Publikation, für die der 1978 geborene Fotojournalist mit dem Deutschen Fotobuchpreis 2015 ausgezeichnet wurde. Und in der Tat: Es wäre ein Leichtes, die Bilder von Leichen, die auf Mülldeponien abgeladen wurden, von blutigen Krankenhausbetten und Sterbenden, von verstümmelten, gefolterten Körperteilen und von toten Kindern als „pornografisch“ zu bezeichnen. Allerdings nur auf den ersten Blick, denn ganz so einfach macht es „War Porn“ den Leser_innen nicht.

Seit ihren frühen Anfängen Ende des 19. Jahrhunderts hat sich die Kriegs- und Krisenfotografie zwei Vorwürfen ausgesetzt gesehen, die bis heute mit unterschiedlicher Akzentsetzung immer wieder reformuliert werden: dem der Manipulation (des Bildes) und dem der Ausbeutung (des fotografierten Menschen). In den Bilderfluten der heutigen Medienwelt kommt ein weiterer Verdacht hinzu, nämlich dass die schonungslose Darstellung von Tod, Krieg und Katastrophen zur allgemeinen Abstumpfung der Rezipient_innen beiträgt. Man mag zustimmen oder das als kulturpessimistisches Geraune abtun, festzuhalten bleibt, dass kritische Bilder nicht automatisch ein Garant für die kritische Auseinandersetzung mit ihren Inhalten sind. „Daß Nachrichten über Kriege heute weltweit verbreitet werden“, so Susan Sontag in ihrem Essay „Das Leiden anderer betrachten“, „bedeutet nicht, daß sich die Fähigkeit, über das Leben weit entfernt lebender Menschen nachzudenken, nennenswert erweitert hätte“ (Sontag 2013, S. 135).

Auch Bangert weiß, dass er sich mit den drastischen Fotografien, die in den letzten zehn Jahren in Afghanistan, Irak, Indonesien, Libanon und Gaza entstanden sind, angreifbar macht. Genau darum geht es ihm aber auch. Seine Bilder sollen nicht in erster Linie schockieren, sondern weitergehende Kontroversen provozieren: über die Sichtbarkeit von Terror, Krieg und Mord in unserer Gesellschaft, über den schmalen Grat zwischen Pietät und Feigheit, was das Hin- beziehungsweise Wegschauen betrifft, über das, was man sich als „Erste-Welt-Jammerer“ („first world whiner“, ohne Seite) zumuten und wovor man sich verantworten muss. Das Schlüsselwort für das dahinterstehende Konzept lautet „Selbstzensur“.

Dieser unterliegen laut Bangert nicht nur Redakteur_innen und Medienmacher_innen, sondern zunächst und vor allem die Kriegsphotograf_innen selbst. Nicht zuletzt seien es außerdem die Leser_innen und Zuschauer_innen zuhause, die aktiv an dieser Zensurpraxis Anteil hätten.

„Die meisten meiner Kolleg_innen, die in Kriegs- und Krisengebieten arbeiten, haben zahlreiche Bilder wie ich. Alle diese Bilder liegen auf Festplatten, unsichtbar. Es wäre leicht, für diese Tatsache, das Übel der Selbstzensur, die Medien‘ verantwortlich zu machen. Ich selbst bin Teil dieses mutierenden Medienorganismus [...], aber das bist auch du: die Person, die liest, absorbiert und für Informationen bezahlt. Leider gibt es da keine Verschwörung. Die Medien‘ werden von Menschen gemacht.“ (o.S., Übersetzung S.B.)

Nun wäre es ein Missverständnis, Bangerts Buch als Appell für eine schonungslosere Bildpolitik

und als Freifahrtschein für visuelle Skandalisierung zu verstehen. „War Porn“ ist durchdrungen von permanenter Selbstreflexion. Das zeigt sich sowohl in der konzeptionellen Anlage des Buches als auch in dem Textrahmen, der durch Einleitung und Epilog vorgestellt wird. Im Bildteil selbst wird auf Kommentare oder Untertitel verzichtet. Nichts lenkt von den Fotografien ab. Ort, Zeit und Kontext der Aufnahmen sowie – sofern ermittelbar – die Namen der Fotografierten werden stattdessen im Anhang angegeben. Das ist in konzeptioneller Hinsicht ein nicht unerhebliches Detail, denn von Robert Capas „Falling Soldier“ über Dorothea Langes „Migrant Mother“ bis hin zu Nick Úts „Napalm Girl“ sind die „Ikonen“ in der Geschichte der Kriegs- und Krisenfotografie meist anonym geblieben – im Gegensatz zu ihren „namhaften“ Fotograf_innen, deren Ruhm sie begründet haben. Bangert beruft sich demgegenüber explizit auf das Mandat, das ihm die Fotografierten selbst beziehungsweise deren Angehörige und Hinterbliebene erteilt haben: „Ich mache nie Bilder von Menschen, die nicht fotografiert werden wollen“, erklärt er im Juli 2014 in einem Gespräch mit der ZEIT, „Oft ist es genau umgekehrt. Die Leute sagen: ‚Das musst du fotografieren, du musst zeigen, was uns hier passiert.‘“ (Bangert 2014).

Das klingt nach Rechtfertigung, und in der Tat wird das nachdrückliche Bedürfnis, das eigene Tun zu legitimieren, in nahezu allen Interviews über „War Porn“ deutlich. Den Vorwurf, diese Art von Bildern sei „pornografisch, voyeuristisch, entmenschlichend“ bezeichnet Bangert als „Totschlagargument“:

„Natürlich tragen diese Bilder immer etwas Entmenschlichtes in sich, weil das, was sie zeigen, so unglaublich ist: Dass ein Mensch zu Tode gefoltert und auf einer Mülldeponie entsorgt wird. Das Bild deswegen verwerflich zu nennen, ist aber eine Ausrede. Damit vermeidet man, sich mit den Ereignissen, die sie zeigen, auseinanderzusetzen“ (ebd.)

Für Bangert bedeutet die Veröffentlichung seiner Fotografien, deren Aufnahme er mitunter vollkommen verdrängt hat, auch das Experiment, die Schere im eigenen Kopf auszusetzen: „Was passiert, wenn ich die Selbstzensur ausschalte?“ (o.S., Übersetzung S.B.) – eine Frage, die man sich auch bei der Lektüre von Bangerts Fotobuch automatisch stellen muss. Denn „War Porn“ ist ein belastendes Buch, das die Leser_innen fordert und ihnen einiges abverlangt – unter anderem, sich immer wieder aktiv und immer wieder aufs Neue dazu zu entscheiden, genau hinzuschauen: Einige der Seiten sind zusammengebunden und müssen bei der Lektüre selbst aufgeschnitten werden. Das fällt nicht leicht, denn das Buch wird im Wortsinn sehr persönlich und bietet – anders als andere sozialkritische Fotobücher – kaum dramaturgische Ruhepausen. Distanzierte Landschaftsaufnahmen, die es erlauben, einen Schritt zurückzutreten, gibt es nicht. Nur ganz selten werden Fotografien eingestreut, auf denen keine Menschen zu sehen sind. Und auch bei diesen – etwa den Detailaufnahmen von Müll auf der Straße, Stills von TV-Nachrichten, dreckigen Operationstischen oder dem Close Up eines Fleischgerichts – handelt es sich um Nahaufnahmen, die in den Erzählverlauf des Buches eingepasst sind. Dass das nicht unbedingt subtil ist, muss man als Teil des dezidiert „unpoetischen“ Konzepts auffassen.

„Das hier sind nicht meine besten Fotografien. Ich habe wunderschöne, dramatische, durchkomponierte Bilder aus Kriegs- und Krisengebieten. Landschaften, Porträts, Details; the boom and the bang. Aber in diesem Buch geht es nicht um das Drama des Krieges oder den künstlichen Mythos des heroischen Kriegsfotografen. Ich versuche lediglich, eine Diskussion über unseren Umgang – oder Nicht-Umgang – mit Darstellungen schrecklicher Ereignisse anzuregen.“ (o.S., Übersetzung S.B.)

Gerade der Verzicht auf planvoll-tragische Bildkompositionen und effektvolles Pathos macht „War Porn“ im eigentlichen Sinn so „skandalös“, das heißt empörend und ungeheuerlich. Bangerts Bilder sind verstörend und hässlich, mitunter übelkeitserregend. Sie machen wütend, traurig, und sie beschämen. Zur Ikonisierung eignet sich jedoch kein einziges von ihnen.

Gewiss: Das Dilemma, dem sich insbesondere dokumentarische Fotografie ausgesetzt sieht – das

buchstäbliche „Abschießen“ eines Gegenübers, der oder die durch das Bild objektiviert (mithin auch exotisiert) und zum Anschauen freigegeben wird; das „Ausstellen“ der Fotografierten und die Hierarchie des Beschauens, die jedem Bild implizit ist – wird auch Bangert mit seinem Buch nicht lösen können. Durch das extrem nüchterne Layout versperrt sich das Buch zugleich gegen jegliche Form von plakativem Schock und marktschreierischer Opulenz. Dazu tragen das nackte Cover und der einfache Pappeinband ebenso bei wie die Schreibmaschinen-Typo und das Westentaschen-Format von 12 x 16 cm, die eher an ein Notizbuch oder Arbeitsjournal denn an eine aufwändige Kunstpublikation erinnern. Tatsächlich ist es vor allem dieser reduzierte und reflektierte dokumentarische Gestus, der „War Porn“ als das auszeichnet, was es als Fotobuch lediglich sein kann: ein bruchstückhaftes und rohes Zeugnis, das die Rede vom „sauberen“ Krieg des 21. Jahrhunderts Lügen straft.

Zusätzlich verwendete Literatur

Susan Sontag (2013): Das Leiden anderer betrachten. Frankfurt/M.: Fischer.

Christoph Bangert (2014): „Niemand will diese Bilder sehen.“ Interview mit Frauke Fentloh.

Abrufbar auf [hier](#)

Christoph Bangert 2014:

War Porn.

Kehrer, Heidelberg; Berlin.

ISBN: 978-3-86828-497-3.

192 Seiten. 29,90 Euro.

Zitathinweis: Stephanie Bremerich: Die Sichtbarkeit des Krieges. Erschienen in: Leben und Sterben. 35/ 2015, Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1262>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

20 Jahre deutsche Politik mit anderen Mitteln



Maybritt Brehm / Christian Koch / Werner Ruf / Peter Strutynski

Armee im Einsatz

20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr

Trotz der demonstrativen Zurückhaltung im Krieg gegen den Irak (2003), Libyen (2011) und Mali (2013) sind alle Bundesregierungen seit der Annexion der DDR konsequent den Weg der Remilitarisierung des deutschen Imperialismus gegangen. Die vorliegende Studie zeigt, wie dies politisch ermöglicht wurde.

Rezensiert von [Christian Stache](#)

„Armee im Einsatz. 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr“ ist eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS). Sie schließt an eine Vorgängeruntersuchung mit dem Titel „Militärinterventionen: verheerend und völkerrechtswidrig. Möglichkeiten friedlicher Konfliktlösung“ aus dem Jahre 2009 an, an der unter anderem auch die beiden Co-Autoren des vorliegenden Buchs, Werner Ruf und Peter Strutynski, mitgewirkt haben. Gegenstand der politologischen Nachfolgestudie ist, wie der Titel nur eingeschränkt verrät, die Verschiebung der politischen Koordinaten der bundesrepublikanischen Außen- und Verteidigungspolitik in den zwanzig Jahren von 1990 bis 2010. Die jüngsten Entwicklungen auf diesem Feld, wie die [neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien \(VPR\) aus dem Jahr 2011](#) oder die aktuelle Bundeswehrreform, sind dementsprechend nicht berücksichtigt worden. Anhand der Bündnispolitik der Bundesregierung, insbesondere gegenüber und in der Europäischen Union (EU) und den Vereinten Nationen (UNO), des politischen und rechtlichen Rahmens von Bundeswehreinsetzungen sowie der Analyse der Geschichte deutscher Militäroperationen seit 1990 können die AutorInnen ihre These überzeugend untermauern, dass seit der Annexion der DDR durch die Bundesrepublik Deutschland (BRD) „sukzessive eine Verschärfung beziehungsweise Militarisierung deutscher Außenpolitik stattgefunden“ (S. 185) hat. Diese vollzogen die verschiedenen Regierungskoalitionen an der Spitze der BRD nicht im Alleingang, sondern erstens immer an der Seite anderer westlich-imperialistischer Staaten in der EU und in der NATO und zweitens im Fahrwasser ihrer politisch-militärischen Strategien. Konnte Helmut Kohl noch 1992 behaupten, dass es die „erklärte Politik der Bundesrepublik Deutschland, auch meiner Bundesregierung“ sei, „dass wir außerhalb des Nato-Bereichs keine deutschen Soldaten einsetzen“, vertrat der jüngst verstorbene und in zahlreichen Nachrufen gepriesene Ex-Bundesverteidigungsminister Peter Struck (SPD) 2004, dass [„unsere Sicherheit“ „nicht nur, aber auch am Hindukusch verteidigt“](#) werde.

Die sogenannte Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik seit 1989/91 gliedern Ruf et al. grob in drei Phasen, die historisch fließend ineinander übergegangen sind, aufeinander aufbauen und peu à peu zur „Wiedererlangung der vollen Souveränität“ (S. 7) der BRD als bürgerlicher Nationalstaat führten. Dieser vom ehemaligen Bundesverteidigungsminister Volker Rühle (CDU) als „Salomitaktik“ (S. 54) charakterisierte Prozess begann Anfang der 1990er Jahre mit den ersten Auslandseinsätzen deutscher Soldaten nach 1945 in Kambodscha 1991 und 1993 in Somalia noch unter „humanitären“ Vorzeichen. Die zweite Phase des Prozesses begann Mitte der 1990er Jahre. Zwischen 1994 und 2001 zeichnete sich die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik vor allem durch die allmähliche Ausweitung der Auslandseinsätze deutscher SoldatInnen im Rahmen von

sogenannten Systemen kollektiver Sicherheit aus, zu denen neben der UNO vor allem die NATO und die EU zählen. In diese Periode fällt die womöglich größte „Zäsur“ (S. 78), die dem Prozess der Wiederbewaffnung der deutschen Außenpolitik und ihrer Exterritorialisierung auf das Gebiet von Staaten außerhalb der Grenzen westlicher Bündnisse explosionsartig beschleunigt hat: der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999. Dieser NATO-Krieg, für dessen Rechtfertigung die damaligen Regierungsparteien SPD und Bündnis '90/Die Grünen sogar die Erinnerung an den Holocaust instrumentalisierten, war der Dammbbruch. Seitdem „sind Auslandsmissionen für deutsche Soldaten zur Normalität geworden“ (S. 106). Mit dem Afghanistankrieg 2001 läutete ebenfalls Rot-Grün die dritte Phase der Remilitarisierung der deutschen Politik im Ausland ein, die bis zum Ende des Untersuchungszeitraums 2010 reicht. Ihr zentrales Merkmal ist die Ausweitung und Zunahme der deutschen Auslandseinsätze der Bundeswehr unter dem Dach der EU und der Aufbau, die Erprobung und Konsolidierung eines militärischen Arms der EU unter deutsch-französischer Führung.

Legal, illegal, schießegal?! Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Juli 1994

Eine Neujustierung des politisch-rechtlichen Rahmens für die bewaffnete Außenpolitik der BRD mit historischer Tragweite wurde Mitte der 1990er Jahre vorgenommen. Bis 1994 existierte keine „klare rechtliche Grundlage für Auslandseinsätze der Bundeswehr“ (S. 49). Das Grundgesetz erlaubt bis heute Kriege nur zur „Verteidigung“ bei einem Angriff auf die BRD. Der 2+4-Vertrag vom 12. September 1990 verpflichtet die BRD ebenfalls dazu, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“ (S. 15f). Selbst Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) erklärte noch bezüglich einer Beteiligung der Bundeswehr am Krieg gegen den Irak 1991, dass eine Entsendung deutscher Truppen in Gebiete außerhalb des NATO-Territoriums „auf der Basis des Grundgesetzes nicht möglich sei“ (S. 49). Jedoch hinderte auch diese Position die damalige schwarz-gelbe Koalition nicht daran, trotz dieser Auffassung wiederholt SoldatInnen in sogenannte out-of-area-Einsätze zu schicken, die de facto gesetzeswidrig waren.

Mit der richtungweisenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 12. Juli 1994 änderten sich die Interpretation des damals geltenden Rechts und damit auch die entsprechende Rechtsgrundlage vollständig. Der von einer breiten parteipolitischen Mehrheit aus SPD, FDP und Grünen angestrebte höchstrichterliche Beschluss bildet bis heute die juristische Basis für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Der Verweis auf das Urteil findet sich in nahezu allen Strategiepapieren der Bundesregierungen von Kohl bis Merkel. Das BVerfG entschied, „dass friedenssichernde Missionen der Bundeswehr im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit verfassungskonform seien“ (S. 49). Folgt man der Interpretation der AutorInnen der Studie, basierte dieses Urteil vor allem auf einer neuen Interpretation des Begriffs des „System kollektiver Sicherheit“. Unter einem System kollektiver Sicherheit wurde traditionell ein System gegenseitiger Garantien zwischen Nationalstaaten zur Wahrung der territorialen Integrität aller Mitglieder verstanden. „In einem solchen System gilt ein Angriff auf ein Mitglied als ein Angriff auf alle Mitglieder.“ (S. 50). Die UNO ist ein klassisches Beispiel für ein System kollektiver Sicherheit. Bei einem System kollektiver Verteidigung hingegen, wie es zum Beispiel die NATO und – seit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon – die EU sind, handelt es sich um ein System, das „Beistandsverpflichtungen unter den Vertragspartnern auf einen Angriff von außerhalb des Systems bezieht“ (ebd.). Das BVerfG sah 1994 keinen wesentlichen Unterschied zwischen beiden Systemen, folgte damit der damals dominierenden Auffassung im politischen Establishment und ebnete mit dem Urteil den Weg für die legale Verschickung deutscher Truppen in alle Welt zur Verteidigung eines Systems kollektiver Sicherheit. Ausschließlich deutsche Militärinterventionen in einem anderen Staat sind dadurch zwar illegal. Angesichts der heutigen Kriegsführung und militärischen Kapazitäten wäre die BRD dazu allerdings auch nur sehr eingeschränkt in der Lage. Politisch wird dies ohnehin bis dato nicht gewollt.

Holiday in Yugoslavia, Libanon, Congo, Somalia, Afghanistan...

Neben der historischen Untersuchung der deutschen Bündnispolitik und der Anpassung der politisch-rechtlichen Grundlagen an die Erfordernisse von Auslandseinsätzen widmen sich die AutorInnen der Studie auch der konkreten Analyse einzelner Militäroperationen. Die fünf Einsätze, die genauer unter die Lupe genommen werden, sind mit Bedacht ausgewählt worden, weil sie bestimmte Entwicklungsschritte auf dem Weg zur vollen außenpolitischen Souveränität markieren, auch wenn ihre Relevanz nur partiell auf den ersten Blick ersichtlich ist. Während die Berücksichtigung des Kosovokriegs gegen die Bundesrepublik Jugoslawien 1999 und des Afghanistankriegs seit 2001 sofort einleuchtet, müssen der dreimonatige Kurzeinsatz der EU im Kongo 2006 (EUFOR RD Congo), die seit mehreren Jahren andauernde UNIFIL-II-Mission im Libanon sowie die vermeintliche Anti-Piraterie-Mission der EU vor dem Horn von Afrika (EU NAVFOR ATALANTA) genauer betrachtet werden. Die AutorInnen können aber zumindest für die Operationen im Kongo und im Libanon plausible und spezifische Gründe für die Entsendung der Bundeswehr anführen.

Beim Kosovokrieg handelte es sich um den ersten völkerrechtswidrigen (Angriffs)Krieg der NATO außerhalb ihres Bündnisgebiets ohne ein UN-Mandat, mit dem die transatlantische Organisation seine damals neue strategische Doktrin aus dem Jahre 1999 erkennbar für alle Welt in die Praxis überführte und mit dem in Deutschland die rot-grüne Bundesregierung unter SPD-Kanzler Schröder und Außenminister Joseph Fischer endgültig das Eis für deutsche Kriege im Ausland brach.

Der Afghanistankrieg ist nicht nur der längste und umfassendste Krieg, den die Bundesrepublik Deutschland und die NATO in ihrer Geschichte bislang geführt haben. Er ist auch „der Prüfstand“ für die in den entscheidenden wesentlichen Strategiepapieren der Bundesregierung Mitte des Jahrzehnts entwickelten

„neuen Aufgaben der Bundeswehr. Sie umfassen nahezu alle denkbaren Formen militärischer Beteiligung an Auslandseinsätzen. Die Bundeswehr kämpft und sichert, sie bildet aus, und baut auf (soweit dies möglich ist), sie setzt Spezialeinheiten ein und versucht sich in zivil-militärischer Kooperation. Der Afghanistan-Einsatz und die aus ihm zu ziehenden Lehren sind von herausragender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Außenpolitik mit militärischen Mitteln.“ (S. 158f)

Der Einsatz am Hindukusch ist also ein Lackmустest für die militärischen Fähigkeiten des neuen deutschen Imperialismus.

Die militärische Stippvisite in der afrikanischen Republik Kongo 2006 sollte vor allem für zwei Entwicklungen bahnbrechend wirken, die einen längeren Vorlauf hatten. Zum einen machte die EU damit deutlich, dass sie unabhängig von den USA beziehungsweise der NATO selbständig Militär in entlegene Teile der Erde entsenden kann und dass die dafür vorgesehenen schnellen Eingreiftruppen – die sogenannten EU-Battlegroups – funktionsfähig waren. Zum anderen zeigte der Einsatz, dass nicht nur die ehemaligen europäischen Kolonialmächte wie Frankreich und Belgien Anspruch auf Afrika erhoben, sondern die EU insgesamt Ansprüche geltend machen kann und auch dazu in der Lage ist, diese mit Waffengewalt durchzusetzen.

Der Einsatz der deutschen Marine seit 2006 unter dem UNIFIL II-Mandat vor der libanesischen Küste war für die herrschende Klasse der Bundesrepublik ein Meilenstein, weil sie seitdem auch in die Region der Erde Truppen schicken kann, die bis dahin für deutsche Soldaten tabu war: in die direkte Nachbarschaft zu Israel in den geostrategisch, machtpolitisch und ökonomisch gewichtigen Nahen Osten. „Mit dieser Entscheidung wurde die Frage nach etwaigen geografischen Einsatzbeschränkungen der Bundeswehr gleichsam abschließend beantwortet: Es gibt keine.“ (S. 127)

Die Bedeutung und Begründung des ATALANTA-Einsatzes vor dem Horn von Afrika wird von den AutorInnen allerdings überschätzt. Für sie handelt es sich um einen „Paradigmenwechsel“, weil im Gegensatz zum „Großteil der deutschen Auslandseinsätze seit 1990“, der „gar nicht oder nur schwer in einen direkten Bezug zu Maßnahmen gebracht werden konnte, die sich der Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen verschrieben haben“, „nun wirtschaftliche Interessen im Vordergrund“ (S. 147) stünden. Die ökonomischen Beweggründe für die Militäroperationen vor der Küste Somalias sind unbestreitbar. Nicht umsonst tummeln sich an der „Schlagader des maritimen Handelsverkehrs“ (S. 138) Militärschiffe zahlreicher globaler Führungs- und Mittelmächte. Die Marineeinheiten der EU, Chinas und Russlands patrouillieren dort neben zum Beispiel indischen, südkoreanischen, japanischen und iranischen. Dass es sich aber um einen Bruch mit der vorherigen Sicherheitspolitik handelt, weil mit dem ATALANTA-Einsatz offen ökonomische Interessen verfolgt werden, steht nicht nur im Widerspruch zu allen Strategiepapieren der Bundesregierung seit 1992 und zu den Aussagen führender Politiker der grün-rot-schwarz-gelben Einheitsfront im deutschen Bundestag. Auch die zahlreichen Analysen des Afghanistaneinsatzes aus den Reihen der Friedens- und Antikriegsbewegung sowie der KriegsbefürworterInnen legen eine andere Interpretation nahe. Die Besonderheit ATALANTAs liegt vielmehr darin, dass die VertreterInnen rivalisierender Kapitalismen vor der afrikanischen Ostküste mit militärischen Mitteln Weltinnenpolitik betreiben, und darin, dass die BRD sich daran beteiligt.

Unausweichliche Debatten

Anlass für unausweichliche Debatten innerhalb der Friedens- und Antikriegsbewegung bieten einige „friedenspolitische Empfehlungen“ (S. 185ff), mit denen die VerfasserInnen ihre Studie abschließen. Dort befürworten sie zum Beispiel die „Stärkung“ der UNO, unter anderem durch die Rückkehr zum „bewährten“ Blauhelm-Peacekeeping nach Kapitel VI der UN-Charta und durch „eine Erhöhung des deutschen Beitrags zu Friedensmissionen der Vereinten Nationen“ (S. 188). Ganz davon abgesehen ob es jemals funktionierende oder reine friedenserhaltende Maßnahmen unter dem Dach der UNO gegeben hat oder nicht, widerspricht diese positive Bewertung der UNO und des Völkerrechts den von den AutorInnen im Laufe der Studie angeführten Fakten zur Entwicklung der Weltorganisation. Diese hat sich ihnen zufolge „zu einer Art Selbstbedienungs-Institution für Mandatsvergabe entwickelt“ (S. 26). Noch nie zuvor sind so viele Militäroperationen von der UNO legitimiert worden wie in den knapp mehr als zwei Dekaden nach dem Ende des „Kalten Kriegs“. Aber nicht nur das. Auch jüngere Studien wie etwa die der [Informationsstelle Militarisierung \(IMI\)](#) dokumentieren eine rasante Militarisierung der UNO. Zudem ist es zum Teil unmöglich geworden, zwischen Kapitel VI- und Kapitel VII-Einsätzen zu unterscheiden. Der ISAF-Einsatz in Afghanistan, das geht aus der vorliegenden Studie hervor, ist dafür ein anschauliches Beispiel. Ebenso konstatieren die AutorInnen auch die Wiederbelebung der „humanitären Intervention“, das heißt der humanitär gerechtfertigten Kriegseinsätze, unter dem Dach der UNO und unter dem Schlagwort der „Responsibility to Protect (R2P)“ (S. 47). Letztlich sind „friedliche“ Kapitel VI-Einsätze keineswegs an sich sinnvolle Instrumente, sondern ebenfalls ein Weg, imperialistische Politik mit sanfteren Mitteln zu betreiben. Aus allen diesen Entwicklungen ziehen die VerfasserInnen leider keine Konsequenzen für ihre politischen Handlungsanweisungen und für ihre Bewertung der UNO, obwohl es eigentlich an der Zeit ist anzuerkennen, dass die UNO keineswegs mehr ein Hemmschuh, sondern die zentrale Legitimationsinstanz für neoimperialistische Militäreinsätze – von der Ausbildung bis zur Besatzung – geworden ist. Die gegenwärtigen Positionen zur UNO und zum Völkerrecht müssen dringend vor dem Hintergrund der internationalen politisch-ökonomischen Konstellation nach 1989/91 neu analysiert und beurteilt werden.

Trotz einiger kritikablen politischen Ratschläge ist die Studie für EinsteigerInnen eine hervorragende und empfehlenswerte Einführungslektüre, die eine Menge unerlässliches Basiswissen vermittelt. Fortgeschrittenen kann sie dazu dienen, ihre Argumentationen zu schärfen und einzelne Aspekte zu vertiefen. Für ExpertInnen ist sie eine geeignete Diskussionsgrundlage, um

vortrefflich untereinander und gegen den neuen Imperialismus der BRD zu streiten.

Maybritt Brehm / Christian Koch / Werner Ruf / Peter Strutynski 2010:

Armee im Einsatz. 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr.

VSA, Hamburg.

ISBN: 978-3-89965-546-9.

256 Seiten. 16,80 Euro.

Zitathinweis: Christian Stache: 20 Jahre deutsche Politik mit anderen Mitteln. Erschienen in:
Gedenkpolitik: Zwischen Mythos und Kritik. 26/ 2013, Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022.
URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1109>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Der ewige Kampf



James Baldwin
Nach der Flut das Feuer
The Fire Next Time

Baldwins Appell gegen Rassismus wirkt bis heute nach und hat in Zeiten von Hanau und Black Lives Matter leider nichts an Aktualität verloren.

Rezensiert von [Çağrı Varol](#)

„The Fire Next Time“, ein Essay von James Baldwin aus dem Jahr 1962, ist ein beeindruckendes Plädoyer der Befreiung: Im Jahr der Veröffentlichung feierte die USA das hundertste Jubiläumsjahr der Beendigung der Sklaverei, aber nach James Baldwin „hundert Jahre Freiheit hundert Jahre zu früh“ (S. 32). Die Kritik an der rassialen Herrschaft in den USA, die wertlose Positionierung, die den Schwarzen Menschen auch nach dem Ende der Sklaverei noch zu Teil wurde, aber auch das wirkliche Leben der Schwarzen Menschen bilden die Leitlinien in Baldwins Werk. Er selbst wurde schon als Zehnjähriger Opfer von Polizeigewalt, die er nie vergaß. Er hätte niemals geglaubt, dass er ein Schriftsteller hätte werden können, und als er einer wurde, verließ er die USA, um ein Leben außerhalb dieser Demütigungen zu leben.

Gott ist Weiß

Der Essay wurde in Briefform geschrieben, den er zwar an seinen Neffen adressiert, aber die gesamte junge Generation anspricht. Er behandelt darin sein Aufwachsen im rassistischen System und schildert einschneidende Ereignisse sowie Erfahrungen mit Persönlichkeiten der Bürgerrechtsbewegung. Sein Appell lautet, dass die Jugend sich nicht mit dem Mittelmaß zufriedengeben soll, das ihr auferlegt wurde, sondern daran glauben soll, dass sie alles erreichen kann. Der Rückzug in die eigene Community oder in die Kirche sei zwar verständlich – Baldwin sieht in ihr eine Schwarze Verteidigungshaltung gegen den Rassismus im Land –, doch der Rassismus lasse sich nur durch Widerstand brechen und nicht durch Vernunft oder christliche Nächstenliebe.

„Wenn man an der Liebe der Menschen verzweifelt – und wer ist das nicht schon mal? – bleibt nur die Liebe Gottes. Aber Gott – und das spürte ich sogar damals, vor so langer Zeit, widerwillig auf diesem fürchterlichen Boden – ist weiß“ (S. 49).

Die Kritik an der Moral der Weißen Bürger*innen Amerikas ist bei Baldwin daher auch eine Kritik am Christentum, das sich vom „sonnenverbrannten Hebräer“, dessen Namen sie trug, entfernt habe und ihre Entstehung dem „gnadenlos, fanatischen, selbstgerechten Paulus“ (S. 60) verdanke. Gott sei aus den Wüsten auf den Schwingen der Macht in den Norden aufgestiegen und war Weiß geworden, während „Allah ohne Macht und auf der dunklen Seite des Himmels“ (S. 62) Schwarz war.

Wie er in seinem Roman „Von dieser Welt“ (1953) beschreibt, wuchs James Baldwin in einer christlich geprägten Familie auf. Sein Vater war Prediger und auch James selbst war für ein paar Jahre Jugendlprediger, bevor er die literarische Welt dank einer Weißen Lehrerin für sich

entdeckte.

Seine Erfahrungen mit dem Rassismus in den USA führten zu sehr unterschiedlichen (politischen) Freundschaften, etwa mit den Black Muslims. Die führenden Figuren der Nation of Islam, Elijah Mohamed und sein Vertreter Malcolm X, hatten ihre Väter durch die Hand von Rassist*innen verloren. Baldwin erklärt sich in seinem Essay von 1962 so die (oft polemisch verhandelte) Degradierung der Weißen als „Teufel“ (S. 87). Doch im Harlem der 60er Jahre brauchte man nicht lange zu erklären, dass die Weißen das Böse repräsentierten. Während es früher auch bei ihm Hass war, mit dem er auf bestimmte Weiße schaute, so war das Gefühl, welches er später hatte, durch Mitleid gekennzeichnet. Weiße hätten nie die Erfahrungen gemacht, die Schwarze durchlebt haben und würden in kindlicher Weise an die Mythen und Legenden über heldenhafte Pioniere und Entdecker glauben, die in den Schulen und in der Kunst tradiert werden. Schwarze hätten von Anfang an nicht an diese Lügen geglaubt und seien von dieser Tradierung ausgeschlossen gewesen. Baldwin hatte eine enge Freundschaft zu Malcolm beziehungsweise Malik El Shabazz aufgebaut. Aufgrund der Geschichte von Aktivisten wie Malcolm, Martin Luther King und Medgar Evers, die alle, bevor sie das 40. Lebensjahr erreichten, ermordet wurden sowie aufgrund des Schicksals der Indigenen Amerikas, war Baldwin überzeugt: Der Staat würde auf die Widerstände und Forderungen der Schwarzen Bevölkerung, wenn diese erforderlich wären, auch mit Genozid reagieren.

Ebenbürtigkeit und Macht

Baldwin begegnete daher Malcolm X, der von Liberalen als Fanatiker bezeichnet wurde, in seiner angeblichen Radikalität mit Verständnis. Seiner Wahrnehmung nach war die Lage der Schwarzen schlimmer, als die Black Muslims sie einordneten. Gewaltlosigkeit, so Baldwin, gelte bei Schwarzen als Tugend, obwohl es keinen Grund gebe, nachsichtiger und weitsichtiger als Weiße zu sein. Während Weiße Jahrhundertlang die Ländereien anderer an sich rissen, Schwarze lynchten und auch nach dem Ende der Sklaverei Zugänge zu materiellen Freiheiten verwehrten, wurde jeglicher Widerstand gegen diese kontinuierliche Gewalt selbst als Gewalt gegen Weißes Leben verstanden. Baldwin meint, der wahre Grund sei, dass Weiße nicht gerne ihr Leben, ihren Besitz und ihr Selbstbild bedroht sehen.

Für Baldwin war die Erfahrung im zweiten Weltkrieg der Wendepunkt im Verhältnis der Schwarzen zu Amerika. Sie erlebten mit, wie Weiße G.I.s deutsche Kriegsgefangene würdevoller behandelten als ihre Schwarzen Kameraden, die mit ihnen in den Tod gingen, aber von Offizieren und Kameraden als „N...“ bezeichnet wurden und an der Front die niedrigsten und schwersten Tätigkeiten verrichten mussten.

„Ich heiße Baldwin, weil ich von meinem afrikanischen Stamm entweder verkauft oder aus ihm entführt und einem weißen Christen namens Baldwin zugeführt wurde, der mich vor dem Kreuz auf die Knie zwang. Ich bin also nach Namen und Gesetz der Nachfahre von Sklaven in einem protestantischen weißen Land, und genau das ist ein „American Negro“, genau das – ein entführter Heide, verkauft wie ein Tier, behandelt wie ein Tier und von der amerikanischen Verfassung ein als Dreifünftel-Mensch eingestuft [...]. Noch heute, hundert Jahre nach seiner formellen Befreiung, ist er – mit Ausnahme womöglich der amerikanischen Indianer – das Wesen in diesem Land, das am tiefsten verachtet wird“ (S. 94).

Gelebte Erfahrung und Widerstand

Parallel zum zweiten Weltkrieg und danach lebte der Rassismus in den USA weiter und die G.I.s kehrten, nachdem sie ihr Leben für Weiße riskiert hatten, wieder zurück in das System der White Supremacy. Die Vergangenheit des Leidens und die gelebte Erfahrung von Menschen, wie sie Baldwin im Essay festhält, kann helfen zu verstehen, wie Schwarze über Generationen durchhalten und ihre Kinder in solch einem Land großziehen konnten, in dem sie gelyncht, verprügelt,

bespuckt und gedemütigt wurden. Die Bilder der 15-jährigen Dorothy Counts sprechen Bände, die als eine der ersten Schwarzen Schüler*innen 1957 an einer integrierten Schule im Süden der USA aufgenommen wurde, dabei von Hunderten Weißen verfolgt, beschimpft und bespuckt wurde. Ihre Eltern mussten sie wieder von der Schule nehmen. Unter dem Mob waren auch Erwachsene, Frauen wie Männer. Die Wut, die Qual und der Stolz in den Blicken dieses jungen Mädchens löste in Baldwin tiefe Scham aus, da niemand ihr zur Seite gestanden hatte. Der damalige Justizminister Robert Kennedy, Bruder des Präsidenten John F. Kennedy, weigerte sich 1963, den Vorschlag von Baldwin und Lorraine Hansberry an John F. Kennedy weiterzuleiten, eines dieser Kinder zur Schule zu begleiten, um zu zeigen, dass die Nation hinter ihnen stehe. Robert Kennedy wies dies als moralisch aufgeladene und bedeutungslose Geste ab. In seinem kurzen Essay verweist Baldwin nur auf das Beispiel von Dorothy Counts, doch in anderen Texten, Reden und der Doku „I am not your negro“ wird aufgezeigt, wie erschütternd, hart und unerbittlich Weiße ihre Oberherrschaft auch gegen Kinder verteidigten. Das Beispiel mit Robert Kennedy zeigt überdies besonders gut, dass Ignoranz, Gleichgültigkeit und die Banalisierung nicht-Weißer Positionen schon immer zum Rassismus dazu gehört haben.

Black Lives Matter und Hanau

James Baldwin ist nicht umsonst eine der Ikonen der heutigen Black Lives Matter Bewegung. Er spricht auch sicherlich denen aus dem Herzen, die in Europa migrantisiert und rassifiziert werden. Jahrzehnte nach dem Anwerbeabkommen mit Griechenland, der Türkei, Marokko, den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens und weiteren Ländern suchen sich Rassist*innen ihre Opfer auch unter denen aus, die längst keine Fremden oder Einwanderer*innen mehr sind. Baldwin hat in seinen Schriften und Gesprächen vieles vorweggenommen.

In einem Vortrag in Berkeley im Jahr 1979 sagte Baldwin, dass das Einzige, was Weiße Menschen den Schwarzen noch wegnehmen könnten, ihre Kinder seien. Den Eltern in Hanau und auch in München 2016 wurden ihre Kinder genommen. Und vielen Schwarzen Menschen und anderen Rassifizierten auch, weltweit. Doch in Deutschland herrscht eine chronische Gleichgültigkeit in der Dominanzgesellschaft, die immer wieder die Kontinuitäten des Rassismus negiert. Rassistische Mobs greifen täglich und über Jahre, vor allem und nicht nur in den 1990ern, Migrierte, Geflüchtete und Schwarze Menschen an. Hunderte Menschen starben, die Verletzten und Traumatisierten wurden nie gezählt. Ihre Wohnorte wurden zuvor medial und staatlicherseits, in Anlehnung an die USA, als „Ghettos“ skandalisiert, aber ihnen woanders keine Wohnung vermietet; auf der Arbeit erledigten sie die Drecksarbeiten oder putzten die Straßen, aber es wird ihnen Unsauberkeit vorgeworfen; ihre Kinder galten als soziale Zeitbomben oder potenzielle Kriminelle. Obwohl in Deutschland Menschen in ihren Häusern belagert und mit Brandbomben im Schlaf überrascht werden, versucht der Staat, damals wie heute glaubhaft zu machen, dass es sich nur um Einzelfälle und Einzeltäter*innen handelt, wenn wieder einmal ein Richter zu seinen Waffen greift. Auch dass Oury Jalloh und Amed Ahmad im staatlichen Gewahrsam in ihren Zellen starben beziehungsweise verbrannt wurden, darf nicht vergessen werden. Polizeiliche Gewalt gegen Menschen mit geringer Beschwerdemacht, die durch prekäre Lebensverhältnisse, wenig Deutschkenntnisse, fehlender Zugang zu Anwalt*innen und ungesichertem Aufenthaltsstatus gekennzeichnet sind, gehört auch in Deutschland zum Alltag.

Der Verweis auf die Gefährlichkeit der Religion der Anderen gehört zum guten Ton der bürgerlichen Mitte und führt heute auch auf anderen Ebenen zur Exklusion ganzer Gruppen. Dabei wird negiert oder verschwiegen, wie die eigene Religion über Jahrhunderte an der Legitimation von Sklaverei und Knechtung von anderen Menschen federführend beteiligt war. Gott musste für Baldwin einfach Weiß sein. Die heute für Kopftuchträgerinnen verhängten Berufsverbote an Schulen oder in Behörden aus Gründen einer Gefahr vor Missionierung und der Verletzung der staatlichen Neutralität, schließen gesamte Generationen von jungen Frauen von der Erwerbsarbeit aus und treiben diese in die Abhängigkeit von (Ehe-)Männern oder in Dienstleistungsberufe. Interessanterweise stören sich Bürgerliche kaum am Kopftuch, wenn sie bedient werden oder für

sie saubergemacht wird. Dass dieser Ausschluss auch noch pseudo-feministisch gerechtfertigt wurde, gehört zur Scheinheiligkeit der Gesellschaft, in der wir leben.

Damals wie heute

Diejenigen, die der Meinung sind, dass sich Länder, die rassistische Ausbeutungsverhältnisse wie die Sklaverei etabliert hatten, sich nicht mit Staaten mit Gastarbeiter*innenanwerbung vergleichen lassen, sollten Baldwin lesen – zumindest für das Verständnis der gemeinsamen Erfahrungen, die Marginalisierte und Rassifizierte auf beiden Seiten des Atlantiks gemacht haben und machen. Die Kriminalisierung- und Masseninhaftierungspolitik der Schwarzen Bevölkerung in den 1970er Jahren war auch eine Reaktion der Konservativen in den USA auf die erfolgreichen Kämpfe der Bürgerrechtsbewegung. Mediale Skandalisierungen und urbane Paniken betreffen vor allem die Wohnorte der Schwarzen und Latino-Communities. Die Rede von Ghettos und die War on Drugs-Feldzüge sind eine Form der Weißen Rache an dem Widerstand der Communities. Als sich die Gastarbeiter*innen nach 1973 mit ihren Familien in Deutschland niederließen, wurden ihre Viertel als „Ghettos“ bezeichnet, die Medien sprachen von den „N*“ Europas. Als die Kinder der Gastarbeiter*innen in den deutschen Großstädten neue Vorbilder suchten und eine Subkultur entwickelten, fanden sie diese im HipHop, im BreakDance und der Graffiti-Kunst der Schwarzen Jugend in den USA. Ihre Räume wurden in den 1990ern von Nazis angegriffen und als sie sich wehrten und diese vertrieben, galten sie als gefährliche Gangs und es ertönte die Rede von „urbanen Bürgerkriegen“. Nach der politisch vom damaligen Innenminister Seehofer moralisch unterstützten Pogromstimmung in Chemnitz 2018, dem Aufstieg der AfD, den Morden in Halle und Hanau, dem NSU 2.0 und den diversen rechtsradikalen Chatgruppen, Netzwerken und Terrorgruppen, die aus der Polizei, der Bundeswehr und aus diversen anderen staatlichen Gebilden hervorgegangen sind, parallel zur Zero-Tolerance-Politik der Innenministerien gegen Schischabars und andere Rückzugsräume der dritten Generation im Namen eines Kampfes gegen eine Clankriminalität, gibt es gute Gründe wachsam und überaus kritisch zu sein.

Baldwin Werke lösen Denkprozesse aus und regen zu historischen Vergleichen und Allianzen zwischen den Marginalisierten an. Sein Essay „The Fire Next Time“ sollte als Anregung verstanden werden, wie man die Geschichte einer Community und ihrer Kämpfe in eine Sprache übersetzen kann, die jeder versteht. Als Nebeneffekt dieses Leseprozesses lernen viele bestimmt auch Baldwins literarische Kraft zu schätzen.

Zusätzlich verwendetes Material

Baldwin, James (2018): Von dieser Welt. dtv, München.

Peck, Raoul (2016): I am not your negro. James Baldwin. Dokumentarfilm, nach einem Text von James Baldwin. USA / Frankreich / Schweiz.

James Baldwin 2019:

Nach der Flut das Feuer. The Fire Next Time. Übersetzt von: Miriam Mandelkow. dtv, München.

ISBN: 978-3423281812.

128 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Çağan Varol: Der ewige Kampf. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1767>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Träumen auf zwei Sprachen



Lin Hieberse
Wovon wir träumen

In der Beziehung zu ihrer Mutter verhandelt eine junge Frau ihre chinesisch-deutsche und auf weiteren Ebenen mehrschichtige Identität.

Rezensiert von [Miri Watson](#)

Die Träume handeln von den Händen der Großmütter: Von der, die für die Erzählerin A'bu ist und von der, die bei ihr Oma heißt. Sie handeln von den Eheringen an den Fingern der Hände und von dem, was die Hände über eine Person und ihre Lebensumstände erzählen:

„Omas Hände sind etwa so groß wie meine, die Nägel sind oval und kaum vergilbt, ihr goldener Ehering ein wenig zu eng, er sieht aus, als könnte sie ihn kaum noch abziehen. Besonders mag ich Omas Handballen, die sind kräftig und glatt wie Kartoffelkloßteig, und ich mag ihre Hände auf dem leicht verstimmten Klavier, wenn sie an Weihnachten O du fröhliche spielen, im Wohnzimmer des Eckhauses über dem Penny-Markt.“ (S. 46)

und:

„A'bus Hände sind kleiner als meine, knochig und schmal. Die Haut ist dünn, faltig und trotzdem weich, altersgefleckt und durchzogen von grünblauen Adern. Ihre Fingernägel sind gelb wie alte Dokumente, kurz und rund, nur den Nagel ihres kleinen Fingers lässt sie etwas länger wachsen, um sich besser kratzen zu können. Am Ringfinger der anderen Hand trägt auch sie einen Ehering. Als Kind dachte ich, er sei aus Gold, aber wenn ich ihn jetzt genauer betrachte, sieht er zu leicht und zu matt aus. Vielleicht Messing.“ (S. 47)

Oma, die deutsche Großmutter, gehört genau so zur Erzählerin wie die chinesische Großmutter A'bu. Der Tod der chinesischen Großmutter ruft Erinnerungen wach und bringt die Erzählerin dazu, über ihre eigene Position in ihrer Familie und in ihrem Leben nachzudenken.

Bei diesem Nachdenken ist das individuelle Gedächtnis vom kollektiven Gedächtnis nicht zu trennen. Wenn die Erzählerin nach Spuren sucht, um zu sich selbst zu finden, dann tut sie das in ihrer eigenen Familie, in ihrer eigenen Geschichte – aber auch in chinesischer Geschichte, in deutscher Geschichte und in der Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen. Die Spuren sucht sie aktiv wachend und passiv träumend: So gibt es Träume, die von den gebundenen Füßen kleiner Mädchen im vergangenen Jahrhundert handeln:

„In Qin Qins Wahrheit gab es keinen Platz für Schmerzen, es gab nur die feinen, winzigen Füße. Sie stellte sich nie vor, wie das Mädchen schrie und weinte, während die eigene Mutter ihr die Knochen brach.“ (S. 133f)

Nicht weniger bedeutungsvoll sind aber die Träume, in denen es um das Kartenspiel geht: „Wir reden nicht viel. Als er ‚dang ba‘ ruft, muss ich grinsen. Es ist seine Aufforderung an mich,

mitzuspielen. Also setze ich mich dazu, auf A'bus kleinen Bambushocker, und stecke mir eine getrocknete Pflaume in den Mund.“ (S. 199) Die Ich-Erzählerin ist in ihren Träumen gleichzeitig mittendrin und Beobachterin.

Nicht nur Träume

Dabei erzählt Lin Hierses Debütroman „Wovon wir träumen“ nicht nur von den Träumen, sondern auch vom Wachen. Es geht um eine Mutter-Tochter-Beziehung und um die Verortung der Erzählerin: Ihre Mutter wuchs in China auf und kam vor der Geburt ihrer Tochter nach Deutschland. Die Tochter ist in Deutschland groß geworden und sucht nun das, was sie mit ihrer Familie in China verbindet – aber auch das, was sie trennt. Sie findet Gemeinsamkeiten in Jade-Armreifen oder in Erinnerungen, die sie mit ihren Cousins und Cousinen teilt. Sie findet Abgrenzung in den Unterschieden mit ihrer Mutter: Ihre Mutter fürchtet Wasser, seit sie als Kind einen Badeunfall hatte und fast ertrank. Die Erzählerin hat keine Angst vor Wasser, auch wenn der Bademeister sie bei der Seepferdchen-Prüfung vom Startblock geschubst hat. Ihre Mutter findet, im Sommer soll man keine eiskalten Getränke trinken; die Erzählerin macht es trotzdem. Und für die Mutter sind die langen Haare ihrer Tochter deren Schönheit. Die Erzählerin schneidet sie sich ab.

Es ist dieser Konflikt des Zwei-Zuhause-Habens, des Nirgends-Richtig-Dazugehörens oder des Überall-Nur-Ein-Bisschen-Dazugehörens, den Lin Hierser sehr leise und behutsam erzählt. Es ist der Streit zwischen Mutter und Tochter, in dem die Mutter diese zwei schlimmen Sätze sagt: „Das ist, weil du keine echte Chinesin bist. Familie ist dir egal!“ (S. 154) und es ist das Unvermögen, darauf angemessen zu reagieren, das die Erzählerin lähmt. Es ist die Suche nach Spuren einer Migration, die vor der Geburt der Erzählerin passierte – Spuren, die für die Tochter nie vollständig greifbar werden: „Von Mas Migration habe ich Anekdoten, Gefühle und Gegenstände geerbt. Es würde sehr lange dauern, sie zu identifizieren, und ich befürchte, dass ich niemals alle davon finden werde. So viel Chaos und Geheimnis, denke ich manchmal.“ (S. 167) Es ist aber auch – und das ist wichtig! – das Zurechtfinden in diesem Dazwischen, das Lin Hierser schildert. Da gibt es das Hybride anstatt der festgelegten Identität. Da gibt es den Transit anstatt der Heimat.

Lin Hierses Erzählerin verzagt an manchen Stellen und scheint dann verloren. Gleichzeitig ist sie aber nicht zwischen zwei Polen gefangen, steckt nicht nur im chinesisch-deutschen Zwischenland fest, sondern trifft Entscheidungen, die weder mit ihrer Mutter, noch sonst mit ihrer Familiengeschichte zu tun haben, sondern ganz allein ihre sind. Sie hinterfragt konstant die von außen an sie herangetragenen Erwartungen und sie hinterfragt sich selbst und das Bild, das sie von sich hat. Und trotz großer Traurigkeit an manchen Stellen, beschreibt Lin Hierser vor allem eine große Kraft: Die nämlich, sich selbst okay zu finden.

Geschichte und Gewalt

Abgesehen von der sehr persönlichen, individuellen Ebene verhandelt Lin Hierser die Verortung ihrer Protagonistin auch anhand von historischen, teils brutalen – im deutschen Geschichts-Diskurs meist unterschlagenen – Begebenheiten. So reist die Erzählerin beispielsweise nach Hamburg, um dort den mindestens 129 chinesischen Staatsangehörigen zu gedenken, die von der Gestapo im Jahr 1944 verhaftet, deportiert, gefoltert und ermordet worden waren. Wie diese Gewalt fort dauert und sich auch auf ihre eigene Biografie auswirkt, fragt sie sich und spinnt ein „Was wäre wenn“-Szenario:

„Wäre die Geschichte anders verlaufen, könnte dieser Ort heute ein anderer sein. [...] Vielleicht würde ich regelmäßig hierherkommen, seit Jahren schon. Auf dem Weg zum Reetdachhaus hätten Ma und ich immer einen kurzen Zwischenstopp eingelegt, um den guten Essig und frisches Gemüse einzukaufen. ‚Aber geh nicht zu weit weg‘, hätte Ma mir nachgerufen, dabei würde sie sich hier eigentlich niemals Sorgen machen, weil dieser Ort uns vertraut wäre [...]“ (S. 178).

Auch das Aufwachsen der Mutter während der Kulturrevolution wird an verschiedenen Stellen thematisiert; etwa, als die Mutter der Tochter erzählt, dass Jade-Armreifen früher als Symbol für die Schönheit gegolten haben und die Erzählerin sich wundert, weshalb ihre Mutter dann keinen Armreif aus Jade besessen hatte. Die Mutter antwortet, während der Kulturrevolution habe niemand solchen Schmuck getragen:

„Die Antwort lag so nahe, dass es mir wehtat, nicht von allein darauf gekommen zu sein. Manchmal fürchte ich, dass man die Geschichte so sehr studieren kann, wie man will, und trotzdem die Hälfte wieder vergessen wird, wenn eine Information nur ins Gehirn geflossen, aber vor der Seele stehen geblieben ist“ (S. 214).

Zum Träumen entscheiden

Der Roman behauptet nicht, eine Lösung für all die aufgeworfenen Identitäts- und Verortungsfragen zu haben. Vielmehr bleibt zwischen den Ambivalenzen, dem Herantasten, dem Sich-Vorsichtig-Annähern noch viel Raum für die Unsicherheiten, Fragen und Zwischentöne, die menschliche Existenz ausmachen. Es bleibt auch Platz für Trost und Hoffnung.

Lin Hierses Roman ist, obgleich unaufgeregt und ruhig, eine Wucht, was die Sprache angeht. Lin Hierser weiß zu schreiben und haut einen als Leser*in immer wieder um mit der Schönheit, mit der sie sich ausdrückt. „Wovon wir träumen“ ist kein Roman, der eine fortlaufende Geschichte erzählt, sondern eher ein Roman, der eine Figur entwickelt. Lin Hierser arbeitet wenig szenisch; arbeitet dafür vieles aus dem Inneren genau aus: Auch der Roman scheint im Zwischenland zwischen Wachen und Träumen, zwischen Innen und Außen, verortet zu sein.

Leser*innen, die sich mit der Geschichte Chinas und der Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen wenig auskennen, ist der Roman auch da zugänglich und einleuchtend, wo es um politische Struggles geht. Nicht ausgeschlossen ist aber, dass Bezugnahmen auf politische Kämpfe an manchen Stellen so leise passieren, dass sie diejenigen, denen Wissen dazu fehlt, entgehen können.

„Eine Träumerin ist man nicht einfach so“, schreibt die Erzählerin in einem Brief an ihre Mutter,

„man muss es sich vornehmen, und das kostet Kräfte. Du weißt das, vielleicht besser als alle anderen. Du hast so viel getan, damit ich mir erlauben kann zu träumen. Du hast so viel auf dich genommen, damit ich Schönheit sogar an dem Ort finden kann, der sie dir verwehrt hat. Ich bin immer so hungrig, Ma, aber das ist nicht dasselbe, wie niemals zufrieden zu sein. Ich nehme mir das vor, ich übe jeden Tag, zu träumen und hungrig und zufrieden zu sein“ (S. 228).

Lin Hierser 2022:

Wovon wir träumen.

Piper Verlag, München.

ISBN: 978-3-492-07074-4.

240 Seiten. 18,00 Euro.

Zitathinweis: Miri Watson: Träumen auf zwei Sprachen. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1770>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Das Ende des Katastrophenfilms



Nina Scholz

Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co.

Was tun gegen die Macht der Konzerne?

Nina Scholz sucht nach antikapitalistischen Ansätzen und findet viele Menschen, die sich gegen die Zustände wehren.

Rezensiert von [Sebastian Friedrich](#)

Ob Amazon, Google oder Immobiliengiganten wie Vonovia oder Deutsche Wohnen: Übermächtig erscheinen die großen Konzerne gegenüber jenen, die in ihren Häusern leben, ihre Algorithmen füttern, ihre Clouds nutzen und dabei jeden Mut verlieren, weil die Konzerne am längeren Hebel zu sitzen scheinen. Noch aussichtsloser erscheint die Lage für diejenigen, die etwa Amazon ihre Arbeitskraft verkaufen müssen.

Berichte über Arbeitsbedingungen bei Amazon erinnern häufig an Reportagen wie aus einem Katastrophengebiet. Arme, ausgebeutete Picker, Packer und Pakete-nach-Hause-Bringer erzählen – meist verpixelt – von Apps, die einen permanent überwachen, von befristeten Verträgen, vom Ausgeliefertsein, vom Wunsch, einen anderen Job zu finden.

Kämpfende Arbeiter*innen statt Elendszoo

Was bei solchen Berichten aus dem „Elendszoo“, wie es die Autorin Nelli Tügel mal in der linken Monatszeitschrift *analyse & kritik* treffend ausgedrückt hat, verloren geht, sind die stattfindenden Kämpfe gegen die Verhältnisse. Aktive Beschäftigte, die sich wehren, werden in der Öffentlichkeit nur selten sichtbar.

Die Journalistin Nina Scholz macht in ihrem Buch „Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutschen Wohnen & Co“ die Auseinandersetzungen gegen die Konzerne zum Ausgangspunkt und nimmt so eine dem Mainstream entgegengesetzte Perspektive ein. Sie betont die Subjektivität der Kämpfe, und das nicht aus bloßer Sympathie und Empathie, sondern aus politischen Erwägungen.

*„Die Amazon-Arbeiter*innen sind es, die uns immer wieder in Erinnerung rufen, welche Zustände in den Packzentren herrschen. Es sind die Menschen selbst, die durch ihre Kämpfe und Widerstände der Welt zeigen, dass die Macht keine Naturgewalt ist, der wir hilflos ausgeliefert sind.“ (S. 13f.)*

Gewordene und gemachte Zustände statt Naturkatastrophen, gegen die man letztlich nichts anrichten kann. Scholz bringt unzählige Beispiele von Menschen, die sich nicht abfinden wollen. So etwa Christian Krähling, der im Buch ausführlich zu Wort kommt. Er beschreibt den langen Atem, den es braucht, um eine schlagkräftige Gegenmacht unter den Beschäftigten an einem Amazon-Standort aufzubauen. Im hessischen Bad Hersfeld hatten Krähling und seine Mitstreiter*innen die notwendige Ausdauer und Geduld. Seit Jahren streiken sie regelmäßig für bessere Arbeitsbedingungen. Und nicht nur das: Frühzeitig haben aktive Amazon-Beschäftigte um Krähling sich um internationalen Austausch bemüht – und Mitstreiter*innen in anderen Ländern gefunden.

Ausgangspunkt dieser transnationalen Perspektive ist die Erkenntnis, dass ein supranational agierender Konzern wie Amazon nur jenseits nationalstaatlicher Streiks angreifbar ist, weil sich sonst das Übel lediglich auf andere Orte verschiebt. „Auf diese Erkenntnis haben die Amazon-Arbeiter*innen bereits praktisch reagiert und die internationale Vernetzung Amazon Workers International (AWI) gegründet“ (S. 32).

Die Beschäftigten rund um Krähling sind weiterhin aktiv, auch nach dessen plötzlichen Tod im Dezember 2020. Wie eng die Netze und Kontakte zwischen Amazon-Beschäftigten sind, zeigt das kollektive Trauern um Krähling. Bei einer internationalen Online-Gedenkveranstaltung im Februar 2021 kondolierten Menschen aus der ganzen Welt.

Eine gemeinsame Klasse der Tech-Arbeiter*innen?

Amazon ist nur ein Beispiel unter vielen, die Scholz in ihrem Buch aufgreift. Einen Schwerpunkt bilden Auseinandersetzungen in der Tech-Branche, mit der sich die Journalistin seit vielen Jahren beschäftigt. Ihr erstes, 2014 erschienene Buch „Nerds, Geeks und Piraten. Digital Natives in Kultur und Politik“ befasste sich vor allem mit der Ideologie des kalifornischen Startup-Kapitalismus. Ihr neues Buch kann als Nachfolger gelesen werden, geht aber weit über die Analyse und Kritik der kalifornischen Ideologie hinaus und fokussiert auf Klassenverhältnisse: Die Tech-Branche, so Scholz, ist nicht nur einer der mächtigsten Wirtschaftszweige der Welt, sondern zugleich so wenig arbeitsrechtlich reguliert wie kaum ein anderer Bereich.

Scholz gelingt es, Reportageelemente, O-Töne von Beschäftigten und Hintergrundinfos mit theoretischen Debatten so zu verknüpfen, dass der Lesefluss nie gestört wird. Sie fasst dabei bereits viele Jahre dauernde Diskussionen mühelos auf wenigen Zeilen zusammen, etwa wenn es um den Begriff des Tech-Arbeiters beziehungsweise der Tech-Arbeiterin geht, mit dem neben Programmierer*innen auch Köch*innen und Reinigungskräfte in Tech-Unternehmen verbunden werden sollen.

*„Dieser breite Begriff der (Tech-)Arbeiter*innen-Klasse kann Vorteile haben, weil er die Bewegung breit aufstellt: Jede*r, der lohnabhängig ist, gehört dazu. Es kann aber auch Nachteile haben, weil die Unterschiede letztlich zu groß sind: Wenn die einen aus der Managerklasse bloß Verbesserungen am Unternehmen selbst fordern wie mehr Diversity, Lohnangleichung unter leitenden Angestellten und eine Unternehmensethik, die sie besser schlafen lässt, sind die wahrscheinlicher näher an den Gründer*innen von Google als an den Forderungen der Service-Arbeiter*innen, für die es um existenzielle Lohnfragen, Absicherung und Arbeitsschutz geht.“ (S. 48)*

Die sich an Protagonist*innen orientierende journalistische Form ist eingängig, ohne dass die analytische Tiefe darunter leidet. So flicht die Autorin nicht nur theoretische Debatten ein, sondern macht auch erhellende Exkurse beispielsweise zur Praxis des Union Busting.

Aus Perspektive der Kämpfenden – ohne zu romantisieren

Es geht aber nicht nur um Kämpfe in der Tech-Branche und bei Amazon. Ausführlich widmet sich Scholz etwa auch sich organisierenden Pflegekräften, streikenden Arbeiter*innen in der Landwirtschaft, Kämpfen in der Tourismusbranche und digitalen Arbeitskooperativen. Auch in diesen Kapiteln spricht die Autorin vor allem mit den statt über die Kämpfenden.

Das macht sie stets ohne Paternalismus, ohne zu romantisieren, sondern auf Augenhöhe. Sie benennt klar Probleme und spart auch nicht mit Kritik gegen Gewerkschaften, ohne diese zu verdammen. Scholz hält sich auch nicht zurück, strategische Schlussfolgerungen zu diskutieren, etwa wenn es um die Kampagne Deutsche Wohnen & Co enteignen geht, wo sie selbst aktiv ist. Sie mahnt auch hier einen langen Atem an und stellt Fragen, die keine rhetorischen sind.

*„Häufig zerfallen Initiativen, wie wir gesehen haben, nach heftigen Kämpfen bald wieder. Wie sähe eine Organisation aus, die eine langfristige(re) Perspektive für aktivgewordene Mieter*innen sein könnte und auch diejenigen einbinden kann, die nicht bereits Politikerfahrungen haben und/oder eben viel Freizeit?“*

Die Beispiele aus dem Buch machen Hoffnung, aber keine überschwängliche. Das ist eine große Stärke. So lädt „Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutschen Wohnen & Co“ dazu ein, bereits eingeschlagenen Pfaden nachzugehen, zu hinterfragen, ob immer die richtigen Wege bei Gabelungen eingeschlagen wurden und vor allem: zu verhindern, auf der Stelle zu treten.

**

Diese Rezension erschien zuerst in kürzerer Fassung in der Juli 2022-Ausgabe #683 in der *analyse & kritik*.

Nina Scholz 2022:

Die wunden Punkte von Google, Amazon, Deutsche Wohnen & Co. Was tun gegen die Macht der Konzerne?

Bertz + Fischer, Berlin.

ISBN: 978-3-86505-766-2.

220 Seiten. 10,00 Euro.

Zitathinweis: Sebastian Friedrich: Das Ende des Katastrophenfilms. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1772>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Kritik der Methode oder kritische Methode?



Christoph Ziermann (Hg.)

Theodor W. Adorno. Nachgelassene Schriften. Abteilung IV: Vorlesungen

Band 11: Fragen der Dialektik (1963/64)

Adorno spricht über die Schwierigkeit, das Denken zum Untersuchungsgegenstand des Denkens selbst zu machen.

Rezensiert von [Peter Schadt](#)

Das Werk des wohl bekanntesten Vertreters der Kritischen Theorie, Theodor W. Adorno, erweitert sich seit dem Tod des Soziologen und Philosophen im Sommer 1969 fortwährend. Erschien im Jahr vor seinem Herzinfarkt bereits Band Eins der „gesammelten Schriften“ bei Suhrkamp, liegen diese inzwischen in 20 Bänden vor. Hinzu kommen die „nachgelassenen Schriften“, die bis heute editiert werden. 2021 erschien in der „Abteilung IV: Vorlesungen“ der hier besprochene Band „Fragen der Dialektik“ mit transkribierten Vorlesungen Adornos, die dieser im Wintersemester 1963/1964 am Institut für Sozialwissenschaften in Frankfurt gehalten hat.

Als zuletzt 2019 der Vortrag Adornos „Aspekte des neuen Rechtsradikalismus“ erschien, wurde dieser breit diskutiert. Der nun erschienene Band dagegen wurde vom Feuilleton ignoriert. Es kann als Bestätigung der bereits 1963 getätigten Anmerkung Adornos genommen werden, dass „ja doch die, wie man so sagt, philosophische Zeitstimmung keineswegs der Dialektik günstig ist“ (S. 9). Aktualität beweist der Band also gerade darin, dass er bis heute quer zur Zeitstimmung steht.

Kritik des methodischen Denkens

Die erste Vorlesung beginnt damit, was Dialektik nach der Frankfurter Schule sei:

„Sie ist der Versuch, gegen die Naivität des Intellekts, der glaubt, durch bloß formale Operationen der Wahrheit inne zu werden, wo er zugleich der Erfahrung der Sache bedarf, eben dieser Illusion nicht durch eigene Verfahren zu [verfallen], sondern durch die ausgeführte, durch die konkrete Kritik eben diese Illusion zu überwinden und zu einem angemesseneren, zu einem richtigeren und adäquateren Verfahren zu [gelangen]“ (S. 16).

Bereits hier ist das Prinzip des *Doppelten* angelegt, auf das es Adorno im Weiteren entschieden ankommt. Zunächst verneint der kritische Theoretiker allerdings die „Dialektik als Methode“, man müsse schon auch die Sache selbst „erfahren“, also sich mit dieser selbst beschäftigen, um sie zu verstehen. Mehr noch: Wahrheit sei gar nicht nur durch „bloß formale Operationen“ zu erreichen. Wie auch? Schließlich habe *denken* stets einen Inhalt. Wer wie Adorno über „Fragen der Dialektik“ sinniert, versucht sich eben an Urteilen darüber, was es mit dieser auf sich hat. Die Theoretikerin entfernt sich in dieser Tätigkeit von ihren subjektiven Interessen, und widmet sich der Sache, um ihre Bestimmungen soll es gerade gehen.

Wenn sich das Denken dagegen einer Methode verdankt, bleibt die so Denkende bei sich und *ihrer* Logik und nicht der Logik der Sache. Anders gesagt: Wer methodisch denkt, dessen Urteile folgen

nicht der Notwendigkeit des untersuchten Gegenstandes, sondern sind Ergebnis aus dem subjektiven Beschluss, die Sache nach der Seite der jeweiligen Methode sehen zu wollen. Das weiß Adorno:

„[...] ein Ausdruck wie ‚meine Philosophie‘ [...] ist im Grunde anti-philosophisch; denn eine Philosophie hat in sich ja, ganz gleich, wie man selber dazu steht, den Anspruch der Verbindlichkeit und ist im Grunde darauf ausgerichtet, das ‚meine‘, das Individuum in seiner Zufälligkeit, das sie denkt, auszulöschen; und infolgedessen kann nichts törichter sein als der Narzißmus von Philosophen, die ihre Gedanken als ihre reklamieren, während, je mehr ein solcher Gedanke nur der eines Individuums ist, an das Individuum gebunden bleibt, um so weniger dieser Gedanke also taugt“ (S. 61).

Dialektik als Methode

Der oben zitierte Satz will die Negation jedoch nicht stehen lassen und zeigt einen Übergang des Philosophen an, nun selbst eine Methode zu entwickeln. Einmal den Fehler des methodischen Blickes erkannt, soll man ihn nicht etwa unterlassen, „sondern durch die ausgeführte, durch die konkrete Kritik eben diese Illusion [...] überwinden und zu einem angemesseneren, zu einem richtigeren und adäquateren Verfahren [gelangen]“ (S. 16). Der kritische Theoretiker will also in seiner Vorlesung mit der Hinwendung zu den Gegenständen gar nicht nur diese erklären, sondern so zu einem „richtigeren und adäquateren Verfahren“ gelangen. Die *Kritik der Methoden* ist also nur sein Interludium für die kritische *Methode*.

Von Hegel hat Adorno dieses Anliegen nicht, wie er selbst schreibt. Bei dem alten Philosophen ist es nämlich so, dass „wenn ich mich rein der Sache überlasse, ich zugleich die dialektische Methode erfülle“ (S. 27). Das allerdings lässt Adorno nur zur Hälfte gelten. Er nimmt diese Bestimmung Hegels nicht als Abgesang an den Versuch, sich vor jeder Beschäftigung mit einem Gegenstand in den irren Zirkel zu begeben, wie die adäquate Betrachtung der Sache aussieht. Das nämlich, eine richtige Methode für den richtigen Gegenstand, setzt ja schon wieder Wissen über den Gegenstand voraus, das notwendig ganz ohne Methode gewonnen wurde: Sonst wäre ein Entsprechungsverhältnis aus Methode und Sache gar nicht zu behaupten. Noch einmal anders: Eine Methode des Denkens kann sich nur ausdenken, wer schon vor und ohne die Methode des Denkens fähig ist. Weil Adorno als Philosoph sich aber gerade dem Projekt einer Erkenntnismethode verschrieben hat, soll die Kritik der Methoden ausgerechnet eine kritische Methode ergeben:

„Das ist eines der besten Programme jedenfalls der Dialektik, daß nämlich der Inhalt, also das, womit die Philosophie es zu tun hat, nichts dadurch empfangen soll, daß man ihm irgendein ihm selbst fremdes Prinzip aufprägt, sondern die ganze Philosophie soll durch die dialektische Methode aus dem Inhalt herausgeholt werden“ (S. 75).

Mit diesem Widerspruch geht Adorno in seinen ganzen weiteren Vorlesungen schwanger: Einerseits soll man immer den Gegenstand – also beispielsweise das Denken – betrachten: „[...] daß der dialektische Blick nicht sich damit begnügen darf, irgendwelche dialektischen Strukturen von oben her dem Gegenstand der Erkenntnis aufzuerlegen“ (S. 76). Andererseits nimmt er Dialektik nicht – wie Hegel – als die Bewegungsform des Denkens und untersucht wie dieser in seiner Logik eben das Denken selbst: Was ist „Grund“, „Bedingung“, etc. Wenn Hegel ab und an in seinen Vorlesungen von der Methode der Dialektik spricht, dann beschreibt er nicht eine Denkschablone, die vor einer Beschäftigung mit einer Sache Berücksichtigung verlange. Hegel beschreibt damit eben den Gegenstand seiner Untersuchung: das Denken.

Für Adorno ist Hegels Dialektik aber nicht prinzipielle Kritik methodischen Denkens, sondern eine Art Anleitung fürs kritisch-methodische Denken. So gibt er seinen Studierenden mit, dass er zögere, von „dialektischer Methode zu reden, weil darin bereits eine Spur jenes Formalistischen und

Mechanistischen gelegen ist, gegen das Hegel sich gewehrt hat und das man ihm dann zu Unrecht imputiert und ihm zu Unrecht vorgeworfen hat“ (S. 30). Nicht die Denkschablone an sich, sondern eine starre Methode soll abgelehnt werden.

Auf sich selbst gerichtetes Denken

Dieser Fehler wird da sichtbar, wo Adorno vom Gegenstand absieht, mit dem Hegel sich beschäftigt. So referiert Adorno in der 6. Vorlesung über den technischen Fortschritt und inwiefern dieser in der kapitalistischen Ökonomie „die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft anwachsen“ (S. 88) lasse, und sieht gerade darin sogar mehr als ein „bloß ausgedachtes Beispiel“ (S. 88), sondern eben „wie ein genuiner Begriff von Dialektik auszusehen hätte“ (ebenda.).

Hegel denkt aber in der Logik über das Denken nach. Insofern trifft auf die Logik auch die Identität von Methode und Gegenstand zu, die Adorno ganz prinzipiell behauptet:

„[...] weil man in dialektischem Denken zwischen Methode und Sache selbst gar nicht unterscheiden kann, so daß also die Darstellung als die eigentliche geronnene Methode der Philosophie deshalb immer auch ein Stück Sache selbst ist“ (S. 65).

Adorno nimmt hier das Besondere bei der Beschäftigung mit den Verkehrsformen des Denkens und verallgemeinert die Identität von Denken und Gegenstand über die einzige Sache hinaus, bei der diese Identität wirklich vorliegt: der Logik.

Noch einmal anders gesagt: Der Gegenstand der Logik von Hegel sind die Formen des Denkens, in denen der Verstand seine Gegenstände erfasst. Die Logik untersucht nicht, wie beispielsweise der technische Fortschritt im Kapitalismus gegen die Beschäftigten ausschlägt, sondern sie gibt Auskunft darüber, was ein „Grund“ ist, was eine „Kraft“, was „Besonderheit“ und so weiter. Nur hier, wo sich das Denken auf sich selbst richtet, gibt es die von Adorno behauptete Identität von Denken und Sache, eben weil beides *dasselbe* ist. Wo sich allerdings jemand ein Urteil über das Verhältnis von Produktivkraft und Produktionsmittel bildet, da kann man durchaus den logischen Vorgang der Urteilsbildung sehr gut unterscheiden von dem konkreten Urteil über den kapitalistischen Fortschritt.

Entsprechend dünn fällt der Erkenntnisgewinn beim Studium des dicken Bandes aus: Die jeweiligen Gegenstände – wie der technische Fortschritt – werden ja nicht für sich ernsthaft bestimmt, sondern dienen eben als Darstellung, wie ein „Begriff von Dialektik auszusehen hätte“. Anstatt sich also zu erklären, was zu erklären ist, wird darüber nachgedacht, wie man sich erklären könnte, was zu erklären wäre. Ein widersprüchliches Unterfangen.

Christoph Ziermann (Hg.) 2021:

Theodor W. Adorno. Nachgelassene Schriften. Abteilung IV: Vorlesungen. Band 11: Fragen der Dialektik (1963/64).

Suhrkamp Verlag, Berlin.

ISBN: 978-3-518-58768-3.

515 Seiten. 58,00 Euro.

Zitathinweis: Peter Schadt: Kritik der Methode oder kritische Methode? Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1765>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Die Ästhetik der Krise



Matthew Fuller / Eyal Weizman

Investigative Aesthetics

Conflicts and Commons in the Politics of Truth

Die Arbeit kritischer Recherchekollektive macht Aktivismus durch öffentliche Konzeptarbeit sichtbar.

Rezensiert von [Yayla Höpfl](#)

Als Mitwisser ist sich der Sensor seines Erlebens nicht immer bewusst. Soziale und ökonomische Prozesse schreiben sich als Veränderungen in ihre Umgebung ein und können dann ausgelesen und interpretiert werden. Alles kann Sensor werden: technische Geräte wie auch menschliche Sinnesorgane und im Grunde jedes Material, das in irgendeiner Form Veränderungen in seiner Umgebung registriert, vorhersagen und aufzeichnen kann. Das Thermometer mit ablesbarem Display, aber auch ein Ziegelstein hat die Funktion eines Sensors, wenn sich in ihn eine Temperaturschwankung durch die Explosion einer Bombe einschreibt. Oder Algorithmen, die Muster auf Satellitenbildern interpretieren. Der Sensor steht sinnbildlich für eine von Verbindungen markierte Welt, in der jede Veränderung eine Spur hinterlässt, die mit den richtigen Mitteln ausgelesen und interpretiert werden kann.

Auf der Grundlage dieser Erfahrung entwirft sich die theoretische und praktische Arbeit von Forensic Architecture, dessen Gründer Eyal Weizman zusammen mit dem Kulturwissenschaftler Matthew Fuller 2021 das Buch „Investigative Aesthetics“ veröffentlichte. Was die Arbeit von kritischen Recherchezusammenschlüssen wie Forensic Architecture heute so interessant für Viele macht, ist, dass sie einen technikbewussten Aktivismus (medien-)wirksam praktizieren und ihr Vorgehen durch öffentliche Konzeptarbeit wie in diesem Buch transparent machen. Es entsteht zunehmend ein Bewusstsein dafür, dass sich andere Möglichkeiten auftun, mit Hilfe neuer Medien und computerbasierter Technik Verbrechen auf die Schliche zu kommen, die von offizieller Seite nicht ausreichend verfolgt oder gar verschleiert werden. Als berge die Offenheit des Web endlich die Möglichkeit für kleinere, ausgegrenzte Communities, sich die Mittel der Faktenproduktion anzueignen. Dabei gibt es etliche Beispiele, die gegen diese These sprechen. Aussagekräftige Videobeweise, von Passant*innen aufgenommen und ins Netz gestellt, führen regelmäßig an einer gerichtlichen Ahndung rassistischer Polizeigewalt vorbei. Auch die forensischen Rekonstruktionen des Kollektivs versagen trotz klarer Beweislast vor parlamentarischen Ausschüssen und in Rechtsprozessen häufig gerade dann, wenn die Verstrickung staatlicher Behörden im Fokus steht. So wurde im Fall des NSU-Mordes an Halit Yozgat das Ermittlungsverfahren gegen den am Tatort anwesenden Verfassungsschutzmitarbeiter eingestellt, obwohl die Berechnungen durch Forensic Architecture eindeutig dessen Falschaussagen auf der Grundlage geleakter Polizeidaten belegen konnte.

Und trotz alledem ist es schwer, sich der Bedeutung zu verschließen, die ein zivilgesellschaftliches Unterlaufen des staatlichen Monopols auf Untersuchungen dieser Art hat. Kollektive aus Betroffenen, Architekt*innen, Open-Source-Forschenden, Programmierer*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen und Kunstschaffenden bringen die notwendigen Skills, Kontakte und das Wissen mit, um eine Gegenerzählung über den Ausstellungskontext hinaus

bis in den juristischen Raum hinein wirksam zu machen. Auf ihrer Website zeigen Forensic Architecture in Videos die Ergebnisse von Interventions-Untersuchungen. Die Wahl des Mediums verdeutlicht, in welcher Traditionslinie man sich bewegt. Harun Farockis Video-Essays bleiben für kritische Unternehmungen zwischen Technik und Politik bedeutend und zeigen noch immer eindrucksvoll, was passiert, wenn das Material in den Mittelpunkt einer Befragung gestellt wird. Heute werden darüber hinaus jedoch auch die politischen Bedingungen der eigenen Arbeitszusammenhänge thematisiert. Die ungleichen Möglichkeiten unter den Akteur*innen, sich Zugang zum Material zu beschaffen, dieses zu untersuchen und die Ergebnisse anschließend mit einer absehbaren Sicherheit wirkungsvoll präsentieren zu können, zeigen deutlich die asymmetrische Verteilung von Privilegien. Ein Kapitel in „Investigative Aesthetics“ widmet sich deshalb der Frage nach den Bedingungen und Möglichkeiten dieser Arbeit und es wird hergeleitet, weshalb das Kollektiv und die eigene Situierung in diesem Zusammenschluss unerlässlich ist für ein Ergebnis, das eine polyperspektivische Realität abbilden soll. Die Bedingungen der Prominenz einzelner Personen in diesem Gefüge bleiben jedoch wie noch zu Farockis Zeiten unkommentiert.

In vergangenen Untersuchungen ging es beispielsweise um eine Beteiligung europäischer Waffen bei Bombenangriffen im Jemen oder um Hintergründe von Folterungen und Inhaftierungen in Myanmar, um die rassistische Terrorattacke in Hanau oder die Pushbacks an der türkisch-griechischen Grenze. Eine Tabelle unter jedem Video beinhaltet Informationen zum Datum des Vorfalls, der Region, den Auftraggeber*innen der Untersuchung, den Foren, in denen sie zirkuliert sind. Die forensische Analyse soll sowohl gerichtsfest sein und als Beweis funktionieren wie auch als Archiv und Ausstellungsstück. Kritik an dem Verstoß gegen eine eindeutige Einordnung als Beweismittel oder Kunst mag einer der Anlässe dafür gewesen sein, die konzeptuelle Zusammenführung von Ästhetik und Investigation in einem Buch auszuarbeiten.

Die Autoren formulieren die These über einen Wahrnehmungszustand, aus dem heraus eine Verbindung zwischen Kunst und Beweis nachvollziehbar wird. Die Fähigkeit, etwas zu registrieren und sich davon betreffen zu lassen, bildet einen Teil von Ästhetik. Aus dieser erhöhten Sensibilität Sinn zu erzeugen, sei der zweite, intellektuelle Teil dessen, was die Autoren das Ästhetisieren und Politisieren der Welt nennen. Es ginge darum, sich in schwache Signale einzuhören und unintendierte Beweise wahrzunehmen, die in Form von visuellen und auditiven Datensätzen auftreten oder aus den Abdrücken gezogen werden müssen, die sich in Pflanzen, Luft, Erde und Wasser ansammeln. Aus medientheoretischer Sicht lässt sich so dafür argumentieren, dass organische und computerbasierte Materie gleichermaßen eine mediale Funktion erfüllen, weil sie Informationen über ihre Umwelt beinhalten und ausdrücken. Abständigkeit, die seit Aristoteles zu einem Wesensmerkmal des Medialen gehört, entfällt in so einer Kette interagierender Beziehungen. Durch das Aufnehmen und Übersetzen in die Bedingungen der eigenen Form verändert sich das, was in der Weitergabe von einem Sensor an den anderen im Weiteren vernommen wird.

Kein Medium allein könnte die Gesamtheit so einer Dynamik erfassen, aber ein 3D-Modell kann helfen, die multiplen Formen von Beweisen zu synthetisieren, die von Satellitenbildern stammen oder durch Audioaufnahmen, Videos und Fotos von Opfern und Tätern von Gewalt verbreitet werden. Das 3D-Modell im Video dient dazu, den immer stärker synästhetisch verschalteten Raum medial abzubilden. Dass sich Architekturdiskurse mit Überlegungen zu Medien treffen, ist vor allem prominent geworden durch Marshall McLuhans Ausführungen zum „neuen Raum der Gleichzeitigkeit“, der das Nacheinander der Gutenberg-Galaxis „unter den Bedingungen neuer elektronischer Medien“ (Kamleithner et al. 2015: S. 10) abgelöst hat. Diese Vermessung der Welt und ihrer Systeme ermöglicht Kontrolle – der Sensor ist damit auch genuin politisch. Auf der Basis der Forensik – „Every contact leaves a trace“ (S. 50) – wird sowohl eine umfassende staatliche Überwachung möglich wie auch das Entbergen von Geheimnissen durch kritische Akteur*innen. Gleichzeitig wird die Überlastung und der Überfluss an Material zunehmend zur bestimmenden Bedingung des Archivs. Der sinnliche Overload kann als Strategie genutzt werden – zum eigenen Vor- oder Nachteil. Ein Datenleak ermöglicht Einsicht, kann aber auch der Verdunkelung dienen,

wie Weizman und Fuller an einer Stelle ausführen.

„Unpredictability, chaos and disorder can be useful or necessary. An unpredictable release of information such as a leak of petabytes of information derived illicitly from classified state archives can end up flooding the system. [...] Rather than making sense, this information generates panic in the forces of domination based on the inability to process information.“
(„Unvorhersehbarkeit, Chaos und Unordnung können nützlich oder notwendig sein. Ein unvorhersehbares Leak wie das Durchsickern von Petabytes an Informationen, die illegal aus geheimen staatlichen Archiven stammen, kann darin münden, das gesamte System zu überfluten. [...] Anstatt einen Sinn zu ergeben, erzeugen diese Informationsmassen in den Reihen der Mächtigen eine Panik, die in der eigenen Unfähigkeit der Verarbeitung von Informationen begründet liegt.“ [Übersetzung der Verfasserin]) (S. 89)

Im Falle von sensorischer Technik stellt sich also die Frage nach ihrem Design: Was soll sie erfassen, welche Informationen lieber ausblenden? Die Reflexion des Mediums, seiner Geschichte, seiner Funktionsweise, seiner Ästhetik und politischen Kontexte gibt Einsichten in die Macht der Wissensproduktion. Ungerechtigkeit könne eben ästhetisiert oder anästhesiert werden.

Zusätzlich verwendete Literatur

Kamleithner, Christa / Meyer, Roland / Weber, Julia (2015): Medien/Architekturen. Einleitung in den Schwerpunkt, in: Gesellschaft für Medienwissenschaft (Hg.): Zeitschrift für Medienwissenschaft. Heft 12: Medien/Architekturen, Jg. 7.

Matthew Fuller / Eyal Weizman 2021:

Investigative Aesthetics. Conflicts and Commons in the Politics of Truth.

Verso, London.

ISBN: 9781788739085.

272 Seiten. 20,00 Euro.

Zitathinweis: Yayla Höpfl: Die Ästhetik der Krise. Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1764>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Reform oder Revolution?



Uli Schöler

„Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“?

Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929)

Ein politisches Lexikon arbeitet in aller Kleinteiligkeit die sozialdemokratische Geschichte und Theorieentwicklung auf.

Rezensiert von [Christoph Zeevaert](#)

Die Wege der sozialdemokratischen und der kommunistischen Strömungen innerhalb der Arbeiter*innenbewegung trennten sich nicht erst zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution in Russland. Von innerlinker Auseinandersetzung in der I. Internationale über diverse Spaltungen bis hin zur offenen Feindschaft ist die Geschichte des Verhältnisses des revolutionären Kommunismus zur reformistischen Sozialdemokratie eines, dass von der unerschütterlichen Empfindung des Verrates geprägt war und ist. Wie es wiederum die Sozialdemokratie mit der größten erfolgreichen sozialistischen Revolution hielt, beschreibt das vorliegende Werk umfassend.

Uli Schöler hat mit dem Doppelband „Despotischer Sozialismus‘ oder ‚Staatsklaverei‘? – Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917-1929)“ ein verflechtungshistorisches Lexikon vorgelegt. Er bearbeitet dafür ein nahezu unüberschaubares Konvolut historischer Quellen. Durch den Umfang und den kleinteiligen Blick für Nuancen ist das Werk sehr wertvoll, jedoch auch ungeeignet für eine oberflächliche Lektüre.

Verläufe, Brüche und Organisationen

Die beiden Bücher schälen in einer beeindruckenden Tiefe den Verlauf, die Kontinuitäten und Brüche des Verhältnisses der deutschsprachigen Sozialdemokratie zur Sowjetunion heraus. Angefangen mit der Reaktion der Sozialdemokratie auf die Oktoberrevolution, die Phase des sogenannten Kriegskommunismus und die Debatte um die Verwaltung der Sowjetunion durch Räte oder Parlamente diskutiert Schöler die Rezeption anhand von Positionspapieren, Schriften, Parlamentsreden und Zeitungsartikeln.

Auch die Fragen der II. und III. Internationale, der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) und die Probleme der Faschismustheorie beschreibt Schöler ausführlich. Diese Fragen, die jede für sich genommen eine spezifische Spaltungslinie in der organisierten Arbeiter*innenbewegung in Deutschland begründeten, diskutiert er anhand ihrer Rezeption durch die deutsche Sozialdemokratie. Den sozialdemokratischen Umgang mit dem aufkommenden Faschismus verortet Schöler nicht nur in der Gleichsetzung von Faschismus und Kommunismus, der einigen Flügeln der deutschen Sozialdemokratie durchaus vorzuwerfen wäre. Neben diesem Zugang stellt er auch die Ambivalenz des menschewistischen Lagers und den Zugang der linken Sozialdemokratie zur Einheitsfrontstrategie heraus. Dabei ist besonders sein Umgang mit Fragen hinsichtlich der organisatorischen Mehrdimensionalität und ihrer Brüche, die durch die mehrfachen Spaltungen der SPD und wiederum ihrer Spaltprodukte entstanden sind, beachtlich. Der Autor löst die dadurch entstehenden Spannungsfelder auf, indem er seine Analyse unendlich weit auffächert, also zu fast jeder Frage der SPD, bald der MSPD und USPD, zwischendurch der

SDAP und zeitweise auch der Spartakusgruppe einzelne Kapitel widmet. Dabei entsteht kein Eindruck von Eklektizismus, sondern ein differenziertes Bild der deutschsprachigen sozialdemokratischen Organisationslandschaft und ihrer Kontroversen im entsprechenden Zeitraum.

Verflechtungs- und Ideengeschichte der Arbeiter*innenbewegung

Das Werk stellt die Frage nach der Verarbeitung der sowjetischen Entwicklung in der deutschen Sozialdemokratie, womit die SPD und jene ihrer Spaltprodukte gemeint sind, die zumindest dem Namen nach weiterhin auf dem Boden der Sozialdemokratie stehen. Meint konkret: Die Verarbeitungsgeschichte der KPD findet ab der tatsächlichen Parteigründung höchstens am Rande Erwähnung.

Und darin liegt eine der großen Schwächen des Werkes: Gerade für die Weimarer Zeit ist die Geschichte der SPD weder von ihren eigenen konkreten Herrschaftsinteressen noch von der konkreten Politik der KPD zu trennen. So lässt sich das Verhältnis der SPD zur Sowjetunion nicht von ihrer eigenen staatlichen Geopolitik und ihrem innenpolitischen Konkurrenzverhältnis zur KPD abspalten, die ihrerseits als Komintern-Sektion mit der Sowjetunion assoziiert war. Diese Interdependenzen erfordern einen differenzierteren Blick auf das Zusammenspiel der beiden größten Akteurinnen innerhalb der deutschen Arbeiter*innenbewegung, ein Blick auf eine Seite alleine bleibt notwendigerweise unterkomplex. Die beiden Parteien verfügten gerade in diesem Zeitraum über eine enge Verknüpfung, die vor allem durch Misstrauen, Konkurrenz und offene Feindschaft geprägt war. Die Geschichte dieser Beziehung definierte die Realpolitik beider Parteien in einem Ausmaß, das sich kaum überschätzen lässt. Gerade in Bezug auf die Bewertung der Sowjetunion hat die Stellung der SPD zur KPD eine absolut entscheidende Bedeutung, die in Schölers Werk bestenfalls unterrepräsentiert ist. Die von der SPD angestrebte Westintegration nach dem Versailler Vertrag machte die Sowjetunion außenpolitisch uninteressant, was zu einer zunehmenden Distanzierung bis hin zur geopolitischen Isolierung der Sowjetunion seitens der deutschen Sozialdemokratie führte.

Auch die eigenen machtpolitischen Erwägungen der SPD im entsprechenden Zeitraum gehen im Werk immer wieder unter. Diverse Regierungsbeteiligungen, in denen die Fragen der außenpolitischen Beziehungen zur Sowjetunion und der innenpolitischen Beziehung zur KPD stets diskutiert wurden, sind entscheidende Faktoren für die Bewertung. Die Doppelrolle der SPD als Bewegungs- und Staatspartei verbietet einen rein ideengeschichtlichen Zugang zu ihrer Politikgeschichte. Eine materialistische Perspektive auf die Geschichte müsste sich die historischen Konstellationen genauer ansehen.

Insgesamt hat das Werk einen ideengeschichtlichen Zugang, der mit den machtpolitischen Erwägungen und Hintergründen politischer Entscheidungen innerhalb der Sozialdemokratie nicht immer Schritt halten kann. So ist beispielsweise die politische Kalkulation hinter der abwartenden antifaschistischen Strategie der SPD, die sich vor allem durch Zurückhaltung und Beschwichtigung auszeichnete, nicht in erster Linie eine Frage politischer Theorie gewesen, sondern eine strategische der eigenen Stärke und der klassenmäßigen Verankerung des Faschismus wie auch der eigenen Partei.

Schölers Werk ist trotz seiner Schwächen ein exzellentes Lexikon der Rezeptionsgeschichte, in dem sich zu blättern allemal lohnt. Dabei bleibt die Frage zu klären, ob es nicht ohnehin als ideengeschichtlicher Beitrag zu verstehen ist, der weniger dem Anspruch auf allgemeingültige Erklärung gerecht werden muss, als sich einer Facette zu widmen. Auch wenn zu erwarten ist, dass das 983 Seiten umfassende Werk allein ob seines Umfanges keine Massenware zu werden droht: Die Beschäftigung mit diesem Kapitel der Geschichte der Arbeiter*innenbewegung im Allgemeinen ist ohnehin unerlässlich und im Speziellen anhand des vorliegenden Werkes mindestens zu

empfehlen.

Uli Schöler 2021:

„Despotischer Sozialismus“ oder „Staatsklaverei“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929). 2. Auflage.

Dietz Berlin.

ISBN: 978-3-320-02385-0.

983 Seiten. 49,90 Euro.

Zitathinweis: Christoph Zeevaert: Reform oder Revolution? Erschienen in: Mit der NATO zum Frieden?. 64/ 2022. URL: <https://kritisch-lesen.de/c/1766>. Abgerufen am: 12. 07. 2022 12:01.

Lizenzhinweise

Copyright © 2010 - 2022 kritisch-lesen.de Redaktion - Einige Rechte vorbehalten

Die Inhalte dieser Website bzw. Dokuments stehen unter der [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](#). Über diese Lizenz hinausgehende Erlaubnisse können Sie über unsere [Kontaktseite](#) erhalten.

Sämtliche Bilder sind, soweit nicht anders angegeben, von dieser Lizenzierung ausgeschlossen! Dies betrifft insbesondere die Abbildungen der Bücher und die Ausgabenbilder.